E 3477

Symbole, Macht und Widerworte
Herrschaft durch Sprache ▶

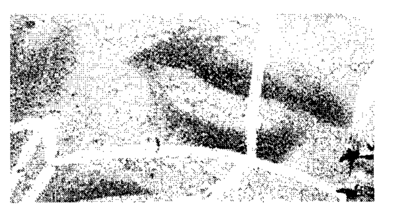
Außerdem: Israel im Friedensprozess ▶ IWF in Prag ▶ Landfrage in Zimbabwe ▶ Rassismus im Fußball ▶ Arabische Kultur im Westen ...

August 2000
Ausgabe □ 247
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w ◀

▶ blätter des informationszentrums 3. welt





Titelbild: C. Ditsch / version
Graffiti: M. Hoffmann

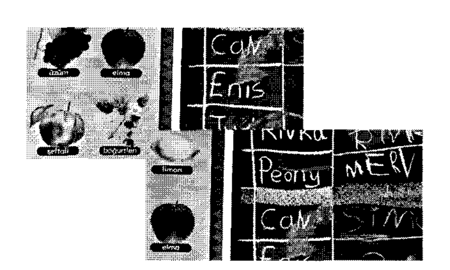
In dieser Ausgabe



Schwerpunkt: Herrschaft durch Sprache



Kultur & Debatte



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Grabenkämpfe am Mittagstisch

Die Grünen haben sich damit abgefunden, und selbst der Vorsitzende des hessischen Kleingartenverbandes (*s. Seite 18*) hat es erkannt: Die fetten Jahre sind vorbei, Zeit, sich von alten Zöpfen zu verabschieden. Auch das **iz3w** bleibt vom Wandel nicht unberührt. Und natürlich geschieht so etwas nicht konfliktfrei. Ein hervorragendes Beispiel gibt dazu die Geschichte des täglichen gemeinsamen Mittagessens in den Räumen des **iz3w** ab.

In den – je nach Standort – seligen wie unseligen 70er Jahren, als eine Generation aufbrach, sich vom spießigen Muff der Elterngeneration zu befreien und Kollektivität als Organisationsform neu entdeckt wurde, fand dieser Zeitgeist in der gemeinsamen Einnahme des kollektiv bereiteten warmen Mittagstischs seine Entsprechung. Im Laufe der Jahre wurde trotz zunehmender Individualisierung und sich ausbreitender Mc Donaldisierung der Essgewohnheiten im Rest der Gesellschaft am einträchtlichen Mahl festgehalten. Streitereien über Vegetarismus oder Vollkorn spiegelten die Auseinandersetzungen der gesamten linken Szene in den moralischen 80er Jahren wieder. Dass diese vorbei und das **iz3w** keineswegs eine letzte Bastion vergangener Zeiten und Gewohnheiten ist, sondern sich den Anforderungen der Globalisierung und der Postmoderne stellen muss, zeigt sich nun in den vergangenen Monaten: Qualitätssicherung, Auslagerung der Produktion, Abwanderung von Fachkräften und postmoderne Beliebigkeit sind Probleme, mit denen sich auch das **iz3w** herumschlägt.

Irgendwann in den 90ern wurde nämlich ein neuer Modus zur Sicherstellung der Reproduktion von leiblichem Wohlbefinden und Arbeitskraft gefunden. Alle Beschäftigten investieren pro Monat einen fixen Betrag, mit dem ein für diesen Zeitraum bestimmter Kollege den über die Zeiten geretteten Mittagstisch bestückt – gekocht wird schon lang nicht mehr. Dieses System führt jedoch zu den immer gleichen Grabenkämpfen in wechselnder Besetzung: Der/Die EinkäuferIn sieht sich mit der unlösbaren Aufgabe konfrontiert, bei steigenden Preisen gleichbleibende Qualität und sogar Abwechslung im täglich Brot zu sichern. Hierbei findet er/sie sich plötzlich in einer Position, in die sich andere – nehmen wir mal die Grünen – selbst hinein katapultiert haben. Früher Fundamentalopposition, heute staatstragende Regierungspartei, mit immer unverschämteren Appellen an die Bevölkerung. Allmonatlich wird diese Entwicklung im Kleinen nachvollzogen: Ganz wie die Ex-Müslis fordern unsere EinkäuferInnen in Zeiten (angeblich) leerer Kassen Bescheidenheit und Verzicht. Das gipfelt in Vorwürfen an die Belegschaft (Hang zu unkritischer Gefräßigkeit!) und im Appell, den Gürtel enger zu schnallen (Esst nicht so viel!). Das Kollektiv antwortet mit Genörgel (Schon wieder Brie, Gouda und Fleischwurstringe?) und vollkommen maßlosen Forderungen (Wo ist die Schokolade für den Nachtisch?).

Zwar wird immer wieder die Erhöhung des von allen zu zahlenden monatlichen Essensbeitrages debattiert, aber solche realen Lohnkürzungen sind ähnlich schwer durchsetzbar, wie der Gedanke an die Einführung von privater Vorsorge in Form mitgebrachter Stullen. Die Unzufriedenheit mit dem mittäglichen Einerlei führte eine Weile zur Einstellung der Produktion und zum Konsum externer Dienstleistungsangebote – aber für diese postfordistische Strategie erwies sich die Mensa als zu fordistisch. Auch die Fachkräfte, die daraufhin dorthin abwanderten, wo der Service angeblich besser ist – in die Pizzeria zwei Häuser weiter –, streckten ihre Füße bald wieder unter den heimischen Tisch.

Weniger eindeutig verlaufen die Fronten zwischen post-moderner Beliebigkeit und gleichzeitig anzutreffendem Wertekonservativismus. So wurde die Frage, ob beim Gespräch mit BesucherInnen des **iz3w** aus Höflichkeit die Hände aus den Taschen, bzw. die Kaugummis aus dem Mund zu nehmen seien, durchaus kontrovers diskutiert. Während die VertreterInnen der Generation X auf solche altbackenen Benimmregeln mit Unverständnis bis hin zu demonstrativer Ungläubigkeit (Seid ihr echt so spießig?) reagieren, können die älteren Semester an derartigen Anstandsvorgaben schier gar nichts Verkehrtes finden. (Zu dieser Frage würden uns Meinungen aus der LeserInnenschaft brennend interessieren, Zuschriften bitte mit Altersangabe an die Redaktion – Stichwort »Knigge«.)

In Anbetracht solcher Auseinandersetzungen ist es nicht verwunderlich, dass sich unser Heft vor allem durch ständige Kritik an Missständen und weniger in der Darlegung (geschweige denn der Entwicklung) von praktikablen Alternativen auszeichnet. Die überwältigende Mehrheit (eigentlich alle außer der Person, die gerade einkauft) bleibt dabei: Zufrieden? Nie! Kritik? Aber immer!

Ein teilnehmender Beobachter

Elfs Freunde

von **Stephan Günther**

► Der ehemalige Direktor des französischen Erdölkonzerns *Elf*, André Tarallo, hat vor Untersuchungsrichtern in Paris zugegeben, dass sein Unternehmen 1992 etwa 256 Millionen französische Francs Schmiergeld gezahlt habe, um bei der Privatisierung der ostdeutschen *Leuna*-Raffinerie den Zuschlag zu erhalten. Das Geld, umgerechnet etwa 85 Millionen Mark, sei auf ein Liechtensteiner Konto transferiert worden und von dort an die CDU geflossen.

Der gesprächige Ex-Manager hat vor demselben Ausschuss – und zuvor bereits in einer ARTE-Sendung – auch darüber berichtet, dass sein Konzern seit Jahrzehnten afrikanische Staatschefs und deren Umfeld gesponsort habe. *Elf* habe seit seiner Gründung 1965 mit Duldung oder Unterstützung der jeweiligen französischen Regierungen Aufträge und Konzessionen erkauft. Nach dem Verlust der algerischen Ölquellen 1962 war das Ziel französischer Politik, einen von den Golfstaaten und der US-amerikanischen Konkurrenz unabhängigen Zugang zu Energiequellen zu haben. Die *Elf*-Manager setzten ihre Interessen in Gabun, Kongo, Kamerun oder Angola nicht nur mit finanziellen Mitteln durch, der französische Geheimdienst schützte die frankophonen Regierungen auch vor Putschisten und politischen Gegnern im eigenen Land.

Wer von Korruption spricht, darf von Marktwirtschaft nicht schweigen

Tarallo bezeichnete die Zahlungen bei seinen Vernehmungen als ganz normales Geschäftsgebahren. Je Barrel Öl wurden vom offiziellen Preis von zwanzig US-Dollar vierzig Cent für »Minister, Staatschefs und herrschende Familien« in den Ölförderstaaten abgezweigt. Diese Gelder wurden laut Tarallo genauso auf Liechtensteiner Konten transferiert wie die *Leuna*-Zahlungen. Und hier schließt sich der Kreis, denn aus dem Fürstentum holten bekanntlich die CDU-Kofferträger ihre Wahlkampfgelder ab. Elfs Partner und Freunde in den Abnehmerländern erhalten also genauso einen kleinen Abschlag wie die in den Produktionsländern. Das Geschäft mit dem Öl läuft offenbar für alle Beteiligten wie geschmiert.

Während aber in Berichten über Lateinamerika oder Afrika schnell von »korrupten Eliten« die Rede ist, die nur durch internationale Sanktionen oder Auflagen zu bekämpfen seien, gilt Bestechung hierzulande als Ausnahme. Denn staatliche Deals mit China (Ihr kauft unseren Transrapid, dann kaufen wir eure Strickwaren) oder Brasilien (Entwicklungshilfe nur, wenn ihr unsere Maschinen kauft) sind in der Logik des Marktes genauso normales Geschäft wie Absprachen zwischen privaten Unternehmen und Kommunen (Investitionen nur gegen kostenloses Bauland). Letztlich funktioniert jedes Geschäft nach denselben Regeln des Kapitalismus: Käuflich sind Musik wie Kunst, Land wie Luft-Verschmutzungsrechte, Handels- wie Geistesgut – warum sollten also nicht auch Zustimmungen und Meinungen käuflich sein? Wer sich dem Kampf gegen die Korruption verschreibt, bekommt es mit dem ganz normalen Geschäft und den ganz normalen Gesetzen der Marktwirtschaft zu tun.

► **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Fluchthelfer

von **Jochen Müller**

► Als vor einigen Wochen 58 ChinesInnen in Dover in einem Container erstickten, in dem sie dem Elend entfliehen und den goldenen Westen erreichen wollten, war das Entsetzen zunächst groß. Doch schon nach wenigen Stunden waren die Verantwortlichen ausgemacht und jegliches Nachdenken kanalisiert: Die »Schleuser« waren schuld, und die gilt es fortan international und effektiver zu bekämpfen.

Als vor einigen Wochen eine Gruppe von TouristInnen, die dem Alltag entfliehen und auf den Philippinen einmal abtauchen wollten, in Geiselhaft gerieten, war ihnen anhaltendes Mitgefühl und Medienöffentlichkeit sicher. Auf die Idee, Touristikunternehmen dafür verantwortlich zu machen, dass sie ihre Kunden wissentlich in Weltregionen schleusen, in denen ihnen solcherlei Gefahren drohen, kam aber niemand.

»Schleuser« – seien sie von der »Russenmafia« oder von »Meyers Weltreisen« – betreiben ein marktwirtschaftliches, nach Angebot und Nachfrage funktionierendes Geschäft mit dem Bedürfnis ihrer Kundschaft nach einem grenzüberschreitenden Ortswechsel. Todesfälle und ähnliche Ereignisse sind in beiden Fällen schlecht für's Geschäft. Dass die Hilfe zur Grenzüberquerung jedoch im einen Fall so sicher und bequem und im anderen so riskant und elend aussieht, liegt weniger an den beteiligten Unternehmen, als an den dem Geschäft zugrunde liegenden Bedingungen: Können es sich die einen leisten, dem Arbeitsalltag zu entfliehen, nehmen die anderen Lebensgefahren auf sich, um auch die schlechtbezahlteste Arbeit anzunehmen. Werden die einen überall auf der Welt mit offenen Armen empfangen, müssen die anderen alles tun, um unentdeckt zu bleiben, sonst werden sie zurück geschickt und ihre Investition war vergeblich.

»Schleuser« hießen früher einmal »Fluchthelfer«

Über 2.000 Menschen starben seit 1993 beim Versuch, die Festung Europa zu erreichen – die Zahl der nicht-registrierten Toten liegt erheblich darüber. Die meisten von ihnen ertranken vor der spanischen Küste. Diesen hier unbekannt bleibenden Toten gilt kein Entsetzen und kein Mitgefühl. Sie haben sich in Gefahr gebracht, heißt es, und sind darin umgekommen. Europa überhaupt zu erreichen und die Gefahr, entdeckt zu werden, zu verringern – dazu gibt es Schleuserunternehmen. Zu einem lukrativen Geschäft kann ihre Tätigkeit nur werden, weil es verboten ist, ohne Erlaubnis nach Westeuropa zu kommen. »Fluchthelfer« hießen sie einmal, als es galt, DDR-BürgerInnen in den Westen zu lotsen – und sie erhielten staatliche Rückendeckung.

Die Schuld für die Toten von Dover auf die Schleuserorganisationen zu reduzieren, ist zynisch und so beschränkt, wie Kneipiers für Alkoholismus verantwortlich zu machen. Diese Abwälzung von Verantwortung verdrängt jeglichen Gedanken an die Ursachen der Flucht aus dem Armenteil der Welt und an das Bestreben des Nordens, sich gegen die zutiefst berechtigten Teilhabeansprüche aus dem Süden abzuschotten. So sitzen sie dann nebeneinander in der selben Lufthansa-Maschine, die legalen Alltagsflüchtlinge auf ihrem Weg zu einem Platz in der Sonne, den »Sie sich verdient haben« (TUI), und die illegalen, abgeschobenen Armutsflüchtlinge auf dem Rückweg zu dem elenden Ort, dem sie entrinnen wollten.

► **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Ideologische Geschütze

von **Jochen Müller** und **Thomas Cernay**

▶ Bis in die 80er Jahre spielten bei der Erklärung für Armut oder »Unterentwicklung« exogene Faktoren wie Kolonialismus und ungleiche Weltwirtschaftsordnung eine Hauptrolle. Das hat sich grundlegend geändert. Heute werden wieder vor allem endogene Ursachen wie traditionelle Sozial- und Wirtschaftsstrukturen hervorgehoben, die es zu modernisieren gilt, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein. Im Laufe dieser Entwicklung ist auch der Good-Governance-Gedanke zu einem dominierenden Diskurs in der Nord-Süd-Politik herangereift. Er dient den Industriestaaten dazu, besagte endogene Faktoren für die anhaltende Armut verantwortlich zu machen, von der Rolle weltwirtschaftlicher Strukturen abzulenken und wirtschaftsliberale Ideologie zu globalisieren. Wollen nämlich Staaten des Südens »Leistungen« in Form von IWF-Krediten oder Entschuldungen empfangen, können sie auf Good-Governance-Prinzipien eingeschworen werden. Zu diesen zählt die Bekämpfung »endogener Entwicklungshemmnisse« wie Klientelismus und Korruption genauso wie die Einhaltung von Menschenrechten und die Grundsätze neoliberaler Strukturanpassung.

Nun hört sich dieses Bündel – auch für viele oppositionelle Strömungen, die z.B. in diktatorisch regierten Ländern äußeren Druck begrüßen – plausibel an. Doch die höchst selektive Anwendung der Good-Governance-Elemente zeigt, dass es sich vor allem um ein Instrument zur Legitimation von Marktmachtpolitik handelt. Dies war zuletzt beim Khatami-Besuch in Deutschland zu sehen, bei dem die Menschenrechte eine Neben- und die Anbahnung lukrativer Tauschbeziehungen die Hauptrolle spielte. Wie eh und je sind Sanktionen willkürlich – der Iran wurde hofiert, auf Belgrad fielen Bomben. Genauso abstrus sind die Auseinandersetzungen um »universale Rechtsansprüche« zwischen Großbritannien und Zimbabwe. Hier meint Großbritannien aus Korruption und Menschenrechtsverachtung durch das Mugabe-Regime in einer Frage kolonialer Hinterlassenschaft – der Entschädigung für die Enteignung von Großfarmern (schwarz oder weiß) – das Recht ableiten zu können, zugesagte Zahlungen auszusetzen.

Der Iran wurde hofiert – auf Belgrad fielen Bomben

Auch in der Frage der Entschuldung bestimmt die Macht das Recht, wenn die Industriestaaten den Schuldenerlass von Bedingungen abhängig machen – selbst wenn solche zu begrüßen wären, wie etwa die Forderung, frei werdende Mittel nicht zur Finanzierung von Kriegen und Sicherheitsapparaten, sondern von sozialen Leistungen zu verwenden. Dass es ein universales Recht, dessen Einhaltung auch mittels Sanktionen zu erzwingen wäre, nicht gibt, zeigt sich nicht nur in seiner willkürlichen Beschwörung, sondern vor allem an der fehlenden Macht der Staaten des Südens, ihrerseits universal »vernünftige« Forderungen an die Regierungen des Nordens zu richten.

Die VertreterInnen von Good Governance leiten nun das Recht, Bedingungen stellen zu können, meist aus dem Selbstverständnis ab, dass tatsächlich einseitige »Leistungen« der Industriestaaten erbracht würden. In der gleichen Logik von Leistung und Gegenleistung wäre aber auch die Forderung nach bedingungslosem Schuldenerlass – jahrzehntelang profitierten die Industriestaaten von der Verschuldung – ein selbstverständlicher Anspruch; genau wie der auf Reparationszahlungen für die Folgen kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung. Die Zynik an die Entschuldung geknüpfter Good-Governance-Bedingungen liegt darin, aus der »Wiedergutmachung« begangenen Unrechts erneute Forderungen abzuleiten, so als ob für die einmal erlittene Unterwerfung noch einmal Tribut gezahlt werden müsste. Unter den gegebenen Bedingungen symbolisiert die wahlweise Politik mit Menschenrechten nur die Kontinuität kolonialer Verhältnisse.

Die Willkürlichkeit in der Anwendung der jeweiligen Good-Governance-Module zeigt, dass all die schönen Worte von Menschenrechten, Transparenz oder Demokratie leeres Gerede bleiben, solange sie von Staaten und je nach Interessenlage definiert und instrumentalisiert werden. Es fehlt – wir warten auf Godot – die neutrale Instanz, die objektive Macht, die solche Rechte definieren und umsetzen könnte. Ohne die Macht einer Metainstanz sind »universale Rechte« nur ideologische Geschütze.

▶ **Die Autoren** sind Mitarbeiter im **iz3w**.



Foto: S. Hartgers



Foto: R. Maro/version

Angst vor Frieden?
Israel im Nahostkonflikt

von **Moshe Zuckermann**

Mit dem Treffen von Barak und Arafat im geschichtsträchtigen Camp David sollte der langwierige Friedensprozess Mitte Juli auf höchster Ebene voran gebracht werden. Sowohl in Israel als auch für die palästinensische Seite stellt sich aber die grundlegende Frage nach der Friedensfähigkeit. Schließlich bildete der »Palästinakonflikt« hier wie dort jahrzehntelang das zentrale Element des nationalen Selbstverständnisses. Mit den jeweilig mehr oder weniger berechtigten Feindbildern und Bedrohungsszenarien konnten innergesellschaftliche Widersprüche verdeckt und Gemeinschaftsbewusstsein hergestellt werden. Hinter dieser Fassade ist die israelische Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise in sich zerrissen. So ist die von vielen Israelis getragene Ablehnung oder Verzögerung des Friedensprozesses nicht zuletzt durch eine diffuse Angst vor den Folgen einer erforderlich werdenden Neudefinition des nationalen Selbstverständnisses begründet.

Auf palästinensischer Seite wächst die Kritik am Nationalrat, dessen Kompromisskurs und an seinem Führungsstil. In Westbank und Gazastreifen ist es die Aussicht auf nationale Souveränität, mit der die anstehenden offenen Auseinandersetzungen noch zurückgehalten werden. Damit werden wir uns im nächsten Heft beschäftigen.

d. Red.

► Als Israels Premierminister Barak zu dem von Clinton einberufenen Gipfel mit Arafat reiste, hatte er seine Mehrheit im Parlament verloren. Diese Konstellation ist schlüssig. Denn während sich Israel dem (wie auch immer motivierten) Drängen der USA nach einer Friedensregelung im Nahen Osten nicht entziehen kann, ist es in seiner (wie immer ernst gemeinten) Friedenswilligkeit gelähmt: Wohl will Israel den Frieden, nicht ganz klar ist jedoch, ob es auch bereit wäre, den dafür zu entrichtenden »Preis« zu zahlen. Die Lähmung ist dabei keine Frage eines monolithischen Wollens bzw. einer homogenen Staatsentscheidung, sondern rührt von einer strukturellen Zerrissenheit her, die das Land seit längerer Zeit nicht nur in der Friedensfrage durchsetzt.

Diese Zerrissenheit ist als Folge der sich nach und nach abschwächenden Kittfunktion der zionistischen Ideologie in ihrer Bedeutung als staatstragender Ideologie Israels zu verstehen. Hatte der Zionismus ideologisch die Negation der jüdischen Diaspora und die Erschaffung des »Neuen Juden« in einer eigens dafür zu errichtenden Heimstätte postuliert, so bedeutete dies für die Errichtung des Staates und die Entfaltung der neuen Gesellschaft, dass ein für die aus aller Herren Länder zusammengeführten Diaspora- und Exilgemeinschaften geschaffener gemeinsamer Nenner unabdingbar wurde. Den Gegensatz zwischen der modernen jüdischen Säkularität bei gleichzeitiger Berufung auf das religiös jüdische (Ur)erbe meinte der alles Partikulare überdeckende Zionismus überwinden zu können.

Jahrzehntelang hat Israel gesellschaftliche Probleme der »Sicherheitsfrage« unterstellt

Es gibt vielerlei Gründe für die Schwächung dieser Ideologie, unter denen jedoch die in den vergangenen Jahren an die Oberfläche gelangten Gegensätze, Widersprüche und die in ihnen wurzelnden Konfliktfelder der israelischen Gesellschaft wohl herausragen. Über Jahrzehnte konnten diese konfliktträchtigen Spannungen mehr oder weniger unter den Teppich dessen gekehrt werden, was als legitime Agenda der israelischen Außen- und (damit einhergehend) Innenpolitik ausgegeben wurde. Als etwa zu Beginn der 70er Jahre die sogenannten »Schwarzen Panther« die Misere der von vorwiegend orientalischen Juden bevölkerten Jerusalemer Slums anprangerten und ihr Protest außerparlamentarisch sichtbar wurde, kanzelte die damalige Ministerpräsidentin Golda Meir sie als »nicht nett« ab. Bezeichnend war, dass der allergrößte Teil

der israelisch-jüdischen Bevölkerung sich mit dieser »Einschätzung« durchaus identifizieren konnten: Gesellschaftliche Probleme wurden in der Rangordnung nationaler Prioritäten der »Sicherheitsfrage« untergeordnet, und wer darauf pochen zu können meinte, seine eigene soziale Misere als Strukturproblem der israelischen Gesellschaft darzustellen, war eben »nicht nett« – vor allem dann nicht, wenn er ein Araber oder ein Jude orientalischer Provenienz war. Dass Golda Meir kurze Zeit, nachdem sie ihre arrogante Äußerung gemacht hatte, Israel in einen seiner schlimmsten Kriege führte, beendete zwar ihre politische Karriere. Es sollte aber noch Jahrzehnte dauern, ehe die mit dem neu entstandenen »Sicherheitsproblem« – den militärischen und gesellschaftlichen Folgen des Yom-Kippur-Kriegs von 1973 – untergegangene soziale Frage wieder an die tagespolitische Oberfläche gelangen sollte.

Religiöse, ethnische und soziale Krisen

▶ In diesem Zusammenhang ist die Verzahnung des sogenannten ethnischen mit dem sozialen Problem von Bedeutung. Ein Blick auf die Klassenschichtung der israelischen Gesellschaft lässt deutlich erkennen, dass Israels obere Schichten vorwiegend von aschkenasischen, d.h. aus (Ost)europa stammenden Juden, die unteren hingegen zum allergrößten Teil von orientalischen Juden, von Arabern und in den letzten Jahren auch zunehmend von Fremdarbeitern bevölkert sind. Dies lässt sich zwar aus der Chronologie der historischen Einwanderungswellen nach Palästina und späterhin nach Israel erklären, kann aber weder über die objektiv entstandene aschkenasische Hegemonie in vielen Bereichen des israelischen Lebens und noch weniger über das mit dieser hierarchischen Struktur einhergehende subjektive, ethnisch ausgereizte Ressentiment vieler orientalischer Juden gegenüber den aschkenasischen Eliten hinwegtäuschen. Die überwiegend aschkenasische Dominanz im akademischen Bereich z.B. wird von der jüdisch-orientalischen Intelligenz in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen zum Teil als »westlicher Diskurs« attackiert, von den breiten Massen orientalischer Juden hingegen als eine ihnen »fremde Kultur« abgetan, der u.a. das religiöse Kulturgut entgegengehalten werden müsse.

Auch die Spannung zwischen religiösen und säkularen Juden steigt. Zwar arrangierten sich alle zentralen Gruppen in Israels religiösem Block – ob nichtzionistische Orthodoxe oder antizionistischen Ultraorthodoxe, ob Nationalreligiöse oder in den letzten Jahren auch Gruppen des Reformjudentums – mit dem Zionismus[1], und doch war es über Jahrzehnte allen Beteiligten klar, dass dieses Arrangement seine Gültigkeit nur unter eben diesem zionistischen Primat bewahren kann. Dieses trug indes nur, solange kein ernster, teils ideologisch unterfütterter Interessenkonflikt zwischen den verschiedenen Seiten eintrat. Seit dem 67er Krieg avancierten vor allem die besetzten Gebiete der palästinensischen Westbank zum politischen Erbteil der Nationalreligiösen, die in der Okkupation der Territorien die (verheißene) Rückkehr ins »Land der Urväter« sahen, mithin deren Besiedlung mit religiösen, teils messianischen Begründungen aufluden. Infolge der in den 80er Jahren merklich erstarkenden Orthodoxie in Israels politischer Sphäre »orthodoxierte« sich auch die religiöse Ausrichtung vieler Zionisten im traditionellen nationalreligiösen Lager. Die Orthodoxie ihrerseits »nationalisierte« sich zusehends (auch, aber nicht nur als Reaktion auf die unter den politisch-religiösen Zionisten stattfindenden Transformationen), was sich vor allem in der Intensivierung ihrer Beteiligung an Israels politischem Leben auswirkte. In den letzten Jahren erhob zudem das vorwiegend in den USA verbreitete Reformjudentum einen Anspruch auf gesteigerte Akzeptanz durch die israelischen politischen Institutionen, ein Anliegen, das für säkulare Juden kein Problem darstellt, umso mehr hingegen für das orthodoxe Establishment, welches sich dem Vordringen reformjüdischer Bestrebungen in Israel vehement widersetzt.

Nach einem Friedensschluss kann das Land nicht mehr das alte sein

Vor diesem Hintergrund markierte der Aufstieg der Schas-Partei Mitte der 80er Jahre eine bemerkenswerte Wende in Israels politischer Kultur. Allein schon ihr Anwachsen von anfänglich 4 auf 17 Mandate bei den letzten Wahlen indiziert eine Anziehungskraft, die über gängige politische Konjunkturen hinausgeht. Schas bildet in der Tat das politische Sammelbecken für alle oben skizzierten Neuralgien: Es handelt sich um eine orthodoxe Partei, deren Klientel sich nahezu gänzlich aus orientalischen Juden, die den sozioökonomisch unterprivilegierten Gesellschaftsschichten entstammen, zusammensetzt. Ihr charismatischer geistiger Führer, Rabbiner Ovadia Yossef, dessen halachische Schiedssprüche[2] von den Parteipolitikern strikt befolgt werden, zeichnet sich durch eine gemäßigte Einstellung in der Außen- mithin Friedenspolitik aus, befindet sich aber (vermittels der von ihm delegierten Knessetpolitiker) in krassem politischen Konflikt mit den säkularen Parteien, vor allem mit der linksliberalen Merez. Demgegenüber ist das Schas-Wahlvolk in außenpolitischen Fragen traditionell rechts gerichtet, entwickelte aber darüber hinaus den friedenswilligen Merez-Anhängern gegenüber regelrechte Hassgefühle, die sich durch Feindbilder des als reich, säkular und aschkenasisch rezipierten Gegners speisen.

Ein weiteres Konfliktfeld entstand in den 90er Jahren, als mit dem Zusammenbruch der UdSSR eine Einwanderungswelle von ca. 1 Million russischen Juden einsetzte (von denen freilich über 30% Nichtjuden sein dürften). Diese massive Immigration zeichnet sich weder durch eine (wie immer verstandene) zionistische Motivation, noch durch einen besonders starken Willen zu der allen vergangenen Einwanderungswellen abgeforderten »kulturellen« Integration aus. Und sie veränderte Israels demographische Struktur und politische Landschaft von Grund auf. Über fünfzig russischsprachige Presseorgane wurden ins Leben gerufen, eigene Subkulturen etabliert, eine auf Werbung und Konsum sich stark auswirkende neue Zielgruppe hochgepäppelt, vor allem aber zwei Parteien für die Belange der sich in einem Zustand von Werteverlust und Werteverunsicherung befindlichen Einwanderer gegründet. Die Wähler dieser beiden »russischen« Parteien sind in ihrem Wahlverhalten nicht gerade ideologisch, sondern eher pragmatisch und betont interessengeleitet ausgerichtet. Dennoch tendieren ihre Positionen in außenpolitischen und Friedensfragen zumeist nach rechts. Da sich unter ihnen eine große Menge von Nichtjuden befand (teils infolge der in der ehemaligen Sowjetunion gebräuchlichen Ehen zwischen Juden und Nichtjuden, teils wegen der »als Juden« mitgekommenen nichtjüdischen Flüchtlinge), die orthodoxen Parteien jedoch auf ihre strikt halachische Konversion bestanden bzw. ihnen andernfalls das Judentum absprachen, entfachte sich zwischen den »russischen« und den orthodoxen Parteien (vor allem Schas) eine vehemente politische Gegnerschaft, die im letzten Wahlkampf in der Schlacht um das für den zivilen Personenstand zuständige Innenministerium kulminierte. Mittlerweile bestehen übergreifende Ressentiments gegenüber der russischen Bevölkerung, die die israelische Demographie von Grund auf verändert hat, dabei aber relativ gleichgültig gegenüber den allgemeinen innerisraelischen Belangen sind.

Baraks Koalitionsmelange

► Es sind diese unterschiedlich gelagerten Konfliktachsen, die in die Regierungskoalition Baraks eingegangen sind. Eine Koalition mit der ins Rechtsextreme ausschlagenden Partei der Nationalreligiösen (»Mafdal«) sowie mit der »russischen« Einwanderungspartei des dem ehemaligen Ministerpräsidenten Netanjahu verpflichteten Scharanski (»Israel Ba'aliya«) ist politisch keineswegs selbstverständlich – schon gar nicht, wenn sich in derselben Koalition auch die mit den »Russen« zerstrittene Schas-Partei und die mit dieser kollidierende Merez eingefunden haben. Baraks Entscheidung für eine solche Melange hatte aber gute Gründe: Zum einen war er durch die Erfahrung Rabins mit einer knappen Mehrheitsregierung traumatisiert, einer Regierung, die sich notwendigerweise auf die Stimmen der arabischen Parteien stützen musste, was bei den anstehenden »historischen« Entscheidungen hinsichtlich der Friedensregelung für viele Israelis »unerträglich« zu sein scheint. Dass in dem daher beinahe »selbstverständlichen« Ausschluss der arabischen Parteien aus der Regierungsbeteiligung und damit vom Friedensabkommen der »Juden« mit den »Arabern« antidemokratische, ja rassistische Töne mitschwingen, ist zwar vielen in der Arbeitspartei klar. Man beruft sich jedoch stets auf »Sachzwänge«, die den »Mentalitäten« der israelischen politischen Kultur innewohnten und bei jeder wählerabhängigen Machtkonstellation mitbedacht werden müssten.

Zum anderen war sich Barak der unter den Koalitionspartnern herrschenden Spannungen sehr wohl bewusst und beschloss daher, nach seinem Wahlerfolg eine möglichst breite Koalitionsbasis zu schaffen, die ihm verschiedene Optionen zum Umbau der Koalition im Falle des Ausstiegs eines der Partner offenhalten würde. Dass er sich der nun eingetretenen Situation eines massiven Ausstiegs aus der Koalition würde stellen müssen, hat er freilich kaum vorausahnen können.

Was immer die Beweggründe einer jeder der Baraks Regierung verlassenden Parteien sein mögen (die spezifischen Motivationen und Interessen unterscheiden sich in der Tat) – es ist jetzt eine Entscheidungsphase erreicht worden, in der sich wieder einmal erweist, dass die Rhetorik der (gesamt)israelischen Friedenswilligkeit nicht unbedingt mit der durch die Parteien repräsentierten Bereitschaft der Bevölkerung einher geht, den unumgänglichen »Preis« für den Frieden tatsächlich auch zu entrichten. Dass dabei empfindliche Punkte, wie die massive Rückgabe von Gebieten, der Endstatus Jerusalems und die Abkommen bezüglich des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge, berührt werden, ist nur die eine Seite dieses merkwürdigen Widerspruchs. Die andere betrifft den nie wirklich konsequent reflektierten Gesichtspunkt, dass ein aus erfolgreichem Vollzug der Friedensbeschlüsse hervorgehendes Israel nicht mehr das alte sein kann: Es wird unweigerlich einer immens komplexen Auseinandersetzung mit der neuentstandenen Lage ausgesetzt sein, mithin endgültig Abschied von altvertrauten Selbstbildern und tradierten Ideologien nehmen müssen.



Politometer für nationale Identität — Foto: C. Suhan

So manifestiert sich in der für Barak entstandenen misslichen Situation ein Stück israelischer Realität. Israel ist heute eine zutiefst zerrissene Gesellschaft, in der gegensätzliche Interessen, widersprüchliche Ideologeme und konfliktträchtige Feindbilder die tagespolitische Ordnung permanent aufwühlen und in fortwährende politische Turbulenzen stürzen. Das, was man vor einigen Jahrzehnten noch mit zionistischer Ideologie zu bewirken trachtete – die Errichtung einer durch »jüdische« Solidarität geprägten, »einheitlichen« Gesellschaft –, entpuppt sich zunehmend als Chimäre. Dies hat mehrerlei Gründe, hängt aber in erster Linie mit den schon in der klassischen Ideologie des Zionismus angelegten Widersprüchen und den aus ihnen hervorgegangenen Strukturproblemen zusammen: Israel kann schlechterdings nicht beanspruchen, ein demokratischer Staat all seiner Bürger zu sein, zugleich aber das Kriterium der Staatsangehörigkeit auf den ethnisch beschränkten Begriff des »Juden« gründen. Es kann darüber hinaus kein Staat der Juden sein wollen, ohne das Kriterium der religiösen Definition des Juden anzunehmen, was aber seinen von ihm selbst stets postulierten Säkularcharakter zwangsläufig in Frage stellen muss.

Abschied vom Selbstverständnis

► Auch die vielbeschworene »Solidarität«, welche sich über Jahrzehnte aus negativem Selbstverständnis, wie jüdischer Leidensgeschichte, Holocaust oder – immer wieder aktuell – Feindschaft der Nachbarländer (»Sicherheitsfrage«) speiste, kann längerfristig nicht ihre Kittfunktion wahren, wenn sich zugleich die soziale Schere (bei längst obsolet gewordenem sozialistischen Gedankengut der prästaatlichen Ära) immer weiter öffnet und zudem lange beschwiegene ethnische Faktoren eine merkliche Polarisierung der Gesellschaft bewirken. Israel kann aber vor allem keinen Frieden erhoffen, wenn besetzte Gebiete weiterhin als »Land der Urväter« geheiligt werden, bzw. wenn diejenigen, die das politisch-militärische Problem messianisch-religiös aufladen, die Entscheidungsfähigkeit der Regierung in der Friedensfrage wesentlich zu determinieren vermögen. So lässt sich behaupten, dass keine der in der nächsten Zeit anvisierten Lösungen zur Beilegung des Konflikts im Nahen Osten an den hier dargelegten politischen Strukturproblemen, mithin an der wahrhaftigen Erprobung der israelischen Friedensbereitschaft vorbeigehen können wird.

Anmerkungen:

1 Zu den verschiedenen Strömungen, ihrer Geschichte und Ideologie s. iz3w Nr. 215.

2 Die Halacha ist das in der Tora (die fünf Bücher Moses) enthaltene Religionsgesetz. Ziel des jüdischen »Fundamentalismus« ist es, die Halacha nicht nur in individueller, sondern auch in kollektiver Hinsicht zur Geltung zu bringen.

► **Moshe Zuckermann** ist Soziologe und Historiker an der Universität Tel Aviv. Von ihm sind zuletzt erschienen 'Zweierlei Holocaust' zur Erinnerungspolitik in Israel und Deutschland (1998); 'Gedenken und Kulturindustrie' (1999) und als Herausgeber zusammen mit Riki Kalbe 'Ein Grundstück in Mitte' (2000).

Wenn sich vom 26. bis 28. September der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank zu ihrer Jahrestagung in Prag treffen, wird es – wie immer in den letzten Jahren – auch einen Gegenkongress und zahlreiche Protestveranstaltungen geben. Doch die (Selbst-)Einschätzung von IWF und Weltbank hat in jüngerer Zeit einen grundlegenden Wandel erfahren: Galten die Bretton-Woods-Institutionen lange Zeit als Vorreiter neoliberaler Globalisierung, so stellen sie sich heute als Regulative eben dieser Entwicklung dar. Durch Armutsprogramme und Umweltstandards versuchen sich die beiden umstrittenen Organisationen in den neuen Global-Governance-Strukturen der Weltpolitik zu legitimieren.



Befreien Sie 24 Länder Ihrer Wahl

Neue Rhetorik und alte Konzepte bei IWF und Weltbank

von **Wolfram Treiber**

► »Die vorrangige Verfolgung sozialer Ziele wie Armutsbekämpfung ist mit dem monetären Mandat des IWF nicht vereinbar.« So äußerte sich unlängst der Bundesbank-Vizepräsident Jürgen Stark. Warum auch sollte der IWF, der etwas verkürzt auch als internationale »Finanzpolizei« bezeichnet wird, plötzlich ein karitatives Gewissen entwickeln?

Der IWF, die Weltbank und das Gatt-Abkommen (Vorläufer der Welthandelsorganisation WTO) wurden 1944 geschaffen, um einen reibungslosen Übergang von der Kriegs- zur Friedensproduktion zu ermöglichen. Dazu sollte der freie Zugang zu allen Märkten und Rohstoffen sowie der Abbau von Zollschranken durchgesetzt werden. Der störungsfreie Welthandel sollte durch ein System von festen Wechselkursen mit dem Dollar als Leitwährung garantiert werden. Die Aufgabe des IWF war es, bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten eines Landes »helfend« einzugreifen, um Störungen der internationalen Finanzarchitektur zu verhindern. Bei anhaltenden Zahlungsschwierigkeiten verband der IWF neue Kredite mit strengen Auflagen, die weitgehende Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der betroffenen Länder haben. Die Sowjetunion beteiligte sich 1944 nicht am IWF, da er für sie ein Instrument war, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung weltweit durchzusetzen.

Als zu Beginn der 80er Jahre etliche Länder der »Dritten Welt« ihre Zahlungsunfähigkeit erklärten, da sie den ständig anwachsenden Schuldendienst nicht mehr aufbringen konnten, und einige US-Banken in Konkurs gingen, wurden immer neue Modelle entwickelt, damit die hochverschuldeten Länder weiterhin ihre Tilgungszahlungen aufrecht erhalten können. Eine Umschuldung löst seitdem die andere ab, ein Teilschuldenerlass den anderen. Dies hat jedoch mitnichten dazu geführt, dass die Verschuldung der Dritten Welt sich verringert oder auch nur gleich geblieben wäre. Im Gegenteil: Von 1980 bis 2000 hat sich ihre Verschuldung auf 2.400 Mrd. US-Dollar verfünffacht. Diese Entwicklung ist seit langem absehbar, weil viele Länder mit ihren Schuldenzahlungen die Kredite nicht tilgen, sondern allenfalls die Zinsen aufbringen. Schon seit den 80er Jahren ist diese Schuldenspirale offensichtlich: »Brasilien bringt von 1970 bis 1986 nicht weniger als 153 Mrd. US$ für den Schuldendienst auf, 89 Mrd. allein für die Zinsen. Geliehen hat es sich bis dahin 108 Mrd. US$. Würde das Land weiterhin Zinsen zahlen, dann hätten die Gläubiger in 5 Jahren das Doppelte von dem kassiert, was sie den Brasilianern in 17 Jahren geliehen haben«, rechnete der Politikwissenschaftler Dieter Boris bereits 1987 vor.

Armutsbekämpfung erfordert die bedingungslose Schuldenstreichung

Umschichtung statt Entschuldung

► Viele der überschuldeten Staaten sind heute faktisch zahlungsunfähig. Der IWF greift mit Umschuldungskonzepten ein, um den Konkurs eines Landes zu vermeiden, vor allem wenn zu befürchten steht, dass die internationalen Auswirkungen eines solchen Konkurses auch die reichen Gläubigerstaaten beeinträchtigen könnten. Nur in einem solchen Fall taucht das Thema auch in den hiesigen Medien auf – ansonsten ist über die Auswirkungen der Verschuldung der Dritten Welt auf hunderte Millionen Menschen weltweit nur selten etwas zu hören und zu lesen.

Selbst ein schlechter Prophet konnte somit nach den Beschlüssen des Weltwirtschaftsgipfels in Köln im Juni 1999 vorhersehen, dass die mit großen Schlagzeilen angekündigte Entschuldung der 41 hoch verschuldeten armen Länder (HIPC-Länder) mit 70 Mrd. US-Dollar ein Jahr später noch zu keinerlei Verringerung der Verschuldung dieser Länder geführt haben würde und wohl auch nicht führen wird. Ungeachtet aller vollmundigen Erklärungen wird lediglich der Teil der Schulden gestrichen, den die betroffenen Ländern sowieso nicht hätten zurückzahlen können. Außerdem wurde in den meisten der Gläubigerländer die Entwicklungshilfe um eine Summe gekürzt, der den erlassenen Betrag noch übersteigt: So wurde die Entwicklungshilfe der BRD im Bundeshaushalt 2000 um 600 Mio. DM zusammengestrichen. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel, der im Juli 2000 im japanischen Okinawa stattfand, kündigten die G-8-Staaten an, neun Ländern der Dritten Welt 15 Mrd. US-Dollar Schulden zu erlassen. Dieser Schuldenerlass – wahrscheinlich ebensowenig effektiv wie der Beschluss auf dem Kölner Gipfel vor einem Jahr – soll medienwirksam die neue Welthandelsrunde begleiten, die auf demselben Gipfel für Ende des Jahres beschlossen wurde.

Angepasste Parolen

► In Folge der Kölner »Schuldeninitiative« und der Jahrestagung von IWF und Weltbank 1999 wurde das IWF-Strukturanpassungsprogramm für hoch verschuldete Länder (ESAF – Enhanced Structural Adjustment Facility) kurzerhand in 'Programm für Armutsverringerung und Wachstum' umbenannt (Poverty Reduction and Growth Facility –

PRFG). Bisher hatte sich der IWF mit seinem Strukturanpassungsprogrammen (SAP) auf die Durchsetzung makroökonomischer Ziele beschränkt, welche – wie auch im Weltentwicklungsbericht der UNO dargestellt – nicht armutsverringernd waren, sondern vielmehr die Armut noch erheblich verschärft haben. Die soziale Abfederung wurde, wenn überhaupt, der Weltbank überlassen. Mit dem neuen IWF-Programm für Armutsverringerung und Wachstum (PRFG) soll dem schlechten Image der IWF-Auflagenprogramme entgegengewirkt und dem IWF nunmehr auch der Zugriff auf die Sozialhaushalte und die Sozialpolitik des Landes ermöglicht werden. Die Umbenennung des IWF-Programms folgt damit einer Logik, wie sie die Firma Parker vorgemacht hat: Als das Spiel »Risiko« mit seinem Slogan »Erobern Sie 24 Länder Ihrer Wahl« ins Gerede kam, brachte der Spielproduzent flugs eine neue Version mit der Spielanweisung auf den Markt: »Befreien Sie 24 Länder Ihrer Wahl«.

Die Südostasienkrise, die drohende Zahlungsunfähigkeit Russlands sowie die nach wie vor wachsende Verschuldung der Dritten Welt haben selbst bei VerfechterInnen einer (neo)liberal strukturierten Weltwirtschaft die Erkenntnis wachsen lassen, dass Änderungen der weltweiten Finanzarchitektur vonnöten sind, um das alte Ziel von Bretton Woods – den ungestörten Welthandel – weiterhin zu gewährleisten. Die flüssigen Geldmittel von Konzernen und Banken betragen inzwischen ein Vielfaches selbst der Staatshaushalte der OECD-Staaten. Der ungehindert boomende 'nachholende' Kapitalismus in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes hat insbesondere die Finanzsektoren durcheinandergebracht, was im Falle Russlands nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch zu gewaltigen Umbrüchen führen könnte. Die nun geforderten bedingten regulativen Maßnahmen im Finanzsektor sind aber kein Widerspruch zur bisherigen IWF-Politik, sondern ihr ergänzender Bestandteil. Der Währungsfonds gewinnt dabei zwei Möglichkeiten zur Einflussnahme, denn sowohl Kreditvergaben als auch Schuldenerlasse werden an Bedingungen geknüpft.

Schuldenerlass mit Auflagen?

▶ Die Forderungen der Gläubiger werden in der aktuellen Debatte um Schuldenerlasse kaum angezweifelt, obschon die Summe der Schulden- und Zinszahlungen die ursprüngliche Kreditmenge bei weitem übersteigt. Und auch das »Armutsbekämpfungsprogramm« des IWF, das den in Köln geplanten Teilschuldenerlass begleiten soll, geht von der Rechtmäßigkeit der Schulden der Dritten Welt aus und dementsprechend auch von der Berechtigung, Bedingungen an ihren Erlass zu knüpfen. Aber eine Forderung, die nicht zu Recht besteht, kann nicht unter Auflagen erlassen werden. Eine auflagenfreie Entschuldung käme dagegen auch oppositionellen Bewegungen entgegen. Bislang verweisen die Regierungen der verschuldeten Staaten – insbesondere auch Diktatoren und korrupte Eliten – häufig auf die Auflagen des IWF, wenn sie Kürzungen im Sozialsektor begründen. Tatsächlich werden sie ja gerade durch die Auflagen des IWF dazu gedrängt, die Staatsausgaben drastisch zu Lasten der Bevölkerung zu verringern. Eine bedingungslose Schuldenstreichung würde dagegen den Basisbewegungen und Gewerkschaften argumentativ Spielräume eröffnen, um die Bevölkerung für ihre sozialen Ziele zu mobilisieren. Denn dann könnten sich die Regierungen nicht mehr auf vorgegebene Auflagen berufen, sondern wären für ihre Politik selbst verantwortlich zu machen. Die Kampagne Jubilee South (vgl. iz3w 246) fordert über den Schuldenerlass hinaus von den ehemaligen Kolonialstaaten Reparationszahlungen in Milliardenhöhe an die Entwicklungsländer für jahrhundertelangen Raub, Völkermord, Versklavung und Zerstörung.

Soziale und ökologische Ziele werden nicht mit dem IWF und Regierungen, sondern nur in harten Auseinandersetzungen gegen diese durchgesetzt. Armutsbekämpfung erfordert die bedingungslose Schuldenstreichung, da der Schuldendienst mittlerweile einen großen Teil der Exporterlöse der Entwicklungsländer auffrisst bzw. diese noch übersteigt. Ein Lösungsansatz zur »Verschuldungskrise« muss zwangsläufig Partei ergreifen, eine »neutrale« Lösung kann es nicht geben. Und eine Schuldenstreichung allein wird die Probleme nicht lösen. Solange das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Menschen und Umwelt nur als Kostenfaktor eine Rolle spielen. Eine soziale und ökologische Gesellschaftsordnung entsteht nicht durch die Auflagen von Regierungen, Banken und Konzernen, die sich ansonsten nicht für soziale Menschenrechte interessieren.

▶ **Wolfram Treiber** ist Mitarbeiter im Aktionskreis Internationalismus (AKI) in Karlsruhe.

Strukturanpassungsprogramme

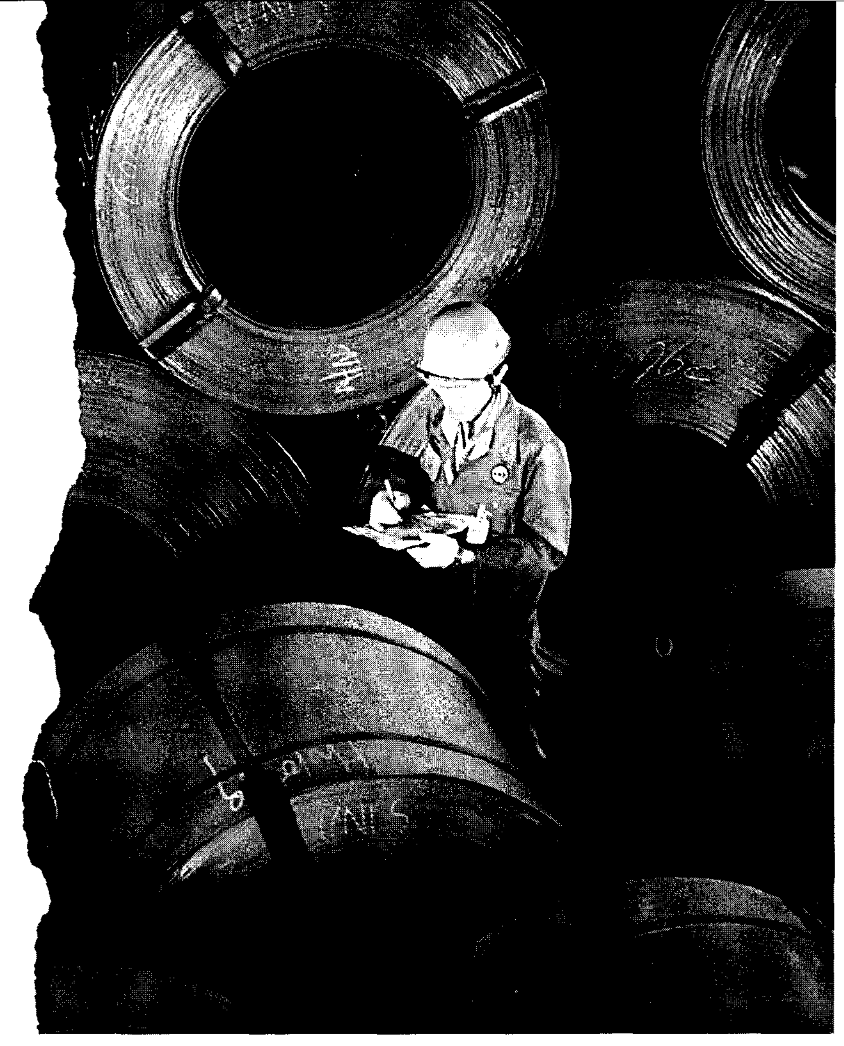
von **Barbara Unmüßig und Miriam Walther**

Die wichtigsten Instrumente des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind die Strukturanpassungsprogramme (SAP). Der Fonds kann die Vergabe von Krediten an Bedingungen knüpfen, die den Schuldnerländern vorschreiben, wie sie ihre Haushaltspläne zu führen oder wo sie zu kürzen haben. Zwar haben die SAP ihre Anforderungen mehrfach modifiziert, die grundsätzliche Ausrichtung jedoch hat sich nicht geändert: Die Kürzung der Staatsausgaben, die Öffnung der Märkte für ausländische Investoren und die Privatisierung von Staatsbetrieben stehen nach wie vor im Zentrum der Programme.

▶ Die Kritik an den Anpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank ist fast so alt wie die Programme selbst. Vor allem die Rolle des IWF in der Asienkrise hat der Debatte eine neue Dynamik verliehen. Auch im Kontext der Diskussion um die Verschuldung der ärmsten Länder wurde die Kritik am traditionellen Krisenmanagement immer lauter. IWF und Weltbank haben auf ihrer Jahrestagung im Herbst 1999 verabredet, dass Schuldenreduzierungen im Rahmen der HIPC-Initiative (s.o.) erst dann wirksam werden, wenn die Regierungen ein glaubwürdiges Konzept der Armutsreduzierung für ihr Land vorgelegt haben. Armutsstrategiepapiere (PRSP) sollen künftig die Grundlage für Anpassungsprogramme bilden. Im gleichen Zug wird die speziell für die armen Länder geschaffene ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) von der Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) abgelöst. Die neue Initiative wird häufig als fundamentale Abkehr von der alten Anpassungspolitik präsentiert.

Wirkungen der SAP

▶ Die offiziellen Ziele der Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank sind die (Wieder)herstellung stabiler Volkswirtschaften und die Beförderung von Wirtschaftswachstum. Bezogen auf das Wachstumsziel spricht der IWF mittlerweile von »high-quality growth« und meint damit ein ökonomisch und sozial tragfähiges Wachs-



Strukturangepasstes Umschichten

tum, das die Chancengleichheit befördert und zur Reduzierung der Armut beiträgt. Trotz dieser ambitionierten Ziele misst der IWF den Erfolg seiner Programme in der Regel noch immer an einigen wenigen makroökonomischen Indikatoren wie der Inflationsrate, dem Budgetdefizit oder dem Exportvolumen.

Mittlerweile ist deutlich geworden, dass die SAP auch gemessen an ihren eigenen Kriterien gescheitert sind. So blieben die Wachstumserfolge vor allem in den ärmsten Regionen in Afrika und Südasien weit hinter den Erwartungen zurück. Unter anderem weil die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung im Zuge der SAP zumeist zunahm, sind die erhofften Erfolge in der Armutsbekämpfung ausgeblieben. Auch die Verschuldungssituation der meisten Länder des Südens hat sich seit dem Ausbruch der Schuldenkrise zu Beginn der 80er Jahre erheblich verschlechtert. In vielen Ländern wurden notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Basisinfrastruktur unterlassen. Dass die Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Fiskalpolitik der SAP gerade die arme Bevölkerung stark belastet, wird sogar explizit vom Weltentwicklungsbericht 2000 der Weltbank bestätigt.

Als asiatische und lateinamerikanische Länder im Zuge der Finanzkrisen der Jahre 1997-98 den IWF um Stützungskredite baten, drängte der Fonds in bekannter Manier auf strenge fiskalpolitische und monetäre Maßnahmen, obwohl es zumindest in den asiatischen Ländern keine Anzeichen für eine makroökonomische Instabilität gab. Der Fonds hielt auch dann noch an seiner pro-zyklisch wirkenden Politik fest, als die Finanzkrisen bereits begonnen hatten, auf die gesamte Wirtschaft überzugreifen. Diese Politik verschärfte die Wirtschaftskrisen jedoch noch zusätzlich, mit enormen negativen sozialen Auswirkungen. Seit Mitte der 90er Jahre konzentriert sich der IWF verstärkt auf Strukturmaßnahmen. In seinen Anpassungsprogrammen der »Zweiten Generation« spielt vor allem die Liberalisierung der Finanzsektoren eine zentrale Rolle. Doch waren es genau die vom IWF propagierten Maßnahmen, die die Finanz-, Wirtschafts- und Armutskrisen in Asien, Lateinamerika und Russland in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erst möglich machten.

Flauten, Rezessionen, Depressionen

► In einem Bericht über die Politik des IWF in Asien räumten IWF-Ökonomen ein, dass sie von den ökonomischen und sozialen Problemen, die in Korea, Indonesien und Thailand auf die Krisenbekämpfungsmaßnahmen des IWF folgten, überrascht wurden. Für viele verwandelte der IWF damals »Flauten in Rezessionen und Rezessionen in wirtschaftliche Depressionen« (Stiglitz). Offiziell gilt die Krise in Asien mittlerweile als überwunden. Die Wachstumsraten steigen schneller, als das noch vor kurzem erwartet wurde. Doch die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung hat sich verschärft, und für die unteren Einkommensschichten sind die Folgen des Einbruchs noch lange nicht vorbei. Trotz einer Fülle gegenteiliger empirischer Belege glauben die Bretton-Woods-Institutionen weiterhin an ein »automatisches trickle down der wirtschaftlichen Entwicklung zu den Armen« und halten unverändert an der irrigen Überzeugung fest, dass zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion eine unmittelbare kausale Wirkung besteht.

Die Förderung des Sozialsektors oder die Schaffung von sozialen Sicherungsnetzen wurden bislang von IWF und Weltbank als »weiche Auflagen« formuliert. Bindenden Charakter wie die Vielzahl harter Konditionen (Währungsabwertung, Liberalisierung usw.) hatten sie nicht. Mit der neuen Armutsbekämpfungsstrategie werden die weichen Auflagen nun jedoch zu harten Konditionen, denn ohne ihre Umsetzung gibt es keinen Schuldenerlass. Mit der erweiterten HIPC-Initiative erhalten IWF und Weltbank unmittelbaren Zugriff auf den Sozialsektor und können in das Mikromanagement der Budgets der jeweiligen Länder hineinregieren, der IWF hat darüber hinaus auch weiterhin die Definitionsmacht über die makroökonomischen Ziele der Strukturanpassungsprogramme. Gleichzeitig haben IWF und Bank die »Gestaltungshoheit« für die freiwerdenden Mittel gerade auch aus den bilateralen Schuldenerlassen erhalten. Für beide multilaterale Institutionen ist das ein weiterer Machtzuwachs, den sie in Zeiten schwindender Legitimation für ihre Aufgaben gut gebrauchen können. Die Umbenennung der ESAF in »Armuts- und Wachstumsfaszilität« war außerdem ein gelungener Schachzug, um künftig positivere Assoziationen für den »IWF-Auftritt« zu wecken und sich der in vielen armen Ländern diskreditierten ESAF zu entledigen. Mit der Bekundung zur verstärkten »ownership« soll ganz offensichtlich die ablehnende Haltung der Regierungen und der Bevölkerung gegenüber den früheren Programme überwunden werden.

Weiche Auflagen werden zu harten Konditionen

► **Barbara Unmüßig** und **Miriam Walther** sind Mitarbeiterinnen von Weed. Der hier stark gekürzte Text ist vollständig nachzulesen in: **Schuldenreport 2000.**
Zu bestellen unter Tel. 0228 / 766130 oder www.weedbonn.org

Zweite Befreiung

Die Geschichte der verschleppten Landreform in Zimabwe

Die Problematik einer krass ungleichen Landverteilung als Folge der Kolonialherrschaft besteht in vielen Staaten im südlichen Afrika, aber auch in Lateinamerika. In Zimbabwe ist die dringend erforderliche Landreform von allen Beteiligten – der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien, der zimbabwischen Regierung und dem Großbauernverband des Landes – immer wieder verschleppt worden.

von **Sabine Fiedler-Conradi**

▶ Seit seiner späten Unabhängigkeit im Jahre 1980 ist Zimbabwe nicht mehr so ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt wie im vergangenen Frühjahr. Damals hatte der zum Premierminister gewählte Führer der Ex-Befreiungsbewegung ZANU, Robert Mugabe, die Versöhnungspolitik zwischen Schwarz und Weiß noch zum nationalen Programm erhoben. Anlässlich der Unabhängigkeit Zimbabwes hatte ihm vor allem Moçambiques Staatspräsident Samora Machel empfohlen, die Wirtschaftskraft der Weißen nicht über Bord zu werfen, sondern in eine umzustrukturierende Volkswirtschaft zu integrieren.

Nelson Mandela hat in Südafrika nun einen ähnlichen Weg beschritten. Alle drei Länder kämpfen – ebenso wie Namibia und Kenia – bis heute mit der Hinterlassenschaft des Siedlerkolonialismus. In Zimbabwe produzieren immer noch knapp 4.500 Großfarmen in überwiegend weißer Hand auf 11 Millionen Hektar eher fruchtbarem Boden. Demgegenüber müssen rund acht Millionen Menschen ihr Auskommen nur 16 Millionen Hektar eher trockenem und wenig produktivem Boden abringen.

Dabei nahm die Landreform auf der politischen Tagesordnung in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit Zimbabwes den obersten Platz ein – zusammen mit der breitenwirksamen Bereitstellung von Schulbildung und Gesundheitsversorgung. Die Landfrage hatte 1979 um ein Haar die Lancaster-House-Verhandlungen mit der Kolonialmacht Großbritannien gekippt. Joshua Nkomo und Robert Mugabe unterzeichneten 1979 das Abschlussdokument mit einem Kloß im Hals: Es verpflichtete das unabhängige Zimbabwe dazu, die bestehenden Eigentumsrechte bis 1990 zu respektieren. Im Gegenzug wurde ihnen versichert, ein Geberkonsortium werde unter Führung von Großbritannien und den USA Mittel bereit stellen, mit denen in Zimbabwe Land auf dem freien Markt angekauft und eine großangelegte Umsiedlung von zimbabwischen Familien bewerkstelligt werden kann. Diese Vereinbarung wurde jedoch nicht in die sogenannte Lancaster-House-Verfassung aufgenommen.

Im unabhängigen Zimbabwe kam es dann während der ersten Jahre in den häufig überbesiedelten und trockenen Kommunalgebieten, den ehemaligen Reservaten, zu einem regelrechten Boom, der die Potenziale der kleinbäuerlichen Landwirtschaft freilegte. Die ländlichen Entwicklungsprogramme der neuen Regierung, gespeist von zahlreichen ausländischen Geberorganisationen, wirkten auf subsistenzorientierte ProduzentInnen zunächst ebenso ermutigend wie die Hoffnung auf mehr Verteilungsgerechtigkeit im jungen Zimbabwe. Mit Zuversicht nahm das Land ein großes Landreform- und Wiederansiedlungsprogramm in Angriff, das in Afrika seinesgleichen sucht. Mit britischer Unterstützung erwarb der Staat zwischen 1982 und 1985 knapp 3 Millionen Hektar Land von weißen Farmern. Darauf fanden bis 1987 schließlich rund 60.000 Familien ein neues Zuhause mit ausreichendem Ackerland.

Das Programm, das die Umsiedlung von insgesamt 160.000 Familien vorsah, verlor jedoch ab Mitte der 80er Jahre sein Momentum: Es gab nicht mehr viel produktiven Boden zu kaufen. Die im Land gebliebenen weißen Farmer hatten sich auf dem Hintergrund der Versöhnungspolitik der schwarzen Mehrheitsregierung ihrer Zukunft in Zimbabwe vergewissert. Zudem wurden die aus Kolonialzeiten stammenden Subventionen der kommerziellen Landwirtschaft fortgeführt, sowohl im Kreditwesen als auch beim Angebot staatlicher Forschungs- und Beratungsdienste.

Den neuen Siedlerfamilien auf den ehemaligen Großfarmen hingegen ging es oft keineswegs besser als vor ihrer Ansiedlung. Viele klagten über mangelnden Zugang zu Märkten, Krediten und Beratungsdiensten, über ungenügende Wasserversorgung, zu wenig Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Ihnen waren nie auch nur annähernd so viel staatliche Subventionen und Dienstleistungen zugänglich wie der kommerziellen, von Weißen dominierten Landwirtschaft. Die ländlichen Entwicklungsprogramme erreichten sie selten. Ihre Nutzungsrechte waren nicht geklärt – die meisten produzierten auf Staatsland.

Großgrund gegen Bodensteuer

▶ Großbritannien setzte seine finanzielle Unterstützung vorläufig aus, während sich die zimbabwische Regierung auf das Ende der Karenzzeit für uneingeschränkte private Eigentumsrechte an Land einstellte. Erst 1992 trat schließlich ein Gesetz in Kraft, das es dem Staat ermöglichte, produktive Böden für Zwecke der Umsiedlung zu enteignen. Dieses Gesetz enthielt die Bestimmung, dass für die enteigneten Ländereien entschädigt werden muss. Das vorgeschriebene Procedere war jedoch so kompliziert und ließ so viele rechtliche Lücken, dass die meisten Großgrundbesitzer mit ihren Einsprüchen vor dem Verwaltungsgericht Erfolg hatten.

1995 wurde eine Neufassung des Gesetzes zur Landenteignung verabschiedet. Nun waren die für Enteignungen zulässigen Kriterien klarer, und auch die Durchführungsbestimmungen wurden »gerichtsfester«. Um eine abschließende Klärung der Entschädigungsfrage hatte man sich allerdings weiter gedrückt: Die Regierung vertrat den Standpunkt, dass sie nur für infrastrukturelle und technische Werte auf den enteigneten Böden zur Entschädigung verpflichtet sei, nicht aber zu solchen für das Land selbst. In der Juristerei setzte sich unterdessen die Rechtsauffassung durch, dass die Formulierung des Gesetzestextes die entschädigungslose Enteignung von Böden nicht zuließe – offen blieb allein die Frage, was unter »angemessener« Entschädigung durch den Staat zu verstehen sei.

Ein entscheidender Grund für das Schneckentempo des Landreformprogramms ist wohl in dem Umstand zu suchen, dass Zimbabwe seit 1991 mit der Durchführung eines Strukturanpassungsprogramms (SAP) beschäftigt war. Damit wurden die staatlichen Energien zunehmend auf eher städtische als ländliche Entwicklungsziele verlagert. Mit der Liberalisierung von Handel und Wirtschaft war vor allem die Hoffnung auf stärkere Industrialisierung, mehr Arbeitsplätze und





70er Jahre:
Wanderarbeiter kehren aus Südafrika nach 'Rhodesien' zurück
Foto: EMW-Archiv

ausländisches Investment verbunden, um das die Regierung – allen voran Präsident Mugabe persönlich – jahrelang heftig warb. Die Infragestellung von Eigentumsrechten, die durch entschädigungslose Enteignungen von landwirtschaftlichen Böden durch den zimbabwischen Staat entstanden wäre, hätte potenzielle Investoren abgeschreckt.

Allerdings ist bereits seit den 80er Jahren immer wieder die Erhebung einer Bodensteuer für die kommerzielle Landwirtschaft sowie die Zulassung von Größenreduzierungen bestehender Farmen empfohlen worden. Dies hätte wie von selbst ungenutzte Böden auf den Markt gebracht, ohne Eigentumsrechte anzugreifen, denn rund zwei Drittel der Landoberfläche von Großfarmen liegen dauerhaft brach. Die Bodensteuer hätte zudem einen Staatsfond zur Finanzierung der Landreform speisen können. Der Druck gegen solche Maßnahmen kam und kommt – mit internationaler Rückendeckung – weiterhin vor allem vom »weiß« dominierten Großbauernverband CFU. Auch viele der rund 700 schwarzen Großfarmer gehören diesem Verband an, darunter über die Hälfte der Kabinettsmitglieder der Regierung Mugabe. Die Umsetzung einer ernsthaften Landreform wurde demnach auch aus Regierungskreisen blockiert – allen voran vom bisherigen Landwirtschaftsminister und mehrfachen Großgrundbesitzer Kumbirai Kangai, der noch dazu unter Anklage steht, den Staat um 228 Millionen Zimbabwe-Dollar für persönliche Zwecke erleichtert zu haben.

Nicht alle Plünderer sind Veteranen

► Auf ähnliche Weise wurde auch das Landreformprogramm in Misskredit gebracht. In den 90er Jahren hat die Regierung in drei kleinen Reformschüben gerade mal 200.000 Hektar an einige Tausend neue Siedlerfamilien verteilt. Immer wieder wurden dabei ParteifunktionärInnen, deren Familien oder andere getreue Gefolgschaft besonders bedient. Jedesmal gingen die Umsiedlungen mit großem Revolutionsgedöns einher, und jedesmal wurde das Programm auch als die Maßnahme zur Armutsbekämpfung verkauft.

Letzeres ist angesichts der volkswirtschaftlichen Entwicklung besonders pikant: Das SAP, zwei Dürreperioden und staatliche Misswirtschaft sorgten dafür, dass sich von 1991 bis 1996 der Anteil der Armen um 40% auf drei Viertel der Bevölkerung erhöht hatte. Für eine wachsende Bevölkerung gibt es weniger statt mehr Arbeitsplätze. Die verarbeitende Industrie entindustrialisiert sich. Das staatliche Haushaltsdefizit wächst und die Diskrepanzen zwischen obersten und unteren Einkommensschichten reißen zusehends auseinander. Die Inflation – inzwischen auf ähnlichem Niveau wie die der kriegsgebeutelten Länder Angola und DR Kongo – führt zu massiven Verlusten bei den Realeinkommen. Das öffentliche Bildungs- und Gesundheitswesen wurde in Qualität wie Quantität erheblich beschnitten.

Noch dazu sickerte durch, dass sämtliche Staatsfonds, die – teilweise im Rahmen des SAP – zur Abfederung der sozialen Folgen der Wirtschaftsentwicklung gedacht waren, von ParteifunktionärInnen und anderen Getreuen systematisch geplündert wurden. Zu den Beuteobjekten gehörte auch ein Kriegsinvalidenfonds für ehemalige BefreiungskämpferInnen. Als der Vereinigung der KriegsveteranInnen der Kragen platzte, versprach Mugabe seinen ehemaligen KampfgenossInnen – ohne das Kabinett oder gar das Parlament in dieser Frage zu bemühen – einmalige Zuwendungen sowie lebenslange Pensionszahlungen. Außerdem sicherte er den KriegsveteranInnen und ihren Familien einen Anspruch auf 20% der Bodenfläche bei der zu beschleunigenden Landreform zu.

Während der Staatshaushalt mit Ach und Krach die unvorhergesehenen Zuwendungen an 55.000 KriegsveteranInnen zu bewältigen suchte, reiste Robert Mugabe im Oktober 1997 wochenlang im Land herum, um die Bevölkerung für die »zweite Befreiung« zu mobilisieren. Hieß es im Befreiungskampf noch vor allem »Ein Mann (!) – eine Stimme!«, so musste es nun lauten: »Ein Mann (!) – eine Farm!« Er erklärte, dass es für die Rücknahme des kolonialen Landdiebstahls keinen Cent Entschädigung gebe. Es stünde den Briten frei, diese zu leisten, falls sich ihr Gerechtigkeitssinnn an der Verfahrensweise stoße.

Diese neuerliche Infragestellung der Eigentumsrechte verschreckte in- und ausländische Wirtschaftskreise. Zugleich schnellte das Defizit des Staatshaushalts aufgrund der Zuwendungen an die BefreiungskämpferInnen in die Höhe. Im November 1997 fiel der Zimbabwe- gegenüber dem US-Dollar um rund 300 Prozent. Eine rapide Preisinflation folgte, und es gab die ersten Brotunruhen und Generalstreiks in der Geschichte des unabhängigen Zimbabwe, wo sich mittlerweile der Keim einer ernstzunehmenden außerparlamentarischen Opposition gegen die »Zanukratie«, den – de facto – Einparteienstaat, gegründet hatte. Darin fanden sich zusammen: Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Intellektuelle, Wirtschaftsverbände, eine differenziertere und staatsunabhängige Presselandschaft, Kirchen, Frauen- und Jugendverbände. Es entstand eine Verfassungsbewegung, die die nicht weniger als vierzehn Mal zwecks Stärkung der Staatsgewalt geänderte Lancaster-House-Verfassung als Kern des nationalen Problems betrachtet.

Präsidiale Alleingänge

► Ende 1997 legte dann die Regierung eine Liste von rund 1.500 zu enteignenden Großfarmen vor, die mit ca. 5 Millionen Hektar gut zwei Fünftel der Gesamtfläche der kommerziell genutzten Ländereien ausmachen. Der Kriterienkatalog, der den Enteignungen zugrunde liegen sollte, war einsichtig: Enteignet werden sollten vor allem unzureichend genutzte Böden, sowie Spekulationsland von Landbesitzern im Ausland. Besitzer mehrerer Farmen sollten Land abgeben. Wer nur eine Farm sein Eigen nannte und produktiv nutzte, sollte unbeschadet bleiben. Allerdings hatte die zimbabwische Regierung diesen Kriterien nicht allzu viel Beachtung geschenkt. Sie gab schließlich dem Druck aus dem In- und Ausland nach und unterzog die verunglückte Liste einer neuerlichen Prüfung. Im April 1998 wurde dann die Enteignung von nunmehr 841 statt 1.500 Farmen vorgesehen.

Der Schaden, der durch dieses Debakel entstand, ist kaum wiedergutzumachen. Auf den von Enteignung bedrohten Farmen wurden Investition und Produktion zurückgeschraubt, oder sie erhielten keine Kredite mehr. FarmarbeiterInnen und deren Familien, die verwundbarste und größte Gruppe unter der Arbeiterschaft, wurden massiv verunsichert und auf die Seite ihrer Arbeitgeber geschlagen, zumal für ihre Absicherung nach den Enteignungen keinerlei Vorkehrungen getroffen worden waren.

Ende 1998 endete ein von UNDP und der zimbabwischen Regierung gestarteter Versuch, ein internationales Geberkonsortium zur Finanzierung der Landreform zu bewegen, in der Aufforderung der Geber, dem Projekt eine zweijährige Pilotphase vorzuschalten. Darin sollen die Durchführungsmodalitäten, die Siedlungsformen und Produktionsmodelle, die Gestaltung der Nutzungsrechte sowie die Auswahl der Zielgruppen auf Wirksamkeit getestet und für die »große« Phase ausgewertet werden. Die Gelder würden nach der Erfüllung von drei Grundvoraussetzungen fließen: erstens ein transparentes Verfahren bei Auswahl und Vergabe der zu enteignenden Böden an die neuen Siedlergruppen; zweitens die Sicherheit, dass die Produktivität der zimbabwischen Landwirtschaft durch die Reform nicht beeinträchtigt werde; und drittens die Armutsbekämpfung durch das Programm.

Seit Mitte 1999 liegt nun ein durchdachtes und realistisches Planungsdokument für die Pilotphase vor. Die Finanzierungen blieben allerdings aus. Zum einen blieb die Entschädigungsfrage weiter im Dunkeln und zum anderen waren die Mitglieder des Geberkonsortiums, die sich bei großen Finanzierungsprojekten an eine Richtlinienkompetenz der Weltbank halten, inzwischen auch schon bei der Unterstützung anderer Projekte zögerlich geworden. Zimbabwe hatte Vereinbarungen mit den Bretton-Woods-Institutionen nicht eingehalten. Zu diesen gehörte unter anderem das Eindämmen des staatlichen Haushaltsdefizits und eine Offenlegung der Kosten des militärischen Engagements Zimbabwes in der Demokratischen Republik Kongo, das Robert Mugabe seinem Land seit August 1998 per Präsidialdekret zumutet.

Mittlerweile droht die zimbabwische Volkswirtschaft, einst die große Hoffnung am afrikanischen Horizont, zusammenzubrechen. Es gibt auf dem formalen Markt keine Devisen mehr; die Kraftstoffe sind knapp; der Strom wird rationiert; die Inflation von Preisen und Zinsen eskaliert ins Unermessliche; Produktionen müssen zurückgeschraubt oder stillgelegt werden; Arbeitskräfte werden auf Kurzarbeit gesetzt oder entlassen, und in Sachen sozialer Ungleichheit steht Zimbabwe an der Weltspitze. Es fehlt an allen Ecken und Enden – außer an Land.



»Ein Mann –

Deshalb hat Mugabe versucht, dem rechtstechnischen Theater um die Entschädigungen für Landenteignungen im Vorfeld zu den Parlamentswahlen ein Ende zu bereiten. Dem Entwurf einer von ihm selbst einberufenen Verfassungskommission fügte er höchstpersönlich eine Klausel bei, die besagte: Großbritannien ist für die Entschädigung des Bodenwerts zuständig, wenn der zimbabwische Staat Land enteignet. Letzterer entschädigt nur für infrastukturelle und technische Werte. Wenn Großbritannien seiner Pflicht nicht nachkommt, ist die Enteignung trotzdem rechtmäßig. Der Entwurf wurde im Februar diesen Jahres per Volksentscheid abgelehnt. Als Vorwahlbarometer verpasste dieses Ergebnis der Regierungspartei einen Schlag. In ihrer Kampagne setzte sie angesichts der trostlosen Wirtschaftsentwicklung schließlich alles auf die letzte Karte: das Land. Der Wahlkampf wurde in den Metaphern des Befreiungskrieges geführt – der einzigen unangefochtenen Quelle von Glaubwürdigkeit, die der Befreiungsbewegung nach zwei Jahrzehnten an der Macht noch geblieben ist. Die Kriegsveteranenvereinigung wurde nach den ersten Landbesetzungen für eine beträchtliche Summe hochoffiziell als Wahlkampfhilfe für die Regierungspartei angeheuert.

Halbherzige Schützenhilfe

► Der Kampf ums Land wurde identisch mit dem Kampf um Wählerstimmen. Die Kampagne breitete sich von den Farmen in die Städte und in die Kommunalgebiete aus. Es gab »Umerziehungscamps«, Verletzte, Tote und bis zu den Wahlen am 24./25. Juni Zehntausende von Menschen, die dem Druck nicht mehr standzuhalten vermochten – Flüchtlinge im eigenen Land.

Kolonialismus, Korruption und Konditionen

► Die hiesige Auseinandersetzung mit den Ereignissen in Zimbabwe im Frühjahr war in großen Teilen geprägt von rassistischen Untertönen *(s. iz3w 245)* sowie der Ignoranz von materiellen wie psychischen Folgen der langen Kolonialgeschichte, die Ende des 19. Jahrhunderts mit weißen Siedlern und Missionaren aus Südafrika begann. Widerstände gegen deren Besiedlung wurden in der Folgezeit niedergeschlagen. 1924 wurde das Gebiet von Südafrika getrennt, und als »Südrhodesien« bekam es den Status einer von den weißen Siedlern selbst regierten Kolonie im britischen Commonwealth. Schon zu diesem Zeitpunkt hatten sich die weißen Siedler 40% des Landes angeeignet und in über 6.000 Farmen aufgeteilt. Die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung wurde in 174 landwirtschaftlich kaum tragfähige »Reservate« (heute »Communal Lands« genannt) zwangsumgesiedelt. Diese Übersiedlung, die Einführung von Steuern sowie rassistische Arbeits- und Passgesetze, die den Aufenthalt außerhalb der Reservate an Arbeitsverträge banden, machten aus der schwarzen Bevölkerung ein Reservoir billigster Arbeitskräfte für die Großfarmen und den städtischen Arbeitsmarkt – eine Voraussetzung für das Florieren der weißen Wirtschaft.

1965 erklärte die von den Weißen gewählte rassistische Rhodesian Front (RF) unter Führung von Ian Smith einseitig die Unabhängigkeit Rhodesiens. Einen UN-Wirtschaftsboykott konnte sie u.a. mit Hilfe Südafrikas überstehen. 1966 begann die ZANU (Afrikanische Nationalunion Zimbabwe) den Guerilla-Kampf – später zusammen mit anderen Organisationen – gegen die weiße Herrschaft. Sie zwangen die RF Ende der 70er Jahre zu Verhandlungen, die schließlich in die Unabhängigkeitsverhandlungen mit Großbritannien mündeten.

Für die neue Regierung Mugabe galt es zunächst, materielle Kriegszerstörungen zu

Inmitten diesen Klimas staatlich gesteuerter Gesetzlosigkeit ging im April auf Vermittlung des nigerianischen Staatspräsidenten und mit der Unterstützung einiger SADC-Staatschefs eine zimbabwische Regierungsdelegation nach London und forderte Großbritanniens uneingelöste Versprechungen in Sachen Landreform ein. Die Atmosphäre war eisig – von beiden Seiten. Großbritannien wiederholte seine grundsätzliche Bereitschaft, die Landreform vor allem in ihrer Umsiedlungskomponente unter den Bedingungen der Geberkonferenz von 1998 mitzutragen, wollte damit jedoch nicht in der Hitze des Gefechts kurz vor den Parlamentswahlen beginnen. Im übrigen sei die Wiederherstellung von Recht und Ordnung und die Einhaltung der einfachsten Menschenrechte in Zimbabwe eine Grundvoraussetzung für jede Finanzierung. Der Delegationsleiter der Zimbabwer, John Nkomo, zäumte das Pferd andersherum auf: Er versprach, man werde die Farmbesetzungen sofort beenden, sobald Großbritannien mit seinen Zahlungen beginne. Zum Wahlkampfterror wollte er nichts sagen.

Die Verhandlungen endeten in einer Sackgasse, der Repräsentant von UNDP in Zimbabwe bemühte sich ebenso um Vermittlung wie der südafrikanische Staatspräsident Mbeki. Weitere SADC-Staaten, die sich mit ungelösten Landfragen herumschlagen müssen, insbesondere Namibia und Moçambique, hatten Mugabe moralische Schützenhilfe bei seinem Versuch gegeben, Großbritannien zur Finanzierung der Landreform zu zwingen. Wenn es gelungen wäre, ein Exempel zu statuieren, hätten möglicherweise



... eine Farm« Foto: H. G. Schiele

auch sie davon profitieren können. Jetzt fürchten sie jedoch ein Überschwappen der zimbabwischen Entwicklung in ihre Territorien. Sie bekommen auch wirtschaftlich zu spüren, dass Zimbabwe in der Einschätzung potenzieller ausländischer Investoren für die Stabilität der Region eine herausragende Rolle spielt.

Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs muss es fast erstaunen, dass die ZANU bei den Wahlen vom 24./25. Juni eine – wenn auch knappe – Mehrheit der Sitze errungen hat. Die erst neun Monate junge Oppositionspartei MDC (Bewegung für demokratischen Wandel), deren Vorsitzender Morgan Tsvangirai sich in zwei Jahren den Präsidentschaftswahlen stellen will, freut sich hingegen, dass sie es trotz der massiven Einschüchterungen auf 57 der 120 Sitze bringen konnte. Dies ist die eigentliche »zweite Befreiung« der Nation – diejenige von der Befreiungsbewegung an der Macht. Allein das Aufbrechen eines für lange Zeit unverrückbar erschienenen Monoliths ist für viele Anlass zum Jubel.

Für Präsident Mugabe stellt sich nun angesichts der seit der Parlamentswahl neu besetzten Farmen vor allem die Frage, wie er die Geister wieder los wird, die er rief. In den vergangenen Jahren hat er sich der Loyalität eines großen Teils der ehemaligen BefreiungskämpferInnen versichert. Auf der anderen Seite wird es ihm nicht gelingen, Großbritannien oder ein multinationales Geberkonsortium zur Finanzierung der Landreform zu bewegen, solange er nicht deren Bedingungen erfüllt, was etwa die Aufgabe des Prinzips der Günstlingswirtschaft betrifft.

Auch die MDC wird sich der Landfrage stellen müssen, die nicht mit Mugabe gekommen ist und auch nicht mit ihm gehen wird. Zimbabwe muss 8 Millionen Menschen ein Auskommen ermöglichen, die heute direkt von den Früchten des Bodens abhängen und zu großen Teilen am Hungertuch nagen. Dies wird mit der endlichen Ressource Boden nicht dauerhaft möglich sein. Aber es wäre ein Anfang in einem der ressourcenreichsten Länder Afrikas.

► **Sabine Fiedler-Conradi** ist Sozialwissenschaftlerin. Sie hat in den vergangenen neun Jahren in Zimbabwe gelebt und war dort zuletzt als entwicklungspolitische Beraterin tätig. 1996 ist ihre Studie: *Arbeit und Recht im kolonialen Zimbabwe: Die Geschichte einer nachhaltigen Entwicklung* erschienen.

bewältigen und ca. zwei Millionen Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelte (ein Viertel der Bevölkerung) zu reintegrieren. Dabei verweigerte die Mehrheit der weißen Bevölkerung die Zusammenarbeit und unterstützte weiterhin den ausgewiesen rassistischen Ian Smith, dessen Partei alle zwanzig den Weißen vorbehaltenen Sitze im Parlament erhielt. Die weiße Minderheit saß weiterhin an den wirtschaftlichen Schalthebeln, ihr Kapital blieb trotz sozialistischer ZANU-Rhetorik unangetastet. Überdies blieb Zimbabwe ökonomisch von Südafrika abhängig, das gleichzeitig alles tat, um das Land zu destabilisieren.

Zimbabwes von wirtschaftlichem Verfall und aufklaffenden sozialen Widersprüchen geprägte Entwicklung in den 90er Jahren ist durch exogene Faktoren wie durch die koloniale Hinterlassenschaft, neokoloniale Strukturen, wirtschaftliche Abhängigkeiten, die Schuldenfalle und aufgezwungene neoliberale Strukturanpassungsprogramme genauso bestimmt wie durch hausgemachte Gründe: korrupte und unfähige Staatseliten, die in undemokratischen, repressiven Systemen in die eigene Tasche wirtschaften und die Verelendung der Bevölkerung in Kauf nehmen.

Aus letzterem leiten viele die Forderung nach Good Governance ab (s. S. 5 in diesem Heft). So knüpft auch die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien die zugesagte Finanzierung der Enteignungsentschädigungen immer wieder an die Erfüllung von Konditionen durch die zimbabwische Regierung. Von den als erforderlich geschätzten ca. 3 Mrd. DM hat Großbritannien bisher lediglich 120 Millionen gezahlt und begründet dies u.a. mit der Korruption und der Verletzung von Menschenrechten in Zimbabwe. Dem Konzept von Good Governance widersprechen auch entschädigungslose Enteignungen – gleich vor welchem aktuellen oder historischen Hintergrund sie stattfinden mögen. Denn der globale Geltung beanspruchende Grundsatz der Sicherheit von Privateigentum steht in kapitalistischer und neoliberaler Denkart ganz oben auf der Liste der Menschenrechte. Dies garantiert den Großfarmern auch weiterhin politische Unterstützung. *jm*

(Quelle: Nohlen/Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5)

▶ *In unserer Reihe* ***Soziale Bewegungen*** *beschäftigen wir uns unter anderem mit der Frage der Organisation. Ist die Organisation von Massen – auch in Parteien – notwendig, um Forderungen durchsetzen zu können oder reduziert der Zwang zur Organisierung solche Forderungen von vornherein auf ihren kleinsten gemeinsamen Nenner? In Brasilien jedenfalls organisieren sich die Bewegungen: Neben der Landlosenbewegung MST (Movimento Sem Terra) bestehen eine Vielzahl weiterer Basisbewegungen, die sich jetzt zu einer Initiative zusammenschließen und nach zapatistischem Vorbild (s. iz3w 237) eine Volksbefragung zur Verschuldungspolitik der brasilianischen Regierung durchführen wollen.*

Mit Papp-Urnen gegen Verschuldung

In Brasilien schließen sich die Basisbewegungen zusammen

von **Wolfgang Hees**

▶ Die historischen Vorläufer der sozialen Bewegungen Brasiliens entstammen alle dem ländlichen Umfeld – die entlaufenen Sklaven in ihrer Republik Palmares, die Kommune des utopischen Sozialismus unter dem messianischen Antonio Conselheiro in Canudos, die Bauernaufstände des Contestado in Südbrasilien oder die Bauernligen im Nordosten unter Julião. Sie verfolgten neben einem visionären Ziel (Sozialismus, Kooperation, Gleichheit) handfeste Vorteile für ihre TeilnehmerInnen (Befreiung von den Sklavenhaltern, ein eigenes Stück Land), die schnell erreichbar schienen. Sie alle wurden zur Bedrohung der bestehenden Ordnung, und gegen alle wurde mit massiven Militäraktionen vorgegangen. Zuletzt waren Julião´s Bauernligen ein entscheidender Auslöser des Militärputsches von 1964.

Die zwei Jahrzehnte andauernde Militärdiktatur brachte dann einen entscheidenden Wandel. Hatte die Kirche anfangs den Militärputsch, der im Umfeld der US-amerikanischen »Allianz für den Fortschritt« durchgeführt wurde, noch begrüßt, so wurde sie im Laufe der Repression zur »Mutter aller Bewegungen«. Der Wandel von der Dreieinigkeit Großgrundbesitz, Militär und Kirche hin zu kirchlichen Basisgemeinden und der Befreiungstheologie vollzog sich stetig. Mitte der siebziger Jahre entstanden unter dem Schutz des kirchlichen Landpastorals die Landlosenbewegung MST und unter dem Arbeiterpastoral der progressive Gewerkschaftsdachverband CUT. Die neuen Bewegungen bauten eigene Strukturen auf und blieben doch in Dialog und Kooperation mit der Kirche. Bis heute ist zu spüren, dass KirchenmitarbeiterInnen und Akteure aus den sozialen Bewegungen aus einer gemeinsamen Vergangenheit schöpfen.

Aus der Militärdiktatur und der allmählichen Rückkehr zur Demokratie stammen zwei neue Charakteristika brasilianischer Basisbewegungen: erstens die absolute Verpflichtung zu gewaltfreien Aktionen – ein Resultat des gescheiterten bewaffneten Aufstandes und der Nähe zur kirchlichen Soziallehre – und zweitens der Konsens über die Bedeutung intensiver politischer Schulung mit der alle Bewegungen durchdringenden Schlussfolgerung, dass auch was nicht legal ist, legitim und richtig sein kann.

Bewegung in die Städte

▶ Die von der Militärdiktatur forcierte Modernisierung ging eng mit einer Verstädterung einher. So leben heute rund 85% der brasilianischen Bevölkerung in urbanen Räumen. Als soziale Bewegungen bildeten sich hier in den siebziger und achtziger Jahren die Stadtteilvereinigungen für konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen. Im Kampf um Wasser und Abwasser, Stromanschluss, Kindergärten und Bürgerzentren vertraten sie die Interessen der Bevölkerung in den neuen Stadtteilen und Elendsvierteln gegenüber den staatlichen Stellen und organisierten sich in größeren Verbänden. Leider büßten die Stadtteilvereinigungen schon Ende der achtziger Jahre erheblich an Einfluss ein, als die Drogenkartelle die Macht in vielen der neuen Viertel übernahmen, diese selbst infrastrukturelle Maßnahmen finanzierten und die demokratisch-partizipativen Strukturen durch ihren bedingungslosen Autokratismus weitgehend zerstörten. Andernorts bemächtigten sich Lokalpolitiker mit Wahlgeschenken der Bewegungen.

Auf Druck gestaltet der Staat sein Modell punktuell sozialverträglich

Doch entstanden im städtischen Umfeld weitere Bewegungen, wie die der Obdachlosen Sem-Teto (Bewegung für eine Unterkunft). Sie organisierten sich nach und nach im Dachverband der CMP (Zentrale der Volksbewegungen), der auch den ländlichen Bewegungen offen steht. Zudem kämpft der Gewerkschaftsdachverband CUT im städtischen Umfeld gegen die hohe Arbeitslosigkeit und versteht sich dabei als Interessenvertreter auch der Arbeitslosen. Er versucht, Selbstständige wie Kleinbauern und Kleinproduzenten, Kleinhändler und alle im informellen Sektor Tätigen zu vertreten. Trotzdem erreichten die städtischen nie die Bedeutung der ländlichen Bewegungen.

Allerdings stehen auch die ländlichen Basisbewegungen vor großen Herausforderungen. Die fehlende Agrarreform in Brasilien hat zur Armut großer ländlicher Bevölkerungsteile geführt. Allein dem MST ist es zu verdanken, dass dem Staat durch Landbesetzungen seit 1975 rund sechs Millionen Hektar für über 400.000 Familien abgetrotzt werden konnten. Dennoch ist diese Politik weit entfernt von einer staatlichen Agrarreform oder gar einer Agrarrevolution. Der Staat will sein Modell nicht ändern und gestaltet es im Einzelfall auf Druck des MST ein bisschen sozialverträglicher. Das gegenwärtige Agrarmodell vertreibt sogar noch weitere Bauern vom Land. Allein in den letzten beiden Jahren mussten über 200.000 Betriebe aufgeben.

So wurde den Basisbewegungen auf dem Land und in den Städten zuletzt immer deutlicher, dass ihre singulären Kämpfe nicht mehr nur die skizzierten konkreten Ziele – wie Landzugang, ein Dach über dem Kopf oder den Anschluss ans Abwassernetz – verfolgen konnten. Trotz ihrer Teilerfolge würden sie langfristig untergehen, da sie gegen ein System kämpfen, in dem kein Platz für sozial Schwache bleibt.

Der aus der gemeinsamen Wurzel ländlicher und städtischer Bewegungen stam-



Wie würden sie entscheiden? Foto: J. Holst

menden Arbeiterpartei PT gelang es Alternativen aufzuzeigen. Aber nur in den Hochburgen der von ihr regierten Städte, Kreise und Bundesstaaten konnte sie neue Formen der zivilgesellschaftlichen Beteiligung wie das »orçamento participativo«, die Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung, etablieren. In der Millionenstadt Porto Alegre konnten die BürgerInnen beispielsweise in den letzten Jahren direkt über die Verwendung von mehr als 1,5 Milliarden DM entscheiden. Eine Analyse der Ausgaben zeigt deutlich, dass diese Investitionen besonders den armen Bevölkerungsschichten zugute kamen – etwa in Form von Investitionen in den Elendsgebieten, die infrastrukturell angeschlossen wurden. Auch das Steuersystem wurde verändert: Nach dem Motto »Wer mehr hat, zahlt mehr« wurde die Steuer neu geordnet und Großunternehmer zu sozialem Engagement verpflichtet, wenn ihnen z.B. neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden. Darüber hinaus beteiligen sich die Bürgerräte an der Strukturplanung der Stadt und an Richtlinien für deren wirtschaftliche, technologische und kulturelle Entwicklung.

In den anderen Landesteilen hat sich derweil unter der Amtszeit von Cardoso das neoliberale Modell mit massivem Sozialabbau, Privatisierung und einer zunehmenden Auslandsabhängigkeit so ausgebreitet, dass die Basisbewegungen und ihre Verbündeten neue Allianzen untereinander als einzige Möglichkeit ansehen, die Opposition zu stärken und neue Entwicklungswege aufzuzeigen. Die Akteure setzen auf einen gigantischen Bildungs- und Bewusstwerdungsprozess, den sie als »Consulta popular« betitelten – wörtlich: Volksbefragung. Gemeinsam schufen die Landlosenbewegung, die Zentrale der Volksbewegung und die Sozialpastoralen ein Programm und erstellten didaktische Materialien. Mit denen soll die Bevölkerung über das neoliberale Modell, die Auslandsverschuldung, das MAI, die Macht der Konzerne und der politischen Eliten sowie über Arbeitslosigkeit, ungleiche Einkommen, Besitzakkumulation und sozialen Ausschluss unterrichtet werden.

Die Aktionsformen sind vielfältig und werden dezentral durchgeführt. Zu ihnen zählt eine Kampagne umfangreicher Landbesetzungen. Ebenso wie die »Pädagogischen Märsche« in allen Landesteilen zu einer Großkundgebung in Brasília, bei denen die Marschierenden auf der Wegstrecke in Schulen, Turnhallen, Gemeindezentren übernachten und abends Vorträge in Bürgerbeteiligung und über das neoliberale System halten. Die Kirche veranstaltet Brüderlichkeitskampagnen: Zum »Schrei der Ausgeschlossenen«, der in diesem Jahr sogar im ganzen amerikanischen Kontinent durchgeführt wird, versammeln sich im Wallfahrtsort Aparecida und über das ganze Land verteilt Hunderttausende.

In Porto Alegre bestimmten die BürgerInnen direkt über die Verwendung von 1,5 Mrd. Mark

Parallel zu diesen Massenmobilisierungen fanden ein international besetztes Symposium und ein öffentliches Volkstribunal zur Auslandsverschuldung statt. Multiplikatoren der Consulta wurden geschult, Medien, Gewerkschaften und Kirchen griffen das Thema intensiv auf. »Eles gastam, nos pagamos« – »Sie verschwenden, wir bezahlen« lautet der Titel des Basishefts zum Plebiszit gegen die Auslandsverschuldung in diesem Jahr.

Eine Allianz mit der PT

▶ Die Abstimmung soll an dem brasilianischen Nationalfeiertag (7.9.) landesweit durchgeführt werden. Lokale Komitees werden Papp-Urnen bauen, in denen dann 104 Millionen wahlberechtigte BrasilianerInnen ihre Meinung zur Rechtmäßigkeit der Auslandsschulden, zur Rückzahlung und zur Kündigung des Vertrages mit dem IWF äußern können. Gemeinden, Stadtteilvereinigungen, Gewerkschaften und ungezählte NRO sind zur Teilnahme aufgefordert. Vor Ort entscheidet sich, wer die Wahl lokal durchführen wird. Auch im Ausland lebende BrasilianerInnen haben die Möglichkeit zur Abstimmung. In Deutschland sind mindestens drei Wahlorte und eine bundesweite Internetwahl vorgesehen. Alle Komitees melden ihre Ergebnisse dann an die Zählstelle.

Während die brasilianische Regierung eine Beteiligung und Offizialisierung des Plebiszits ablehnte, konnte die PT zur Mitarbeit gewonnen werden – unter der Voraussetzung, dass private Unternehmen auch weiterhin für ihre Schulden aufzukommen haben. Auch wenn allen klar ist, dass die brasilianische Regierung ihr Image als »guter« Schuldner nicht beflecken will, hat die Kampagne schon jetzt wichtige Teilziele erreicht. Der Präsident hat eine Delegation eingeladen, darunter seinen Erzfeind João Pedro vom MST, das Schuldenthema ist wieder in aller Munde und Cardoso bekommt Schwierigkeiten mit seinen nächsten Privatisierungen.

In ihrem Kampf gegen den sozialen Ausschluss breiter Bevölkerungsteile kennzeichnen wechselnde Allianzen und dezentrale Organisationsformen die brasilianischen Basisbewegungen. Dabei sind sie zu übergreifender Kooperation mit außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition bis hin zu Regionalregierungen bereit.

▶ **Wolfgang Hees** ist Brasilienreferent bei Caritas International und Generalsekretär der Kooperation Brasilien, KoBra e.V.

Symbole, Macht und Widerworte

Guck mal, wer da spricht!

Magnitello (verwendet Anti-Schwerkraft, um zu schweben) spielt Angriff Donnerwelle. Alpollo (aus Nebulak entstanden, stammt aus einer anderen Dimension und kann daher durch feste Mauern schweben) verliert 10 KP, macht dann Hypnose und das verteidigende Pokémon ist schlafend. Alpollo macht Traumfresser, Magnitello verliert weitere 50 KP. Porgyron (das vollständig aus Programmiercodes besteht und sich im Cyberspace frei bewegen kann) macht Umwandlung I und sofort hat Magnitello eine Schwäche, die Porgyron auf einen Typ seiner Wahl (außer Farblos) ändern kann. Rattfatz (sehr bissig und angriffslustig, obendrein wendig und in fast allen Gegenden zu finden) hat Resistenz minus dreissig.

Werden Geheimsprachen (wie das Pokémonsche oder andere abstrakte Expertencodes) entschlüsselt – also ins Vulgärsprachliche übersetzt und in geläufige, verständliche Teile zerlegt – verlieren sie häufig ihre Macht. Beim Pokémonschen scheinen aber alle Entschlüsselungsversuche zu scheitern. Was tun, wenn eine radikal fremde Sprache radikal fremde Dinge und Wesen bezeichnet, wenn nicht nur Wörter, sondern auch Wortkombinationen, ja selbst die bezeichneten Dinge als solche erst erfahren, erlernt und verstanden werden wollen? Das heißt, wenn nicht nur der Pokémonsche Dialekt, sondern zudem der Pokémonsche Diskurs jenseits des Fassbaren (Übersetzbaren) liegt? Das Pokémonsche – so etwas wie ein Sachkundigensoziolekt der Erst- bis Fünftklässler, der auf Englisch wie auf Deutsch, Japanisch oder Französisch funktioniert – ist durchaus vergleichbar mit der Expertensprache der EntwicklungspolitikerInnen, die mit ihrem Berichtswesen eine virtuelle Welt jenseits sozialer Realitäten produziert haben.

Der als Vulgär-Esperanto betitelte Pausenhofdialekt grenzt alle nicht des Pokémonschen Mächtigen aus: gegen die geläufigen Gesetze von Logik, vernünftigen Argumenten und normativen Überzeugungen ist das Pokémonsche immun (so immun wie der herrschende politische Diskurs der Mitte gegen radikale Außenpositionen) und damit seine SprecherInnen. Eltern und Lehrer sind sprachlos und damit quasi machtlos. Ihre Nicht-Teilnahme verhindert die Inbeschlagnahme der Inhalte (der Mythos Nebulak wird Mythos bleiben und von niemandem als Fiktionsfigur dekonstruiert) – und was noch wichtiger ist: Die diskursiven Spielregeln (die Taktik des Sprechens) der Kids können nicht vereinnahmt werden. Ihre kommunikative Bastion schirmt sich durch Inhalt und Sprechtaktik doppelt ab. So soll die verzweifelte Direktorin der Grundschule in Borna bei Leipzig in einem letzten Akt von pädagogischem Widerstand an die Lehrerzimmertür geschrieben haben: No Entrance for Pokémons. Damit hat das Pokémonsche auch die Widerworte seiner Widersacher vereinnahmt.

Das Pokémonsche kann zugleich als Fremdsprache und als Diskurs betrachtet werden. Auf beiden Ebenen, mit denen sich dieser Themenschwerpunkt auseinandersetzt, wird Herrschaft durch Sprache ausgeübt – Sprache ist Medium und Instrument von Eingrenzung und Ausgrenzung. Auf der fremdsprachlichen Ebene sind vor allem Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Sprachen, wie kolonialen und lokalen Sprachen berührt. In diesem Zusamenhang steht z.B. eine Sprachpolitik im Dienste der Entkolonialisierung ebenso wie der neuerliche Konflikt um Sprachenvielfalt und Spracherhalt, mit seinen teils ethnisierenden oder nationalistischen Motiven.

Auf der Ebene des Diskurses wird Macht und Herrschaft vor allem durch die Be- und Durchsetzung von Begriffen ausgedrückt und ausgeübt. Beispiele hierfür wären der Globalisierungsdiskurs oder auch die entwicklungspolitische Lobbysprache. »Guck mal, wer da spricht!«: Nicht nur die Schröders und Blairs prägen den herrschenden Diskurs. Der Globalisierungsdiskurs etwa macht auch vor dem Vorstand des hessischen Kleingärtnerverbandes nicht halt, der jetzt in seinem Grußwort zum 75. Landesverbandstag forderte, die soziale Hängematte endlich auch aus den Lauben zu verbannen:

»Tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Veränderungen, die unsere Gesellschaft prägen, zwingen zu vielseitigem Umdenken. Hiervon bleibt auch das Kleingartenwesen nicht verschont. Daher appellieren wir, sich von liebgewonnenen Bequemlichkeiten unseres Wohlstandes wie Desinteresse, Gleichgültigkeit, Aussitzen u.ä. langsam zu verabschieden, um auf Tugenden wie Eigeninitiative, Selbstverantwortung, Innovationsbereitschaft u.ä. zurückzugreifen. Gute Möglichkeiten für eine erfolgreiche Umsetzung solcher Zielsetzungen bieten hier nach wie vor Vereins- und Verbandsstrukturen, die zeitgemäß und zukunftsorientiert arbeiten. Hierzu gehören aber auch Leistungsbereitschaft, Konkurrenzfähigkeit und finanzielle Unabhängigkeit. Ich bin sicher, dass die Delegierten des 75. Landesverbandstages wie bisher verantwortungsbewusst und sachlich gerecht die anstehenden erforderlichen Entscheidungen treffen.«

die redaktion

Sprachen beherrschen

Zum Konflikt um Sprachenvielfalt

von **Monika Hoffmann**

Hüter »bedrohter« Sprachen verteidigen die Sprachenvielfalt gegen die Dominanz der großen Verkehrssprachen. Doch im Konsens der guten Absicht stärken die Sprachenschützer essentialistischen und kulturalistischen Ansätzen den Rücken. Der »unesco-Kurier« hat sich in seiner neuesten Ausgabe schwerpunktmäßig dem Thema »Gefährdete Sprachenvielfalt« gewidmet. An diesem Beispiel sollen die Fallstricke einer Sprachpolitik aufgezeigt werden, die sich auf Identitätskonzepte und überkommene Sprachtheorien beruft.

► Zum schützenswerten Welterbe erklärt die UNESCO in jüngster Zeit neben Naturwundern und Kulturschätzen die »babylonische Sprachenvielfalt«. Gemeinsam mit Robbenbabys und nubischen Tempelanlagen werden nunmehr die nach Kolonialismus und »Kulturkriegen« verbliebenen rund 6.000 Sprachen dieser Welt ins Serengeti-darf-nicht-sterben-Projekt aufgenommen. So viel guter Wille löst Skepsis aus, und in der Tat kommt der Grund für dieses humanitäre Engagement weniger alttestamentarisch daher: Der drohende Tod der Idiome versinnbildliche die Gefährdung der kulturellen Vielfalt, welche wiederum »wesentlich zur Erforschung und (zum) Schutz der biologischen Vielfalt« sei.[1] Die Sprache sei eine vom »Aussterben bedrohte Art«, und: »wie die Tier- und Pflanzenarten, so sind auch die bedrohten Sprachen auf ein sehr kleines Gebiet beschränkt und gelten mithin dort als heimisch«, ist im Kurier der Unesco zu lesen.

Im Duktus einer »Gesellschaft für bedrohte Sprachen« folgen die Beiträge einer essentialistischen Logik, die Minoritätendiskurse allzu oft durchziehen. Sprache wird als quasi naturgegebenes Element ethnischer Identität definiert. Losgelöst von der Verflechtung zwischen Sprache und Macht oder von Sprache als Zeichensystem, das in einen gesellschaftspolitischen Rahmen eingebunden ist, wird Sprache atomisiert als Wert bzw. Art an sich betrachtet.

Auch handelt es sich beim Verschwinden von Sprachen keineswegs um ein Phänomen, das, wie die Unesco feststellt, »innerhalb der letzten Jahrzehnte ein nie gekanntes Tempo erreicht hat«, sondern es dürfte selbst bereits biblisches Alter und seine Hochzeit wohl eher während der weltumspannenden europäischen Kolonialisierung erreicht haben. Die Bemühungen um den Spracherhalt kommen also reichlich spät, zu einem Zeitpunkt, da die meisten Sprachen der kolonialen und auch postkolonialen Sprachpolitik bereits zum Opfer gefallen sind. Die Wiederbelebungsversuche scheinen daher zumindest zum Teil ein Projekt der Etablierung vieler bunter Inselchen im multikulturellen Weltmuseum zu sein. Weitere Argumente der Sprachenschützer liefern Grund zum Misstrauen: Die Patenschaft, die rhetorisch für die Sprachen indigener Minderheiten übernommen wird, gilt im Subtext auch den europäischen »Kultursprachen« wie Deutsch, Französisch und Englisch. Die Monopolstellung des Englischen im fortschreitenden Globalisierungsprozess und durch den Einfluss in den neuen Medien ruft Puristen ersterer Sprachen auf den Plan. Die französische Sprachpolitik mit ihrem gesetzlichen »Rettungssystem« ist hier ein beredtes Beispiel.[2] Darüber hinaus sieht sich Englisch bedroht, auf lange Sicht das Schicksal des Lateinischen zu teilen und durch die Zentrifugalkräfte des Sprachwandels in verschiedenen Einzelsprachen aufzugehen. Waffen im Abwehrkampf gegen den »Verfall« sind z.B. die Diskriminierung von Pidgin- und Kreolsprachen als restringierte Unterschichtsdialekte und die Weigerung, sie als eigenständige Sprachen anzuerkennen *(siehe Kasten)*.

Jede Sprache ist in der Lage, alle kommunikativen Bedürfnisse zu befriedigen

Sprache, Denken und Kultur

► Die essentialistischen Ansätze, die in der Diskussion um die Sprachenvielfalt bemüht werden, werden im Folgenden kurz anhand einiger sprachwissenschaftlicher Grundzüge überprüft *(vgl. S. 22)*. In der Rede vom Sprachensterben tauchen immer wieder Deutungsmuster und Prämissen auf, die in der neueren Sprachwissenschaft äußerst umstritten, wenn nicht widerlegt sind. Sprache determiniere das Denken und Denken das Sein, so heißt es, und oft wird eine unmittelbare Bedingtheit und gegenseitige Konditionierung von Sprache und Kultur behauptet. Wo die Sprache aussterbe, verschwinde das gesamte traditionelle Wissen über die Umwelt und mit der Sprache sterbe die jeweilige Kultur.

Noch die Linguistik in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. ging in weiten Teilen von einer strengen Dependenz zwischen Sprache und Weltbild aus. Die Hypothesen der amerikanischen Linguisten Sapir und Whorf, die in der romantischen Tradition Herders und Humboldts stehen, besagten, dass nur Kategorien und Unterscheidungen wahrgenommen werden könnten, die in der Sprache kodiert sind. Gedacht werden könne also nur das, was Lexikon und Grammatik hergeben. Mithin könne eine Sprache nicht die gleiche kommunikative Funktion wie die andere erfüllen.[3] Der Kulturrelativismus, auf dem diese Theorie trotz ihrer positiv-idealistischen Wendung beruht, war in den vergangenen Jahrhunderten der philosophische Grundstein für die Aufteilung in »wilde« und »zivilisierte« Sprache und Kultur des Kolonialismus. Selbst Basil Bernsteins soziolinguistische Sprachdefizitthese mit der Unterscheidung in einen restringierten und elaborierten Code folgte noch, wenn auch in emanzipatorischer Absicht, dem deterministischen Sprachbild.

Die heutige Sprachwissenschaft stellt dagegen zwei wesentliche Erkenntnisse ins Zentrum, die sowohl die kompensatorischen Programme für Unterschichts-Kinder ad absurdum führen, die seit Bernstein in der Erziehungswissenschaft großen Einfluss genossen, als auch essentialistischen Prämissen den Boden entziehen: 1. Es gibt keine primitive Sprache. Jede Sprache ist in der Lage, alle kommunikativen Bedürfnisse zu erfüllen und z.B. das Fehlen von Vokabeln durch andere sprachliche Elemente zu kompensieren und 2. hat Sprache zwar einen Einfluss auf Wahrnehmung und Denken, formt aber nicht Denkkategorien und Denkmuster.

In der Anwaltschaft für die bedrohten Sprachen bleiben diese Erkenntnisse unberücksichtigt. Nach wie vor beziehen sich

die VerteidigerInnen auf die widerlegten Thesen des sprachlichen Defizits bzw. des Sprachessentialismus.

Imaginierte Gemeinschaft

► Das kulturalistische Sprachverständnis beruht auf einem Identitätskonzept, das der Sprache eine Schlüsselrolle im Modell der Nation oder Ethnie zuweist. Identitäre Konstruktionen einer imaginierten Gemeinschaft sind eine Antwort auf historisch wechselnde Umstände, auf sich verändernde materielle Bedingungen und Machtbeziehungen. Bei der Konstruktion nationaler oder ethnischer Identität handelt es sich um einen Vorgang, in dem immer wieder aufs neue und mit wechselnden Gewichtungen, scheinbare Gemeinsamkeiten generiert werden. Territorium und Kultur sind ihre Bezugsgrößen und Variablen. Die Merkmale, die die Zugehörigkeit bestimmen, sind keine objektiven Bedingungen, sondern werden definiert und nach jeweiligen Bedürfnissen neu orientiert. Das Prozesshafte dieser Konstruktion darf dabei nicht offenkundig werden: Erfolgreich sind Identitätskonstruktionen dann, wenn sich die Gemeinsamkeit als unverbrüchlich, schon immer da gewesen, quasi naturwüchsig aufdrängt und in einem kollektiven Gedächtnis eingeschrieben ist. Auf symbolischer Ebene stellen sie ein bewusst eingesetztes politisches Mittel dar, um Einheit zu festigen und Trennendes, wie geschlechtliche, ökonomische, soziale Unterschiede, aus dem Blickfeld zu verbannen. Zugehörigkeiten konstruieren sich entlang verschiedener Stränge, die eine willkürliche Linie ziehen. Der ethnischen Differenzierung in Hutu und Tutsi beispielsweise lag ein Abstammungs-Mythos zugrunde *(vgl. iz3w Nr. 218)*, die baskische Identität beruft sich auf die Sprache, deren Wurzeln 4 -5.000 Jahre zurückreichen, andernorts ist es die Glaubensgemeinschaft oder das vermeintliche territoriale Vorrecht. Genauso wie die anderen Variablen fungiert Sprache als Symbol einer deklamierten Gemeinschaft.

Die Beziehung zwischen Sprache und nationaler oder ethnischer Identität wird vielfach als Grundlage und Wesensmerkmal, als dominierendes Binde- und Abgrenzungssymbol gegenüber anderen identitätsstiftenden Konstrukten wie »älteren Rechten« auf Land, Abstammungs- oder Religionsgemeinschaften bewertet. Die Sprache ist wohl ein erstes Identifizierungszeichen, sie ermöglicht Kommunikation, Rekurrieren auf einen gemeinsamen sprachlichen Erfahrungsschatz und Prägung durch sprachliche Überlieferungen. Weder gemeinsame Abstammung, territoriale Herkunft noch kulturelle Traditionen werden als Bezugssymbol in dieser Weise sichtbar. Allerdings sind durch die Funktion von Sprache als Träger, als Instrument der Vermittlung von Geschichte, Mythen und Glaube Vermittlungsmedium und Identitätssymbol ineinander verwoben. Signifikant ist hier die Unterscheidung aber auch der fließende Übergang zwischen der Sprache als Zeichensystem und als Symbol.
Die sprachlich geschaffene Identität ist gleichzeitig immer eine des Ausschlusses. Der Ausschluss nach außen ist beispielhaft im Konzept der Nation seit der französischen Revolution festgeschrieben. Die linguistische Vereinheitlichung, lange als Voraussetzung für die Existenz der Nation gesehen, ist tatsächlich aber ihr Ergebnis. Im Prozess der Konstituierung von Nationalstaaten wird eine normierte, einheitliche Sprache erst gegenüber anderen Sprachen und Sprachvarianten durchgesetzt. (Bsp. Frankreich, Spanien). Die Umkehrung dessen findet auch in der entgegengesetzten politischen Praxis nationaler Befreiungsbewegungen statt: Eine gemeinsame Sprache liefert die Begründung für den Anspruch auf eine separierte Nation (Baskisch). Nation-building oder ethnische Identitätsbildung instrumentalisiert vermeintliche sprachliche Einheit zur politischen Vergesellschaftung. Der Ausschluss findet aber auch innerhalb einer Sprache statt. Die idealtypische Sprachgemeinschaft jedoch bleibt eine Fiktion; selbst in kleinen Regionen oder bei einer geringen SprecherInnenzahl finden sich stark ausgeprägte Codevarianten (normierte Standardsprache, Dialekte, Soziolekte, sprachlich fixierte Geschlechterdifferenzierung z.B. im Japanischen).

Sprachkolonialismus

► Wie eingangs erwähnt, blenden die Hüter und Schützer der Sprachenvielfalt gerne die Bedingungen und Tatsachen aus, die durch die Kolonisierungen geschaffen worden sind. Der Sprachenkonflikt, die Chancen und Voraussetzungen unterdrückter Sprachen in der heutigen Situation sind aber die direkte Folge kolonialistischer Sprachpolitik.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen findet im Verlauf von Kolonisierung immer eine umfassende sprachliche Neubestimmung statt. Der militärischen und administrativen Invasion folgt die sprachliche, die sich als Resultat der ökonomischen Bedingungen ausdehnt. Erst in einem späteren Stadium handelt es sich um ein zielgerichtetes, geplantes sprachpolitisches Vorgehen:

Pidgin und Kreol

»Wer mit seiner Sprache in andere Kulturräume eindringt, muss damit rechnen, dass mit der Zeit eine veränderte Sprache zurückkommt« (Al Imfeld, epd – Entwicklungspolitik 6/2000)

► Pidgin sind Sprachkreationen, die ausschließlich als Verständigungsmittel in Situationen minimalen Kontakts (z.B. Handelsbeziehungen, zur Basiskommunikation nach einer Invasion wie im Koreakrieg, etc.) zwischen Menschen benutzt werden, die keine gemeinsame Sprache besitzen. Sie sind Mischsprachen mit Anteilen verschiedener Sprachen und codieren nur die für das jeweilige kommunikative Erfordernis relevanten Unterscheidungen. Dem gemäß sind Lexikon, Syntax und Grammatik reduziert auf die Bedürfnisse des Kontaktes. Sobald die Pidginsprache aber als längerfristiges und situativ ausgeweitetes Kommunikationsmittel verwendet wird, bildet sich eine grammatische und lexikalische Komplexität heraus, die gegenüber den Ausgangssprachen keineswegs rudimentäre Strukturen hat. Wenn aus historischen oder soziologischen Gründen das Pidgin zur eigenständigen Sprache innerhalb einer Sprachgemeinschaft wird, bezeichnet man sie als Kreolsprache.

Auf den westindischen Inseln z.B. entstanden die Kreolsprachen, nachdem die Inseln durch den Völkermord der Eroberer nahezu menschenleer waren und schwarze Sklaven als Arbeitskräfte »importiert« wurden. Das Kreol entstand hier also nicht durch die Verdrängung autochthoner durch dominante Sprachen, sondern wurde selbst erst im kolonialen Prozess geschaffen. Kreolsprachen sind das Resultat von Ablehnung: Je nach historischer Situation kann es als Ablehnung der Beherrschten interpretiert werden, die Herrschaftssprache zu akzeptieren oder als sprachpolitische Ablehnung der Herrschenden, die eroberten Gruppen in ihre erlauchte Sprachgemeinschaft aufzunehmen.

Die Sprachwissenschaft tut sich noch immer schwer mit der Anerkennung von Kreol als vollwertigen, eigenständigen Sprachen, auch wenn gleichzeitig ein enormes wissenschaftliches Interesse an der Erforschung besteht. Noch immer finden sich selbst in neu aufgelegten Lehrbüchern der Linguistik Klassifizierungen wie: »bastardisierte Sprachform«, »Mischsprache aufgrund mangelnder kapazitiver Möglichkeit...«.

Die Kognitionswissenschaft ist auf der Suche nach dem goldenen Vlies der Linguistik, sprich der Entdeckung der im menschlichen Hirn verankerten Universalgrammatik über das Kreol gestolpert. Dass Menschen fähig sind, innerhalb nur einer Generation ein komplexes und vollständiges sprachliches System zu entwickeln, gilt der evolutionären Anthropologie als Hinweis für die These eines angeborenen Sprachinstinkts. *M.H.*



En passant: Die »Kolonisierung der Köpfe« Foto: C. Ditsch / version

Sei es, dass die Dominanz der Kolonialsprache in den eroberten Gebieten gewaltsam durchgesetzt wird und die präkolonialen Sprachen vollständig oder nahezu vollständig verdrängt werden, wie bei der Hispanisierung Lateinamerikas, sei es, dass autochthone Sprachen neben der Erorberersprache geduldet, aber in ihrem Prestige abgewertet werden oder als säkulare Sprache gegenüber der konfessionellen dominieren (Frankophonie in Nordafrika).

Im Falle einer Besiedlungskolonisation wurde meist die Sprache der Invasoren vollständig auf Kosten der beherrschten Sprachen durchgesetzt (Durchsetzung heißt in diesem Zusammenhang oft Genozid wie z.B. auf den Antillen). In Herrschaftskolonien wurde die Kolonialsprache für alle Sphären der Macht – der Administration, der Wirtschaft, Justiz, Bildung, etc. – als Standardsprache oktroyiert. Die regionalen Sprachen blieben auf den »privaten« Bereich beschränkt oder behielten nur noch eine religiös konnotierte Funktion. Die herrschende Sprache wird von jenen erlernt und übernommen, die den Zentren der Macht nahe stehen. Frauen und der ländlichen Bevölkerung blieb der Zugang zur exklusiven, aber doch offiziellen Sprache meist verwehrt. Die linguistische Struktur der beherrschten Sprachen blieb in dieser Nische eher konserviert und konnte kaum die für jede Sprache notwendigen Modifizierungsprozesse durchlaufen.

Randständig sind die Beispiele, in denen eine Sprache der Beherrschten aus strategischen oder pragmatischen Gründen zur offiziellen Sprache der Kolonie gekürt wurde. (Bsp. Guaraní in Paraguay, Spanisch unter arabischer Herrschaft).

Je nach den Bedingungen, denen die SprecherInnen der unterdrückten Sprachen ausgesetzt waren, hatten sie also mehr, weniger oder keine Möglichkeit, deren volle Kommunikationsfunktion zu erhalten und auszubauen. Die besten Chancen, die Kolonialzeit überhaupt zu überstehen, hatten jene Sprachen, die verschriftlicht, normativiert (= vereinheitlichte Grammatik, Lexikon, etc.) und weit verbreitet waren. Den hohen gesellschaftlichen Status verdanken jene Sprachen meist früheren imperialen Systemen. In der Anwaltschaft für unterdrückte Sprachen kann es also zu der scheinbar paradoxen Wendung kommen, dass eine ehemalige Kolonialsprache wie das Quechua der Inkas verteidigt wird, das sich zuvor seinerseits schon Hunderte von regionalen Kleinstsprachen linguistisch auf der Zunge hat zergehen lassen.

Koloniale Spuren

▸ Nach der offiziellen politischen Unabhängigkeit, mit der faktisch noch lange keine Souveränität erlangt ist, leben diese geschaffenen Bedingungen nahezu ungebrochen fort. Meist behielten die neuen Staaten zunächst aus pragmatischen Gründen, aber auch aufgrund des massiven post- bzw. neokolonialen ökonomischen und politischen Einflusses die Herrschaftssprache bei.[4] Monolinguale lokale Eliten besetzten die Führungspositionen und lehnten aus Prestigegründen die beherrschten Sprachen ab. Ein wichtiges Faktum postkolonialer Sprachpolitik ist die mangelnde Akzeptanz gewaltsam entwerteter Sprachen. Die ideologische Stoßkraft der Kolonisierung, die Entwertung und Leugnung der Existenz der beherrschten Sprachen, die »Kolonisierung der Köpfe« und der Selbsthass als Folge des kolonialen Traumas waren durch die Unabhängigkeit noch lange nicht gebrochen. Mit entwicklungsökonomischen Argumenten suchen die ehemaligen Kolonialmächte selbst die hegemoniale Vormachtstellung der großen Verkehrssprachen zu behaupten.

Sprache ist ein Machtinstrument. Und Sprachpolitik immer auch Machtpolitik. Soll die Teilhabe an der Macht nicht auf die herrschenden Eliten beschränkt bleiben und das europäische Machtmonopol gebrochen werden, so muss für alle gesprochenen Sprachen nicht nur die Existenzberechtigung festgestellt werden, sondern sie müssen auch sprachpolitisch für alle Bereiche des öffentlichen Lebens durchgesetzt werden können. Zur Überwindung und Entkolonialisierung gehört dabei auch die Emanzipation der Sprachen. Ob diese allerdings ausgerechnet einer Anwaltschaft bedarf, die an essentialistische Prämissen anknüpft, muss wohl bezweifelt werden.

Anmerkungen:

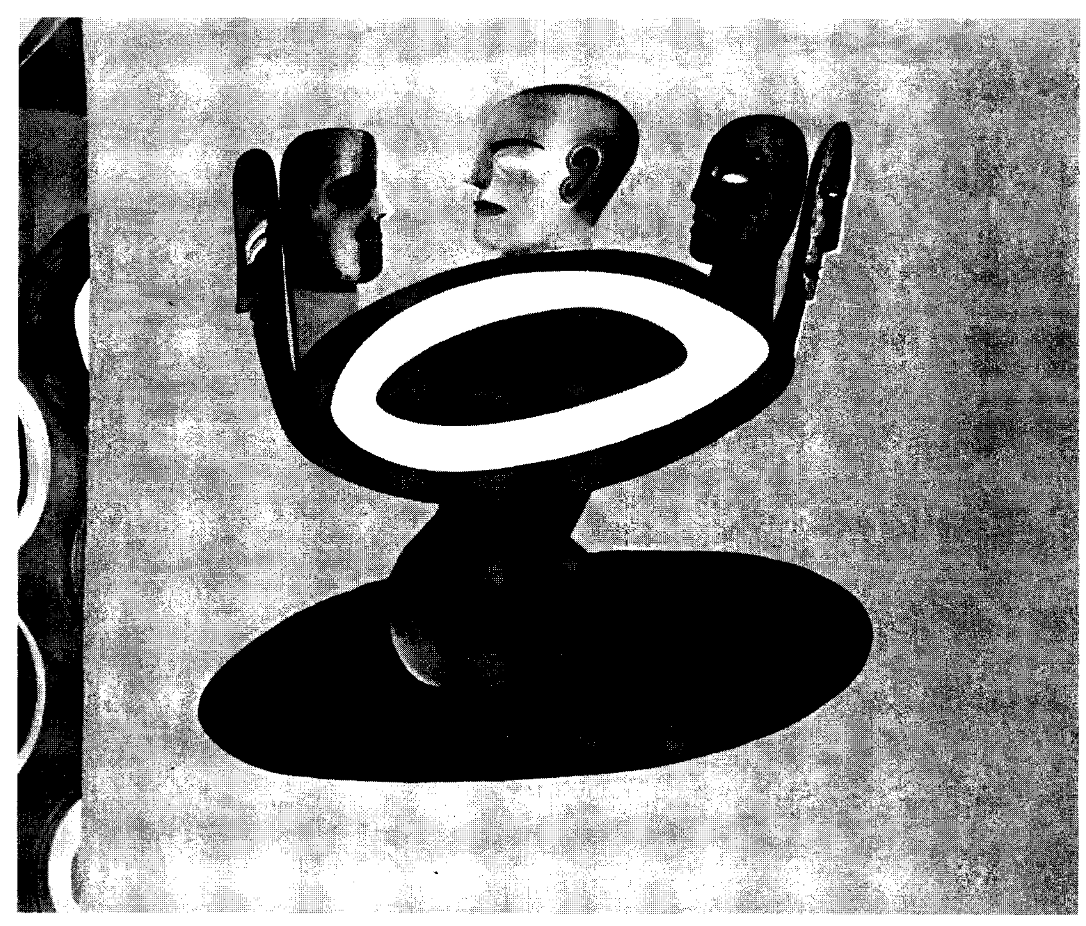
1 Hier scheint die Nachtigall ins Reagenzgläschen der Biotechnologie zu trapsen. Die Assoziation zur gewinnversprechenden Verwertung biologischer Ressourcenvielfalt drängt sich durch die Wortwahl geradezu auf.

2 Die Sprachwissenschaft hat der Tatsache, dass keine Sprache jemals stagniert oder einförmig ist, ganze Forschungszweige gewidmet, die sich des phonetischen, grammatischen und lexikalischen Wandels annehmen. Dennoch scheint sich hartnäckig die weit verbreitete Meinung zu halten, dass Sprachwandel einen Verfall oder Korruption der »reinen«Sprache darstellt.

3 Als Beleg für diese These galt z.B., dass in vielen australischen Sprachen keine höheren Zahlwörter als »vier« existent sind. Die fatale Schlussfolgerung lautete, dass australischen Ureinwohnern das Verständnis für Zahlen fehle. Die Widerlegung dieser These schien aber nicht in die Überlegungen einzufließen: dass nämlich SprecherInnen der australischen Sprachen im Englischen genauso fähig sind mit Zahlen zu operieren wie englische MuttersprachlerInnen.

4 Das gilt hier für die frühe Unabhängigkeit der ehemaligen spanisch/portugiesischen Kolonien des 18. Jh. genauso wie für die der 60er Jahre diesen Jh. – die postkoloniale Sprachsituation ist durchaus vergleichbar.

▸ **Monika Hoffmann** ist Mitarbeiterin der **iz3w**.



Siron Franco, Carrosel atomica

Im Konsens zur Mitte

Über die Macht der Sprache und die Sprache der Macht

von **Moe Hierlmeier**

Die Analyse gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte hat derzeit keine Kultur – die Suche nach Konsens ersetzt die Kritik. Überall haben sich Runde Tische und »Bündnisse für Arbeit und Standortsicherung« etabliert. Auch in »Eine-Welt-Zentren« haben Nachhaltigkeitsdiskurse Kapitalismus- und Weltmarktkritik abgelöst. Diese konsensorientierten Ansätze, etwa der Lobbyismus, beruhen unter anderem auf der Diskurstheorie von Jürgen Habermas. Auf der anderen Seite berufen sich Anhänger konfliktorientierter Auseinandersetzungen eher auf poststrukturalistische Diskurstheorien. In Ihnen werden gesellschaftliche Gegensätze betont und Sprache in ihrer Beziehung zur Macht thematisiert.

► Jürgen Habermas ist mit seiner konsensorientierten Diskurstheorie ein theoretischer Gewährsmann eines lobbyistischen Politikansatzes.[1] Habermas wiederum ist ohne Nietzsche nicht zu verstehen. Nietzsche hatte die Leitbegriffe der westlichen Moderne wie Wahrheit, Vernunft, Fortschritt und Humanismus einer Fundamentalkritik unterzogen. Sie seien nichts weiter als sprachliche Verbrämungen für den Willen zur Macht. Nietzsches Diktum, dass »Gott tot sei«, bezieht sich somit nicht nur auf die landläufigen Gottesvorstellungen, sondern auch auf die Mythen der Moderne. Dies will Habermas nicht akzeptieren und versucht, den seit Nietzsche zerrissenen Ariadnefaden zur Vernunft erneut zu knüpfen und das universalistische Projekt der Moderne und der Aufklärung wiederzubeleben. Allerdings ist dies für Habermas nicht mehr durch einen ungebrochenen Rückgang auf Kant und seiner Philosophie des autonomen Subjekts möglich. Begriffe wie Vernunft und Wahrheit lassen sich nicht mehr auf Grund reiner Erkenntnis gewinnen. Die Intersubjektivität als Faktum menschlicher Existenz muss anerkannt werden und ihren philosophischen Niederschlag in der Bestimmung von Wahrheit, Vernunft, Moral etc. finden. Die kantianische Fragestellung nach den Bedingungen der Möglichkeit von Erkenntnis transformiert Habermas in die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit herrschaftsfreier und somit vernünftiger Kommunikation. Welche Elemente (Universalien) werden dabei immer schon (transzendental) in Anspruch genom-

men, wenn wir handeln (Pragmatik)? Dies ist zusammengefasst die Aufgabe von Habermas' transzendentaler Universalpragmatik.

Zwanglos zum besseren Argument

► Dabei spielt die Sprache eine alles überragende Rolle, denn eine intersubjektive Verständigung ist primär im Medium sprachlicher Kommunikation möglich. Bewusstsein lässt sich nicht von Sprache trennen. Damit vollzieht Habermas den »linguistic turn« nach, der zum entscheidenden Charakteristikum der Philosophie des 20. Jahrhunderts geworden ist. Zur Begründung seiner sprachphilosophischen Moral- und Vernunfttheorie bedient sich Habermas der Sprechakttheorie von Austin und Searle. Die Grundfrage lautet: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, dass es zu einer gelungenen und damit vernünftigen Kommunikation kommt? Diese ist möglich in der Lebenswelt, da dort immer schon kommunikative Vernunft vorherrscht, im Gegensatz zum System mit seiner instrumentellen Vernunft der Zweck-Mittel-Beziehung. Das Medium der kommunikativen Vernunft ist die Sprache. Ihr Ziel ist Habermas zufolge auf die intersubjektive Verständigung ausgerichtet. »Der verständigungsorientierte Sprachgebrauch (ist) der Originalmodus«, zu dem sich alle anderen Formen »parasitär« verhalten. Sollte in der Alltagskommunikation der Prozess der Verständigung scheitern, muss eine Ebene höher neu angesetzt werden, auf der dann die Geltungsansprüche der Kommunikationsteilnehmer überprüft werden. Im Anschluss an die literarische Gattung der Aufklärung, dem »discours«, bezeichnet Habermas diese Ebene als die Ebene des Diskurses. Der Diskurs zeichnet sich durch gleichberechtigten Zugang und Chancen all seiner Teilnehmer aus. Habermas konstruiert somit eine ideale Sprechsituation, die auf die Erreichung eines rational motivierten Einverständnisses abzielt, das auf Grund des »eigentümlich zwanglosen Zwangs des besseren Arguments im Diskurs« zustande kommt.

Bewusstsein lässt sich nicht vom Sprechen trennen

Damit es soweit kommt, müssen die Geltungsbedingungen der propositionalen Wahrheit, der subjektiven Wahrhaftigkeit, der moralischen Richtigkeit und der Verständlichkeit erfüllt sein, die in den einzelnen Teilen eines Sprechakts beansprucht werden. Richtig daran ist, dass Menschen, wenn sie miteinander kommunizieren, tatsächlich diese Geltungsbedingungen unterstellen. Auffallend ist, wie Habermas mit dieser transzendentalen Universalpragmatik auf höchstem theoretischen Niveau aufzuzeigen versucht, welche Bedingungen der Möglichkeit für eine geglückte Kommunikation erfüllt sein müssen. Er ist dermaßen erfüllt von seinem Wunsch nach einem letzten besseren Argument, dass strukturelle Bedingungen des Scheiterns von Kommunikation gar nicht in sein Blickfeld kommen können. Es kann nicht sein, was nicht sein darf, lautet die Devise von Habermas. »Der politische Streit würde seinen deliberativen Charakter einbüßen und zum ausschließlich strategischen Machtkampf degenerieren, wenn die Beteiligten nicht auch (...) davon ausgehen würden, dass die strittigen politischen und rechtlichen Probleme eine »richtige« Lösung finden könnten. Ohne die Orientierung am Ziel einer durch Gründe auszuweisenden Problemlösung wüssten die Teilnehmer gar nicht, wonach sie suchen sollten.«[2] Was bei Habermas unberücksichtigt bleibt, ist der Umstand, dass es in einem kommunikativen Raum unterschiedliche Sprechorte gibt, die durch strukturelle Barrieren ausgezeichnet sind. Für Habermas existieren diese strukturellen Grenzen nicht. Ganz im Sinne eines rationalistischen Fortschrittsdenkens stellen sich die unterschiedlichen Sprechorte als ein »Noch-Nicht« im Hinblick auf den idealen und universalen Sprechort dar. Wir müssen eben nur mehr miteinander reden, dann finden sich schon »gute Gründe«, die einer Kritik der HörerIn am Geltungsanspruch der eigenen Rede standhalten. Produktionsverhältnisse oder Interessen spielen in dem ganzen Kalkül keine Rolle. Habermas kann den Ariadnefaden nicht mehr wirklich knüpfen. Damit seine Diskurstheorie funktioniert, muss er eine Reihe von Vorannahmen treffen, die all das ausschließen, was seiner Theorie widerspricht. Sie ist zirkulär und erinnert an die »Ceteris-Paribus-Klausel« der ökonomischen Markttheorie, in der immer alle konkreten Bestimmungen von Raum und Zeit ausgeblendet werden, damit es zu einem Marktgleichgewicht kommt. Wolfgang Welsch kommt in seiner Kritik der Habermas'schen Theorie zu folgendem Urteil: »Die Durchdringungen (der Streitpunkte, Anm. M.H.), auf die Habermas setzt, führen vielmehr zu Widerspruch, Bestreitung und Auseinandersetzung. Dass ein harmonisches Gleichgewicht einträte, ist gerade nicht zu erwarten – und nicht zu unterstellen. (...) Habermas folgt insgesamt Vorstellungen des Ausgleichs und der Harmonie, deshalb setzt er allenthalben auf Gleichgewicht und Kohärenz. (...) Die Möglichkeit letzter Dissense (soll) ferngehalten und statt dessen ein Ideal des Konsens (durch Verständigung), der Kommunikation (der Vernunftmomente), des Gleichgewichts (der Geltungsaspekte), der Kohärenz von Theoriefragmenten verfolgt werden.«[3] All das, was Habermas theoretisch entwickelt, wird im Diskurs des Lobbyismus unterstellt. Von den dabei zur Anwendung kommenden diskursiven Strategien des Lobbyismus wird im Folgenden noch die Rede sein.

Bei Habermas siegt der eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments

Sprachliche Bombardierung

► Habermas' Ansatz entgegen stehen etwa Foucaults Diskurstheorie der Macht oder der dekonstruktivistische Ansatz von Derrida, die vorrangig in macht- und herrschaftskritischen Kreisen rezipiert wurden. Gemeinsam ist diesen Ansätzen eine fundamentale Kritik aller essentialistischer Ansätze. Demnach sind Ausdrücke wie Geschlecht, Rasse, Klasse oder Nation nicht Ausdrücke wesenhafter bzw. natürlicher Entitäten, sondern sie sind durch soziale, insbesondere sprachliche Praxen hergestellte Konstrukte, die es im Sinne einer emanzipatorischen Politik zu dekonstruieren gilt. Der Dekonstruktivismus ist im Medium der Sprache eine Rebellion gegen versteinerte Verhältnisse. Man kann ihn als Maoismus in der Theorie bezeichnen (was natürlich noch nichts über den politischen Maoismus aussagt). Die maoistischen Losungen wie »Rebellion ist gerechtfertigt« oder »Stürmt/Bombardiert das Hauptquartier« finden hier ihre sprachliche Anwendung. Es ist eine Rebellion gegen das »Hauptquartier« der festen sprachlichen Zuschreibungen, gegen die eindeutige Beziehung von sprachlichem Signifikanten und dem Signifikat und gegen die Vorherrschaft des letzteren gegenüber ersterem.

Im Aufstand der Zapatistas wurde nicht zuletzt dieses Verhältnis von Macht und Sprache thematisiert. Das »preguntando caminamos« (fragend gehen wir weiter) der Zapatistas steht für die Offenheit und Unabschließbarkeit der Diskurse. Poetische Wendungen waren für sie »keine Verschönerungen eines revolutionären Prozesses, sondern dessen zentrale Elemente« (John Holloway). In Anlehnung, aber Umdrehung eines Diktums von Karl Marx war den Zapatistas in ihrer militärisch aussichtslosen Situation klar, dass die »Kritik der Waffe die Waffe der Kritik« nicht ersetzen kann. Allerdings bedurfte es der Kritik der Waffe, damit die Waffe der Kritik überhaupt gehört werden konnte. Das Beispiel der Zapatistas verdeutlicht am sinnfälligsten die Bedeutung sprachlicher und nichtsprachlicher Zeichen. Verstärkt wird dies noch, wenn man die Wahrnehmung der EZLN mit der EPR im benachbarten Bundesstaat Guerrero vergleicht. Diese spielt in der hiesigen Öffentlichkeit kaum eine Rolle, obwohl sich

ihre Forderungen nur graduell von denen der EZLN unterscheiden. Der Grund ist einfach: mit ihrer Poesie traf letztere den Nerv einer wiedervereinigungs- und globalisierungsgeschädigten Linken, während die Dogmatik der EPR eher abschreckte.

Der Grundansatz, Sprache nicht als Substanz, sondern als ein System von Zeichen zu begreifen, das nur in einem bestimmten Kontext funktioniert und sinnvoll ist, geht auf die Arbeiten von Ferdinand de Saussure am Anfang des 20. Jh. zurück. Der Einfluss Saussures auf das Denken unserer Zeit, auch das politische, ist gar nicht zu überschätzen. Seine Spuren finden sich fast überall – sei es im Strukturalismus, im Dekonstruktivismus oder im Marxismus eines Louis Althusser. Seine Arbeiten um die Jahrhundertwende stellen einen wissenschaftstheoretischen Einschnitt dar. Saussure ging es weniger um die diachronisch-geschichtliche Betrachtung der gesprochenen Sprache (parole), sondern um die synchron-strukturale Analyse des Sprachsystems (langue). Die Frage lautete: Wie funktioniert die Sprache als System von sprachlichen Zeichen? Das entscheidende Ergebnis war, dass die sprachlichen Zeichen »an sich« nichts bedeuten. Sprache bildet Objekte nicht naturalistisch ab. Buchstaben und Wörter sind vielmehr willkürliche Zeichen, die nur im Kontext der vorhandenen Kultur notwendig sind. Bedeutung erhalten sie erst durch ihren Gebrauch, eine Erkenntnis, die später zum Grundtheorem des späten Wittgenstein und der von ihm beeinflussten Ordinary Language School werden sollte.

Diskurs ohne Inhalt

▶ Saussure wies also die Wesens-Erscheinungs-Metaphysik des Sprachessentialismus zurück, die Sprache nur als »Ausdruck« eines ihr zugrundeliegenden Wesens betrachtet. Stattdessen eröffnete er das Feld für völlig neue Betrachtungsweisen der Sprache. Welche Struktur hat Sprache? Wie ist das Verhältnis zwischen sprachlichen Zeichen (Syntax), wie das Verhältnis von sprachlichem Zeichen zum Bezeichneten (Semantik), wie das Verhältnis von sprachlichem Zeichen zum Benutzer dieser Zeichen (Pragmatik)? Wie findet Kommunikation statt? Der politische Einsatz eines solch pragmatischen Ansatzes ist enorm und hatte eine dementsprechende Wirkung. Indem die Frage nicht mehr ist, was Sprache denn »eigentlich« ist, sondern wie Wörter und Sätze durch ihren Gebrauch in einem konkreten Kontext funktionieren und wirken, muss ich eben diesen konkreten Kontext näher analysieren. Übertragen auf die politische Ebene heißt dies, Abschied zu nehmen von allen Gewissheiten. Ein solcher Ansatz wendet sich gegen jeden Ableitungsmarxismus, der alles immer schon aus einem Prinzip wie z.B. der Ware ableitet, und eine Ideologiekritik, die den Subjekten im Anschluss an Lukacs ein verdinglichtes Bewusstsein als Folge der kapitalistischen Tauschabstraktion zuschreibt. Stattdessen stellt sich die Frage, wie der Prozess der Vergesellschaftung unter anderem über Sprache konkret funktioniert. Wie gelingt es, dass über die ideologischen Staatsapparate Hegemonie organisiert wird? Und warum ordnen sich die Subalternen in diese hegemoniale Struktur ein?



Max Ernst, Correspondences dangereuses

Im Gegensatz zu Habermas ist der Diskurs bei Foucault nicht die ideale herrschaftsfreie Kommunikation, sondern die sprachliche Seite einer »diskursiven Praxis«, worunter er das gesamte Ensemble der Produktion von Wissen und Macht versteht. Auch Foucault wendet sich gegen Widerspiegelungs-Modelle von Erkenntnis. Gegenstände sind nicht etwa bereits prädiskursiv vorhanden, sondern sie konstituieren sich erst im Diskurs. Sex, Wahnsinn oder Normalität werden erst durch materielle Praxen, von denen der Diskurs der Sprache einer ist, konstituiert. Jürgen Link hat in Deutschland produktiv an die Arbeiten Foucaults angeknüpft.[4] Ihm geht es um die Analyse herrschender Diskurse und ihrer Machtmittel. Im Gegensatz zu Foucault, bei dem Macht überall ist und der tendenziell keine Hegemonie der Macht kennt, geht es Link gerade um die Dekonstruktion hegemonialer Machtdiskurse und ihrer Wirkungen.

Die Machtdiskurse haben bei Link die Struktur von hierarchisch gestaffelten Kreisen, die unterschiedliche Grenzen unseres politischen Systems symbolisieren. Diese Grenzen existieren in seinem Modell nicht »an sich«, sondern werden diskursiv erzeugt und entfalten bestimmte Machtwirkungen. Die niedrigste Grenzschwelle ist die Störungsgrenze, jenseits dieser Grenze beginnt der Fundamentalismus. Allein an der diskursiven Verschiebung der Fundamentalismusgrenze kann man erkennen, dass diese Grenzen nicht stabil, sondern flexibel sind und von der diskursiven Hegemonie abhängen. Nehmen wir etwa diesen Begriff im Diskurs der Grünen. Galten früher Trampert, Ebermann und Ditfurth als fundamental, so bekommt heute Antje Radcke dieses Label angesteckt. Man sieht also, der Fundi-Diskurs bei den Grünen funktioniert selbst in einer Zeit, in der dort nichts mehr »fundamental« ist, außer ihren neoliberalen Avancen und der Bereitschaft »mitzumachen«. Der Diskurs funktioniert auch ohne Inhalte. Er selbst ist der Inhalt. Ist man erst einmal im Netz des Fundamentalismus verstrickt, ist es schwer, da wieder herauszukommen. Denn Fundamentalismus konnotiert mit anderen -ismen wie Extremismus, Terrorismus und Fanatismus, korrespondiert auf keinen Fall mit Normalität und Mitte.

Kampf um die mittlere Mitte

▶ Normal ist aber die Mitte. Der Mitte-Diskurs ist ein weiteres Beispiel für die Materialität diskursiver Praxen. Eigentlich sagt der Begriff der Mitte nichts aus. Und trotzdem ist dieses Nichts nicht Nichts. Denn die Mitte hat einen hohen Symbolgehalt. Die Mitte konnotiert mit einer Reihe von Begriffen, die positiv besetzt sind. In der Mitte liegt die Macht, die Mitte ist vernünftig, da die Mehrheit sich nicht irren kann; in der Mitte ist es kuschelig, man fühlt sich wohl und ist Teil der Masse, durch die man Macht ausüben kann. Die Mitte ist das gemeinsame Boot, in dem wir alle sitzen und das wir gemeinsam steuern müssen. Die Mitte ist die Eine Welt, die den Diskurs über die »Dritte Welt« abgelöst hat. (Deshalb haben sich viele Dritte Welt Läden in den 90er Jahren in »Eine-Welt-Laden« umbenannt.) Die Mitte ist aber auch der Ort der deliberativen Demokratie im Sinne von Habermas, wo sich die Vernünftigen qua besserem Argument einigen. Somit ist die Mitte auch der Ort der Harmonie und des Konsens.

Ist diese Harmonie der Mitte einmal gestört, dann ist dies nicht etwa Folge des Extremismus der Mitte, sondern ein unerklärliches Eindringen von außen in eben diese Mitte. Link symbolisiert dies etwa durch ein KZ im innersten Kreis. Durch ein Loch konnte der Untergrund von außen in unser Haus oder Schiff eindringen. Es ist das Tremendum, das schier Unfassbare, das scheinbar Außerirdische »im Namen des deutschen Volkes« angerichtet haben.

Vor dem Hintergrund der diskursiven Konnotation des Mitte-Begriffs ist auch verständlich, warum alle danach streben, die Mitte symbolisch zu besetzen: die neue Mitte, die fortschrittliche Mitte, die liberale Mitte etc.. Nicht nur in den Parlamenten ballt sich folglich alles in der Mitte, auch außerparlamentarische Lobbyisten und Nichtregierungsorganisationen drängen dorthin. Denn wer zur diskursiven Mitte gehört, zieht daraus einen ungeheuren Gewinn. Dies nicht nur im Hinblick auf den kulturellen und symbolischen Mehrwert: Man wird zu Expertentreffen eingeladen, man darf als Vertreter der NGO-Community zum WTO-Treffen nach Seattle reisen und sogar für die PrepCom-Sitzungen des Weltsozialgipfels folgenlose Expertenberichte verfassen. Schließlich profitiert man auch materiell. Wer zur NGO-Mitte gehört, der bekommt schnell mal 100 000 DM zugesteckt, die das BMZ aus dem EXPO-Fonds locker gemacht hat.

Wer zur Mitte gehören will, hat es andererseits nicht leicht. Dies gilt auch für die entwicklungspolitischen NGOs, die in die Mitte, zur vermeintlichen Macht drängen.[5] Grundsatz 1 lautet: kritisiere niemals Mitglieder der Mitte »fundamental«. Wer dies tut, überschreitet die Störungsgrenze und stellt sich damit ins gesellschaftliche Abseits. In der Sprache der kollektiven Diskurssymbolik heißt dies: er bekommt die »rote Karte gezeigt und wird vom Platz gestellt«; wenn's sein muss, wird der Rest der Mitte sogar die »Notbremse« ziehen. Damit verliert er aber nicht nur seinen Anteil am symbolischen, kulturellen und materiellen Mehrwert, sondern auch die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, da sich die anderen Teilnehmer der zivilgesellschaftlichen Mitte weigern werden, sich mit einem Fundamentalisten an einen Tisch zu setzen. Denn, so der Soziologe Ortwin Renn in einem Buch der EXPO-2000-Reihe über die Agenda 21: »Die Industrie hat natürlich kein Interesse daran, mitzumachen, wenn sie den Eindruck hat, dass sie auf der Anklagebank Platz nehmen soll.«

Der Platz in der Mitte erfordert die sprachliche Anpassung in dieser diskursiven Symbolordnung. Im Lobbyhandbuch von Germanwatch läßt sich dies exemplarisch nachvollziehen. Aus politischen Gegnern in Wirtschaft und Industrie werden dann »Gesprächspartner«, mit denen man »mit Ausdauer und personeller Konstanz« ein »Informanten- oder Kontaktnetz aufbaut, das ebenso dauerhaft gepflegt werden muss«, denn »nur dann können sich die Beziehungen zu einem gegenseitigen Geben und Nehmen entwickeln.« Denn schließlich kann Lobbyarbeit »nur erfolgreich sein, wenn es Interessensüberschneidungen mit Partnern und Zielgruppe gibt. (...)« Den Vorwurf, hier wäre bereits die Schere im Kopf am Werk, würden Vertreter von Lobby-NGOs entrüstet von sich weisen.

Die sprachlichen Zeichen »an sich« bedeuten nichts

Moderate Härte

► Im Kampf um die Sicherung seines Platzes in der Mitte spielt der Expertendiskurs eine große Rolle. Da ja in der Mitte nur der Habermas'sche »zwanglose Zwang des besseren Arguments« zählt, brauchen die NGO-Lobbyexperten »detaillierte Sachkenntnis« (Lobbyhandbuch). Eine weitere Strategie des Expertendiskurses der Mitte ist es, seine Kreativität im Hinblick auf neue Konzepte zur Krisenbewältigung unter Beweis zu stellen. Alle Jahre wieder werden neue Konzepte »mit kategorialem Gebrüll« (Lothar Hack) vorgestellt. Fast identische Konzepte (Zivilgesellschaft, Nachhaltigkeit, Global Governance) aus der Kiste der Regime- und Netzwerktheorien erhalten ein neues Label und werden mit neuen Schaubildern frisch aufgepeppt. Man bewegt sich schließlich auf einem umkämpften Markt und muss die eigene Angebotsseite stärken.

Mit dem Lobbyismus ist ein anderer Diskurstyp hegemonial geworden. Es ist der Diskurs des »wohlverstandenen Interesses«. Dieser Diskurstyp wird gegenüber anderen TeilnehmerInnen der zivilgesellschaftlichen Mitte angewandt. Und zwar immer dann, wenn trotz des eigenen besseren Arguments die Anderen immer noch nicht so wollen, wie man selbst will. Paradigmatisch dafür ist die Erlassjahr 2000 Kampagne. Den Wunsch nach einer begrenzten Schuldenstreichung versuchte man damit zu begründen, dass dies ja auch im wohlverstandenen Interesse der deutschen Exportindustrie und der deutschen Banken sein müsste,[6] weil dies den Export deutscher Produkte und Kredite fördere. Auch in der Debatte um die ökologische Steuerreform versuchte man diese der deutschen Industrie damit schmackhaft zu machen, dass diese die Marktführerschaft der deutschen Produkte auf dem Zukunftsmarkt der Ökologie stärke.

Sprache hat also ihre eigene Materialität. Die Sprache ist nicht nur ein Kanal, über den Informationen ausgetauscht werden, sondern sprachliche Zeichen entfalten Machtwirkungen. Deshalb ist es schlicht falsch, wenn LobbyvertreterInnen behaupten, sie seien in der Sache hart, in der Sprache aber moderat. Die Sprache selbst ist die Sache. Indem man mit Rücksicht auf die Diskursfähigkeit der eigenen Positionen und dem damit verbundenen symbolischen, kulturellen und materiellen Mehrwert auf unbeliebte Begriffe verzichtet, beteiligt man sich an dem Konstrukt der Störungs- und sonstiger Grenzen und an den damit verbundenen Ein- und Ausschließungsprozessen. Statt die politische und kulturelle Grammatik dieser Grenzen zu delegitimieren, verfestigt man sie. Wo man mit dieser Lobbystrategie landet? Dabei, dass man vom Außenministerium »Leadership« gegen das »Chaos« einfordert![7] Und dies nach dem Krieg im Kosovo.

Anmerkungen:

1 Wer sich in verdichteter Form über Habermas informieren will, dem empfehle ich: Roderick, Rick: Habermas und das Problem der Rationalität. Argument Verlag 1989. Eine kurze prägnante Kritik liefert Welsch, Wolfgang: Vernunft. Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft. Frankfurt/Main 1996. Dieses Werk bietet gleichzeitig einen vorzüglichen Überblick über eine Reihe »postmoderner« Theoretiker. Seinen eigenen sprachtheoretischen Ansatz entfaltet Habermas in seinen »Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M. 1984«.

2 Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/Main 1997. S. 325 f.

3 Welsch a.a.O., S. 135 ff.

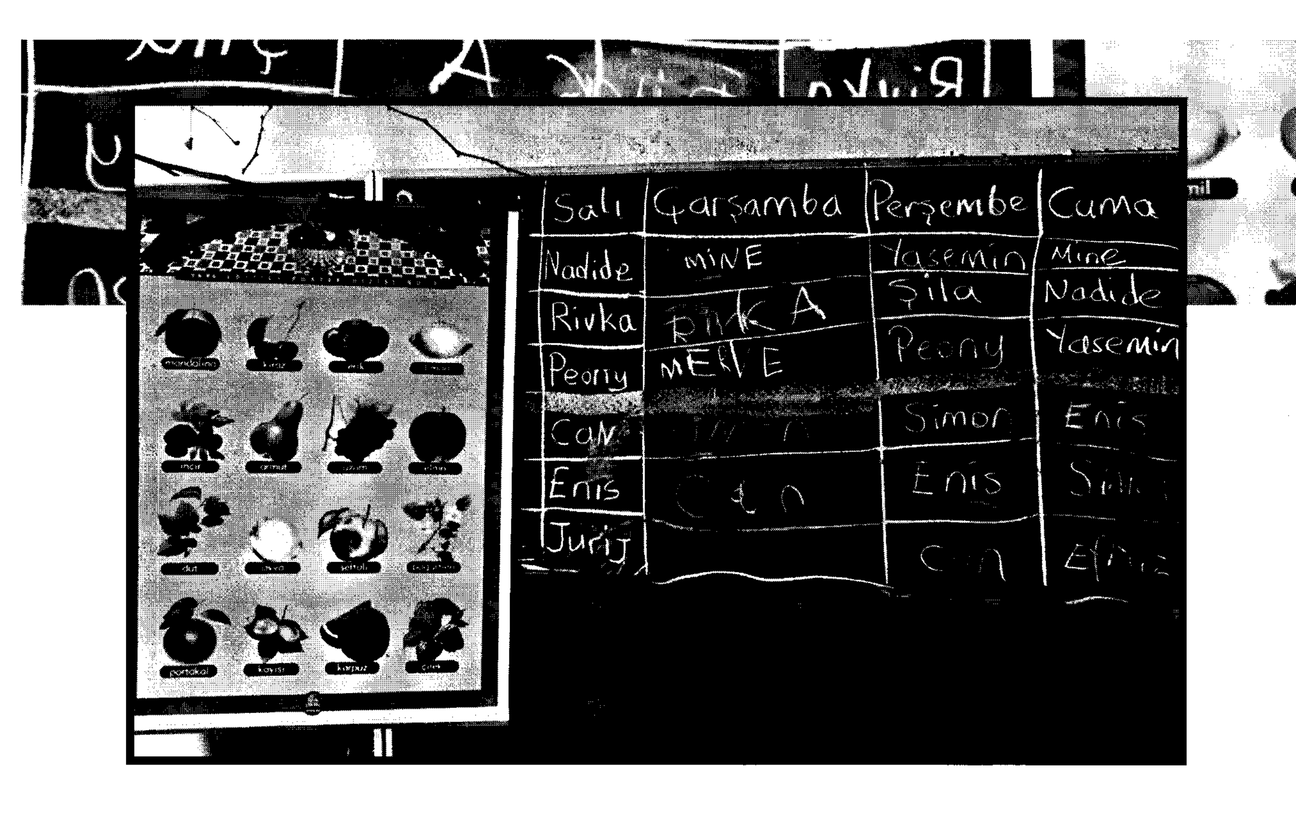
4 Link hat seine Diskurstheorie in einer Fülle von Beiträgen entwickelt, vor allem in der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift »kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskursanalyse«. Zu beziehen über den Klartext-Verlag, Dickmannstr. 2-4, 45143 Essen; Klartext-Verlag@t-online.de

5 Eine Lektüre der Erzählungen und Romane von Kafka, dem größten Analytiker der Macht, wie Elias Canetti behauptete, könnte schnell mit der Illusion aufräumen, dass die Macht in der Mitte liegt.

6 Auch bei den Entschädigungszahlungen für die ZwangsarbeiterInnen während des Nationalsozialismus war dies das entscheidende Argument von Regierungsseite gegenüber der Industrie.

7 Kein Witz! Nachzulesen in der Beilage 3/99 von Germanwatch in der taz.

► **Moe Hierlmeier** vom Lateinamerikakomitee Nürnberg arbeitet im BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft.



Diskursive Mimikry

Zum Verhältnis von Lobbypolitik und Sprache

Manche VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen halten Lobbyarbeit für eine unverzichtbare Strategie zur Durchsetzung emanzipatorischer Ziele und mischen auf dem sprachlichen Markt der Politikparkette mit. Dabei benutzen sie eine Sprachform, die als Komponente herrschender Diskurse eigentlich mit dem emanzipatorischen Anspruch unvereinbar ist. Der Versuch, diskursive Hegemonie zu erkämpfen, ist nicht nur widerspüchlich, sondern auch riskant.

von **Peter Wahl**

► Bei Kopenhagen plus 5 war auf einem Briefing des Änngeheless zu erfahren, dass beim nächsten Prepcom der Effeffdeh der neue Dabbeljuudieahr im Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Regierungen genutzt werden kann, um Sustainability- und Governance-Aspekte auf die Agenda zu setzen, wo eine win-win Option für den Süden diskutiert wird. Für die Reisekosten der Süd-Ändschiehoohs und andere Stakeholder muss Fundraising gemacht werden. Bei den Tickets ist auf größtmögliche gender balance zu achten.[1]

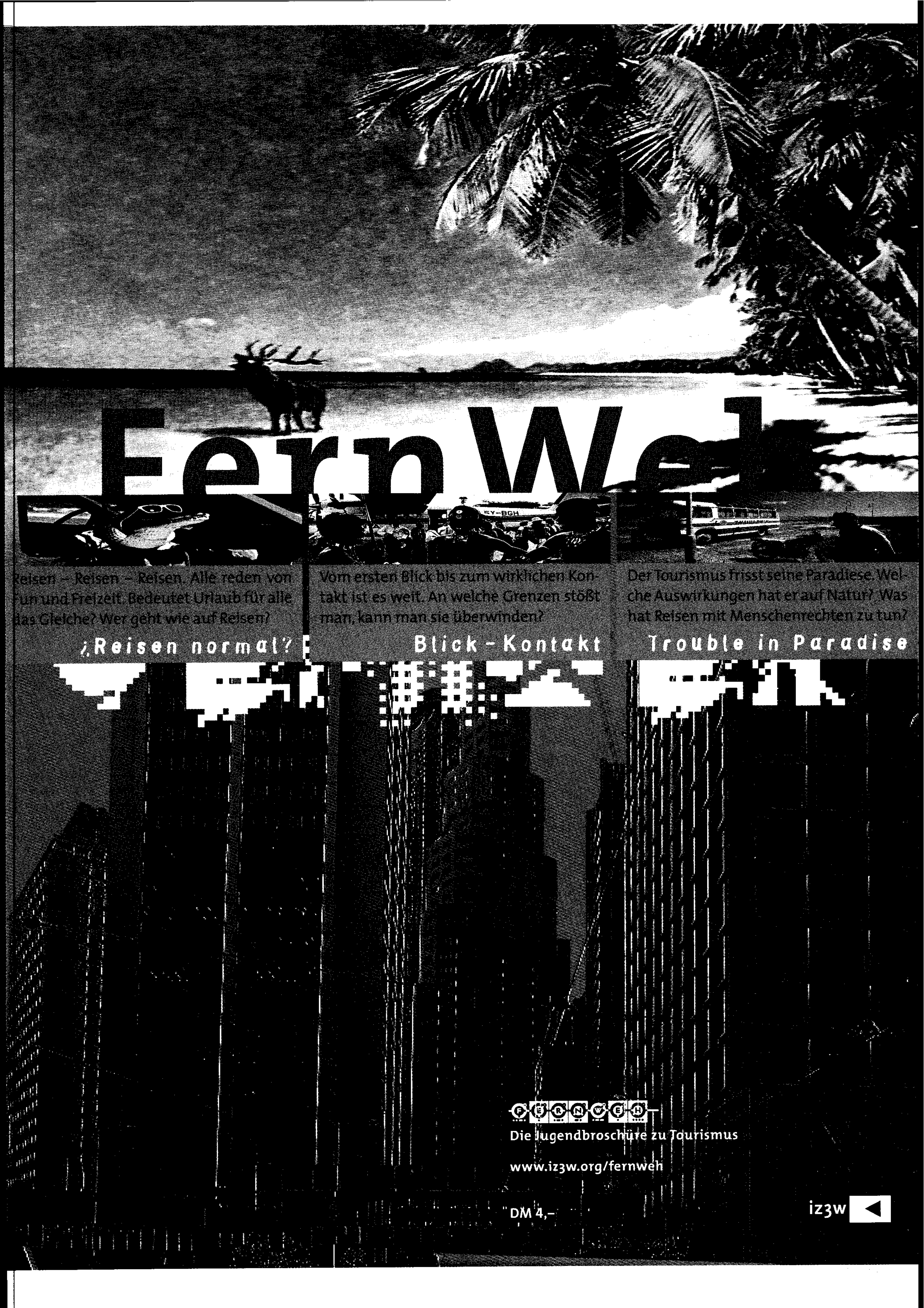
Diese Textpassage, die weniger parodistisch ist als Außenstehende vermuten könnten, versammelt wesentliche Züge eines Politiktyps, der in der entwicklungspolitischen Szene als »Lobbypolitik« bezeichnet wird. In der deutschen Alltagssprache hat Lobby eher eine negative Konnotation. Als nichtöffentliche und damit tendenziell undemokratische Beeinflussung politischer Entscheidungen wird Lobby in der Nähe von Kungelei verortet. Gerade auch im gesellschaftskritischen Milieu werden z.B. Wirtschaftslobby oder gar Rüstungslobby zurecht als Prototypen undemokratischer Praktiken definiert.

NGOs bezeichnen sich als »Lobby für die Armen«

Erstaunlicherweise ist der Begriff Lobby in den 90er Jahren zunehmend positiv aufgeladen worden. Entwicklungspolitische NGOs bezeichnen sich selbst als »Lobby für die Armen«, andere als »Lobby für die Umwelt«. Damit sind wir mitten im Thema. Politische Begriffe sind nämlich das Terrain politischer Auseinandersetzung, und je nach dem, wie diese Auseinandersetzung sich entwickelt, kann sich die Deutung der Begriffe wandeln. Wie über eine Realität gesprochen oder geschwiegen wird – das Wie des Sprechens – definiert Probleme und damit Problemlösungen. Untersucht hat dies die Diskurstheorie. Wer über Definitionsmacht verfügt, zu der auch eine materielle Seite – z.B. Schulen, Hochschulen, (Massen)medien – gehört, verfügt auch über gesellschaftliche Macht. Im Diskurs sind Macht- und Herrschaftsverhältnisse sedimentiert.[2] Der Diskurs selbst übt gesellschaftliche Macht aus, unabhängig davon, ob Sprecher- und/oder HörerInnen sich dessen bewusst sind. Er kann, wenn er herrschender Diskurs ist, andere Diskurse und anderes Wissen ausschließen. Alternative oder oppositionelle Diskurse kämpfen mit dem herrschenden um die diskursive Hegemonie. Diskurs ist also nicht nur, wie im konventionellen Begriff der Ideologie, rein instrumentell als das zu verstehen, »was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: Er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht«.[3] Die Parole an einem besetzten Haus in Berlin bringt die Sache zugespitzt zum Ausdruck: »Besetzt die Begriffe, nicht die Häuser!«

Unbestimmte schillernde Begriffe

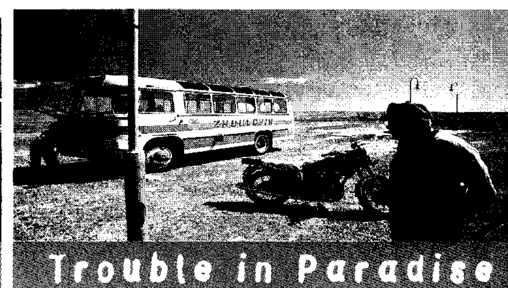
► Diese Einsicht hat weitreichende Konsequenzen für politische Strategien. Die traditionelle Grenzziehung zwischen politischem Diskurs und politischer Realität wird relativiert. Diskurs ist eine Form von Praxis – und zwar eine sehr wichtige, ohne dass freilich Po-


FernWeh
Reisen – Reisen – Reisen. Alle reden von Fun und Freizeit. Bedeutet Urlaub für alle das Gleiche? Wer geht wie auf Reisen?
¿Reisen normal?
Vom ersten Blick bis zum wirklichen Kontakt ist es weit. An welche Grenzen stößt man, kann man sie überwinden?
Blick-Kontakt
Der Tourismus frisst seine Paradiese. Welche Auswirkungen hat er auf Natur? Was hat Reisen mit Menschenrechten zu tun?
Trouble in Paradise
FERNWEH
Die Jugendbroschüre zu Tourismus
www.iz3w.org/fernweh
DM 4,–
iz3w

Titelmotiv: A. J. Schmidt und iz3w-Archiv







FernWeh sticht!

Ein Reise-Quartett



»Gesamtlänge der unberührten Strände: 10.083 km« – Indonesien gewinnt. **»Folklore-Echtheitswert: 9« »Sticht! Preisniveau: 1,4«**, damit kann Guatemala trotz ausgezeichneter 1,6 gegen Indien einpacken. Die nächste Karte wird mit einem siegessicheren Lächeln umgedreht: Kolumbien! Alle wissen, was kommt: **»Drogenverfügbarkeit: alles, überall«** – unschlagbar. **»Touristenanzahl/Entfernungskoeffizient: 2,4!«** Diese Runde geht eindeutig an Kambodscha. **»Lebenslauftauglichkeit: 15«** Da kann Australien mit Kenia mithalten, aber bei der Kriminalitätsrate gibt es Streit. Ist eine hohe jetzt erst recht cool oder doch eher abturnend? Man einigt sich auf cool (hat ja auch Einfluss auf den Abgedrehte-Story-Wert) und damit ist Australien raus.

So oder ähnlich würden sich wohl die meisten Reiseerzählungen als Quartettspiel anhören. Tourismus in die Dritte Welt ist normal geworden, allerdings nicht völlig normal und so kommt doch ein Prestigegewinn für weitgereiste Traveller dabei herum. In verschiedenen Kreisen stechen verschiedene Trümpfe, auf alle Fälle haben die Erzählungen aus der Ferne in jeder geselligen Runde Jokerqualitäten. Selten jedoch wird von den »Wehs« des Reisens in die Dritte Welt berichtet. Meist fällt einem persönlich gar nicht auf, dass Tourismus auch negative Folgen hat. Noch weniger ist bekannt, was Einheimische davon haben oder halten.

Genau hier kommt unser FernWeh-Quartett zum Einsatz: In vier Kapiteln berichten Menschen verschiedenen Alters und Herkunft, was sie auf Reisen und mit Reisenden erlebt haben. Dazwischen erlauben wir uns, ganz trocken von den ökologischen und sozialen Folgen des Tourismus zu berichten. Zugegeben, wir wissen selber nicht so recht, wie die für alle beteiligten Seiten perfekte Reise aussehen kann. Das erklärt, warum positive Reisebeispiele in unserem Quartett fehlen. Wir sagen natürlich auch nicht, Leute bleibt zu Hause auf Balkonien. Doch hoffen wir, dass die Broschüre dazu anregt, vor und während der Reise die Augen aufzumachen, für das, was um einen herum vorgeht.

Die FernWeh-Redaktion

FernWeh jetzt bestellen – Die Jugendbroschüre zu Tourismus

Die Broschüre kostet DM 4,- pro Stück
Ab 30 Exemplaren DM 3,50
und ab 100 Exemplaren nur noch DM 3,-

Bestellung bei:
FernWeh/iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
Fon (0761) 70 75 125
Fax (0761) 70 75 123
fernweh-iz3w@t-online.de
www.iz3w.org/fernweh

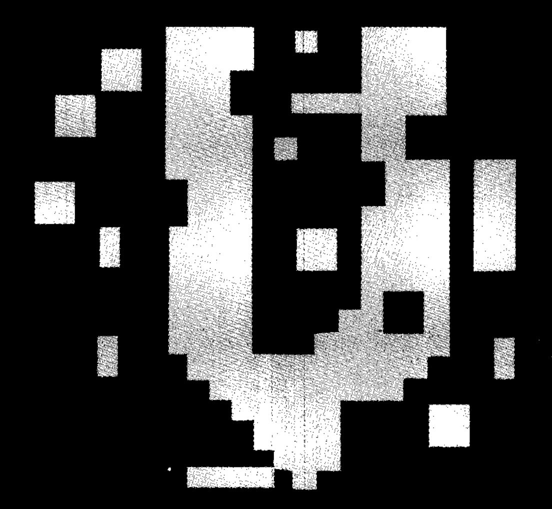
Ich bestelle .... **Exemplare der Jugendbroschüre »FernWeh«** ....

Name ....

PLZ/Ort ....

Straße ....

Datum .... *Unterschrift* ....



¿Reisen normal?

Trouble in Paradise

Blick-Kontakt



[Karl Valentin]

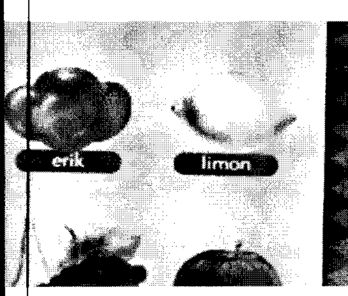
Fremd ist der Fremde
nur in der Fremde.

[TUI]

Adam und Eva wurden
aus dem Paradies
vertrieben, wir fliegen
sie jeden Tag hin.

[Kurt Tucholsky]

Als Tourist im Ausland
steht man vor der Frage,
ob man sich anständig
benehmen muss oder ob
schon andere Touristen
dagewesen sind.





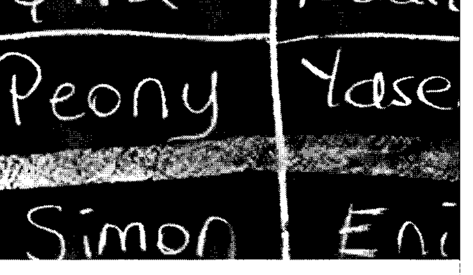


Foto: C. Ditsch / version

litik darauf reduziert werden dürfte. Die Art und Weise des Sprechens über Realitäten muss die diskursiven Kräfteverhältnisse berücksichtigen. Sie muss, wenn Interessen durchgesetzt werden sollen, eine Diskursstrategie haben. Dazu kann es gehören, hegemoniale Begriffe durch Kritik zu diskreditieren. Dies geschieht in allen politischen Lagern. So wird z.B. heute der Begriff »Neger« als rassistisch aus dem gesellschaftlich dominanten Diskurs ausgegrenzt. In Massenmedien ist er heute im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahre kaum noch zu finden. Hier haben emanzipatorische Positionen die diskursive Hegemonie errungen, was nicht bedeutungslos für den Umgang der Gesellschaft mit dunkelhäutigen Menschen ist. Damit ist natürlich noch lange nicht die von Rassismus und Diskriminierung befreite Gesellschaft erreicht. Aber zumindest für die siebziger und achtziger Jahre waren die diskursiven Verschiebungen Indiz für Veränderungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses insgesamt. Ähnliches gilt für Begriffe wie »Zigeuner« und »Eingeborene« oder für den Aufstieg weiblicher Sprachformen bis in offizielle Sprachregelungen hinein.

Umgekehrt ist der Begriff Reform, der früher einmal eine Verbesserung für benachteiligte Gesellschaftsgruppen beinhaltete, in der aktuellen »Gesundheitsreform« oder »Steuerreform« in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Gesundheitsversorgung wird schlechter und teurer, die Steuerprivilegien von Unternehmen und Wohlhabenden nehmen zu. Wer die neoliberale Strukturanpassung ablehnt, gilt als »strukturkonservativ«, während der Sozialabbau als »modern« auftritt – eine Umdeutung eines einstmals emanzipatorisch besetzten Begriffs, denn die Linke wurde zurecht immer mit der Moderne, mit den Ideen von Humanismus, Aufklärung und französischer Revolution identifiziert. Ein weiteres, für den Lobbydiskurs unmittelbar relevantes Beispiel ist das der nachhaltigen Entwicklung (sustainable development). Ursprünglich hatte der Begriff eine kritische Stoßrichtung gegen das auf quantitatives Wachstum reduzierte Entwicklungsmodell. In dem Maße, in dem der Begriff im Zuge des Rio-Prozesses eine immer prominentere Rolle spielte, nahm die Vereinnahmung zu. Der kritische Gehalt verflüchtigte sich. Entsprechend der Auffassung, dass die diskursiven Kräfteverhältnisse ein wichtiges Moment in den gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen insgesamt sind, ist nach Meinung vieler NGOs auch die kampflose Aufgabe von »diskursiven Bastionen« nicht gerechtfertigt. Dies gilt vor allem für Großbegriffe wie »Globalisierung«, »nachhaltige Entwicklung«, »Zivilgesellschaft« etc., denen eine zentrale Rolle in der Deutung gesellschaftlicher Realität zukommt.

Die vor allem im akademischen Milieu beliebte Übung, in subtilen Definitionsdebatten das Unbestimmte und Schillernde dieser Begriffe – auch »Containerbegriffe« genannt – zu kritisieren und das Bedürfnis, sie durch eine exakte Definition für den eigenen Gebrauch zu nutzen oder zu verwerfen, verfehlt daher den Kern des Problems. Das Unbestimmte und Schillernde macht gerade die politische Wirkungsmächtigkeit dieser Begriffe aus. Das gilt ebenso für linke Containerbegriffe, die einstmals große Wirkungsmächtigkeit besaßen, wie »Solidarität« und »Menschenrecht«[4].

Haben sich Regierungen je durch die besseren Argumente überzeugen lassen?

Spielregeln und Mimikry

► Mit der Lobby-Arbeit begeben sich NGOs auf ein Feld der Politik, das auch diskursiv weitgehend von den herrschenden Interessen besetzt ist. Um überhaupt Zugang zu Regierungsdiskursen zu bekommen, findet daher eine Anpassung an die diskursiven Kräfteverhältnisse statt. Wer mitspielen will, ist gezwungen, die Spielregeln zu beachten, die auf dem Diskursfeld an der Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft gelten. Dies geschieht durch Anpassung, man könnte von sprachlicher/diskursiver Mimikry sprechen. Entscheidend ist allerdings, ob die diskursive Mimikry vom Sprecher selbst als Instrument politischer Interessen in eine Gesamtstrategie eingeordnet wird. Wie Mimikry in der Natur kann die äußerliche Anpassung eine effiziente Strategie der Tarnung, Verteidigung oder gar der Subversion sein. Letztlich geht es angesichts der ausgrenzenden Funktion herrschender Diskurse darum, in diese einzudringen.

Allerdings ist das eine höchst zweischneidige Angelegenheit. Durch die Anpassung an den herrschenden Diskurs entsteht ein kommunikatives Gewebe, das zentrale Aspekte gesellschaftlicher Realität verschleiert. Insofern ist dieser strategischen Instrumentalisierung der Sprache ein antiaufklärerisches Moment immanent. Solange sich die AkteurInnen dieser Konstellation bewusst bleiben und ihre eigene Definition von gesellschaftlicher Realität nicht vom herrschenden Diskurs »angesteckt« wird, steht dies zunächst nicht im Widerspruch zu einem gesellschaftskritischen und emanzipatorischen Anspruch. Vor allem dann nicht, wenn Lobby nur ein Aspekt einer umfassenderen Strategie ist. Soll die inhaltliche Unabhängigkeit auf Dauer bestehen bleiben, ist dafür allerdings Autonomie die Voraussetzung, sowohl inhaltlich / politisch als auch materiell / finanziell. Unter jenen, die Lobbypolitik betreiben, gibt es Organisationen, die diese Voraussetzungen erfüllen, aber auch solche, die von Anfang an »dazu gehören« wollten, oder aber mit der Zeit ihre Identität verloren haben. Der Diskurs wird dann zum Kitt korporatistischer Praxis. Der Zwang zur Anpassung gilt übrigens in hohem Maße auch gegenüber Medien, auf deren Hebelwirkung die meisten NGOs angewiesen sind, um politische Wirkung zu erzielen.

Seriöse Lobby-Codes

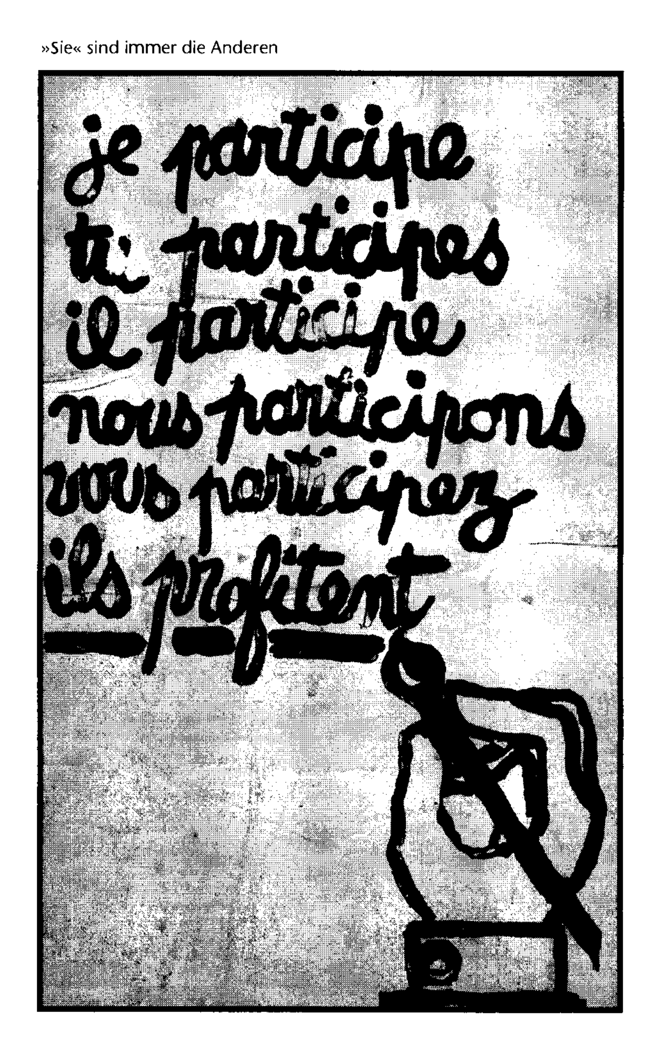
► Der Lobbydiskurs hat, wie alle Diskurse, spezifische sprachliche Formen und Konfigurationen. Dazu gehört beispielsweise die Ausbildung eigener sprachlicher Codes aus Fachbegriffen, Abkürzungen etc. Wie in allen Gruppen, vom Expertenteam bis zur Freizeitclique, haben diese Codes die Funktion, die Gruppe nach außen abzugrenzen und nach innen eine Identität zu konstruieren. Da sich nun Lobbypolitik gezielt auf Regierungspolitik bezieht, ergeben sich in der Kommunikation zwischen Regierung und Nichtregierung auch sprachlich große Ähnlichkeiten. Es entsteht ein gemeinsames Diskursfeld. Die Teilnahme der NGOs an diesem Diskurs schließt Kritik an konkreter Regierungspolitik nicht aus. Die bleibt allerdings im Rahmen dessen, was politisch und diskursiv statthaft ist. Da der offizielle Diskurs die Definitionsmacht über das besitzt, was als seriöse, fachkompetente, ideologiefreie, konstruktive und differenzierte Kritik gilt, werden andere Formen der Kritik, zum Beispiel eine grundsätzlichere

Gesellschaftskritik, aus den Lobbydiskursen ausgegrenzt.

Allerdings wäre es vereinfacht, daraus automatisch auf die politische Position einer Lobby treibenden Organisation insgesamt zu schließen. Denn wenn man meint, in Lobbyzusammenhängen radikale Gesellschaftskritik anbringen zu können und kritische Aufklärung zu betreiben, würde man Lobbypolitik ein Potential zuweisen, das man ihr ansonsten zurecht abspricht. Seit wann ließen sich Regierungen durch die besseren Argumente überzeugen? Eine emanzipatorische Diskursstrategie müsste ihren Schwerpunkt im Erringen diskursiver Hegemonie in der Gesellschaft setzen, nicht im Dialog mit der Regierung. Der Lobbydiskurs ist aus dieser Sicht vor allem ein taktisches Problem.

Einen enormen Anteil an den Lobbysprachen hat US-Englisch. Interessant wird es da, wo Begriffe importiert werden, für die es keine adäquate Übersetzung gibt. Auf diesem Wege werden nicht nur Wörter, sondern auch Deutungen übernommen. Deutlich wird dies an den Begriffen Lobby, Global Governance, win-win Option und Stakeholder (s. Eingangsbeispiel). Inzwischen wurden sie auch in die politischen Diskussionen in der Bundesrepublik aufgenommen und hier in ein Diskursfeld eingeordnet, in dem wir auch auf Begriffe wie Dialog, Konsens, Partizipation, Kooperation etc. stoßen. Durch diese Zusammenstellung wird ein Politikverständnis transportiert, das die Existenz antagonistischer Interessen nicht kennt und politische Entscheidungsprozesse ihrer macht- und herrschaftsförmigen Dimensionen entkleidet. Formen politischer Praxis, die sich nicht an diesem harmonisierenden Modell politischen Handelns orientieren, wie Protestaktion, Streik oder ziviler Ungehorsam, werden dagegen aus dem herrschenden Politikverständnis ausgegrenzt.

»Sie« sind immer die Anderen



Dienstbare Sprache

► Ein anderes Merkmal des Lobbydiskurses ist die Entsorgung von Begriffen aus der (Vor-)geschichte der NGOs (häufig auch der persönlichen Biographie der handelnden Personen) und deren Ersetzung durch scheinbar neutrale, gleichwohl äußerst ideologiehaltige Begriffe. Dritte Welt z.B.- ursprünglich in Anlehnung an den Begriff »Dritter Stand« nach den Diskursen der französischen Revolution geprägt – mutiert zum neutraleren Süden. An den Begriff Süden knüpfen sich – wenn überhaupt – Assoziationen wie Sonne, Meer und Urlaub. Bei Dritte Welt denkt man eher an Unterprivilegiertheit und Ausbeutung, doch zugleich auch an Hoffnung auf Veränderung. In diesen Kontext gehört der Begriff der Einen Welt, der nicht nur Eingang in Lobbydiskurse gefunden, sondern auch an der Basis Wurzeln geschlagen hat (Eine-Welt-Laden). Die reale Spaltung der Welt in oben und unten, arm und reich, verschwindet hier in der neutralen Einen Welt.

Auch die Euphemisierung der Sprache ist ein häufig zu beobachtender Grundzug des Lobbydiskurses. Die internationale Finanzarchitektur aus unserem Eingangsbeispiel ist ein solcher Fall. Architektur erweckt Assoziationen an Stabilität, Verlässlichkeit und Schönheit, an Kathedralen und Tempel und damit an das Gegenteil der Realität des internationalen Finanzkapitals. Hier wird auch der Einfluss der Reklamesprache und PR-Methoden deutlich. Die sprachliche Verpackung soll im Sinne von »positive thinking« etwas vortäuschen und Akzeptanz schaffen.

So wie die Werbesprache die Wörter in den Dienst des Verkaufsinteresses stellt, so wird in den herrschenden Diskursen die Sprache in den Dienst der herrschenden Interessen gestellt. Dabei ist ein grundlegender Mechanismus, das eigene Interesse so darzustellen, als ob es das Interesse des Gegenübers sei. Damit entsteht ein struktureller Zwang zur Anschlussfähigkeit an hegemoniale Diskurse. Es gibt z.B. kaum ein gesellschaftliches Interesse, das nicht an den Diskurs vom Standort angedockt hätte. Von der Verteidigung der Opernhäuser gegen Etatkürzungen über die ökologische Effizienzrevolution bis zur Forderung nach konsequenter Strafverfolgung von Neonazis gibt es nichts, was nicht zum Standortinteresse definiert worden wäre. Der Preis dieser Strategie ist die oben genannte Ambivalenz der Anpassung. Nur wenn zum Standortdiskurs selbst Gegenstrategien entwickelt werden, entgeht man der Integrationsfalle. Diskursive Herrschaft stellt sich nicht nur über das Sprechen, sondern auch über das beredte Schweigen her. Bestimmte Begriffe werden demnach im herrschenden Diskurs regelrecht tabuisiert, so das berühmte K-Wort, Kapitalismus. Seine Verwendung führt in Lobbyzusammenhängen derzeit noch dazu, dass der Sprecher aus dem herrschenden Diskurs herausfällt. Auch Begriffe wie Interesse, Macht und Herrschaft tauchen in den Lobbydiskursen nicht auf. Lobbydiskurse tragen damit zwangsläufig zur Verfestigung hegemonialer Diskurse bei.

Anmerkungen:

1 **Abkürzungsverzeichnis:** »Dabbeljuudieahr«: WDR = World Development Report – Alljährlich erscheinender Bericht der Weltbank. »Ändschieheless«: NGLS = Non Govenmental Organizations Liaison Service – eine von der UNO eingerichtete Servicestelle, die die Kommunikation zwischen UNO und NGOs organisiert. »Prepcom«: Preparatory Committee – Vorbereitungskomitee. »Effeffdieh«: FFD = Finance for Development – Titel einer UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die für 2001 geplant ist. »Ändschiehoohs«: NGOs. »Kopenhagen plus 5«: Nachfolgekonferenz des UN-Weltsozialgipfels von 1995 in Kopenhagen

2 Der Gebrauch des Diskursbegriffs hat in den letzten Jahren inflationär zugenommen. Dabei wird in den meisten Fällen Diskurs als Synonym für »Sprechen«, »Diskussion« oder »Debatte« missverstanden.

3 Foucault, Michel (1994): Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt/M. S. 11

4 »... die Internationale erkämpft das Menschenrecht«. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch der Diskurs über die sozialen Menschenrechte.

► **Peter Wahl** ist Mitarbeiter der Bonner NGO Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED.

kipi lefti

Sprachpolitik im postkolonialen Kreisverkehr

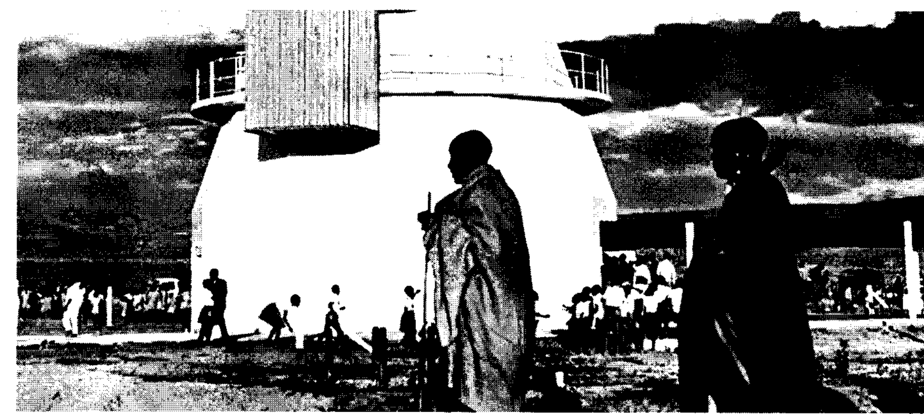


Foto: H. Kaufmann

von **Martina Backes**

Tansania hat mit der Unabhängigkeit Kiswahili zur offiziellen Landessprache erklärt, Kenia Englisch. Wie in den meisten afrikanischen Ländern stand und steht die Sprachpolitik im Dienste so verschiedener Ziele wie nationale Identität, Egalität, Entkolonialisierung, wirtschaftliche Entwicklung und Überwindung ethnischer Segregation. Die meisten dieser Ziele scheiterten indes. Auch durch Sprachpolitik wurden Machtverhältnisse lediglich neu ausgehandelt, ohne die alten aufzulösen.

► Die Tanganyika African National Union (TANU) hatte Kiswahili zur landesweiten Mobilisierung der tansanischen Unabhängigkeitsbewegung genutzt. Die Sprache war mit der symbolischen Bedeutung von Freiheit, Afrikanismus und egalitärer Gesellschaftsmodelle – die als vorkoloniale afrikanische Werte typisiert wurden – schwer beladen.[1] Mit der Unabhängigkeit 1961 erhob die neue Regierung Kiswahili zur Parlaments- und Amtssprache sowie zur einzigen Unterrichtssprache der Grundschulbildung, wenngleich Englisch weiterhin als notwendige Brücke zur internationalen Politik nie aufgegeben wurde. Die Arusha-Deklaration von 1967 – das zentrale Dokument des sozialistischen Programms – erklärte Kiswahili zu einem Instrument des Nationbuilding. Die Umbenennung der TANU in Chama Cha Mapinduzi (CCM) – Partei der Revolution – ist symbolischer Ausdruck dieser Politik.

Die Voraussetzungen waren günstig – konnte Tansania doch auf einen langen Prozess der Verbreitung, Normierung, Verschriftlichung und auf eine literarische Tradition des Kiswahili zurückgreifen: Insbesondere die arabischen Handelsnetze hatten seit dem 14. Jahrhundert für die Verbreitung der Sprache und für die Entstehung von Piginforen gesorgt, was die von den kolonialen Linguisten bemängelte Geschichtslosigkeit widerlegt.[2] Jetzt fanden alle Erwachsenenbildungs- und Alphabetisierungsprogramme nach Paolo-Freire-Tradition auf Kiswahili statt und die Medien- und Kulturpolitik machte Kiswahili zur meistgedruckten und -gehörten Sprache der tansanischen Presse und der Radiosender. Auf all diesen sprachpolitischen Ebenen diente die Sprache auch dem Transport der neuen sozialistisch-nationalen Ideologie. Das »Ujamaa«-Konzept[3] lenkte als Inbegriff der tansanischen Politik die Aufmerksamkeit auf imaginierte Ziele. Für reale Probleme und Widersprüche in der Staatspolitik war in den auf Egalität und gegen die zu Kolonialzeiten geschürte ethnische Segregation zielenden und mit dem entsprechenden Vokabular geführten Debatten kein Platz.

Kiswahili galt in Tanzania als Symbol für eine egalitäre Gesellschaft

Mitte der 80er Jahre erlitt die politisch-ideologische Rhetorik einen Bruch. Materielle Grenzen der Durchsetzbarkeit des Kiswahili – schlecht ausgebildete LehrerInnen, fehlendes Schulbuchmaterial und fehlende didaktische Konzepte – wurden deutlich. Nicht zufällig fällt diese Diskussion in die Zeit der ökonomischen Krise Tansanias. In Form von Ernährungs-, Gesundheits- und Wirtschaftskrisen wurden die Widersprüche einer Politik, die neben sozialistisch betitelten Zielen immer auch eine wachstumsorientierte Modernisierung der wirtschaftlichen Basis anstrebte, spürbar (und durch die IWF-Politik noch verstärkt). Im krassen Widerspruch zum Ujamaa-Konzept stand der Machtzuwachs der bürgerlichen Eliten. Die Realität machte der Idee zu schaffen und der mittels der Sprache transportierte Mythos – egalitäre Gesellschaft, autonome Entwicklung und fortschrittlicher Wohlstand – wurde durch die Wahrnehmung von Klassenunterschieden entzaubert. Zugleich wurde Kiswahili als Symbol für den sich ausweitenden Panafrikanismus neu aufgeladen.

Nach dem Scheitern der Ujamaa-Politik zeigte sich, dass die Menschen sich sozialen Gruppen stärker zugehörig fühlten als ethnischen. Dieser Effekt der teilweisen Überwindung von Tribalismus in Tansania dürfte vor allem ein Ergebnis gesellschaftlicher Entwick-

Kiswahili...

... wird als Verkehrssprache (Lingua Franca) von nahezu 50 Millionen Menschen in Tansania, Kenia, Uganda, Kongo, Somalia und Mosambik gesprochen. Es ist Muttersprache von 2 Millionen KüstenbewohnerInnen in Ostafrika und weist hier eine Vielzahl an Dialekten auf. Das Vokabular kommt – je nach Dialekt – bis zu 50 Prozent aus dem Arabischen, die grammatikalische Struktur der Sprache entspricht der anderer afrikanischer Bantu-Sprachen. Bis Anfang des 20. Jh. wurde Literatur nur in arabischen Schriftzeichen verfasst. Die verschiedenen kolonialen Herrschaftsperioden – mit den Arabern hatte sich das Kiswahili bereits entlang der arabischen Handelsnetze in Afrika verbreitet – blieben nicht ohne Einfluss auf das Kiswahili. Während sich etwa pesa (Geld) vom portugiesischen »pesos« ableitet und mit der Besatzung der ostafrikanischen Küste durch die Portugiesen im 16. Jh. in die Sprache aufgenommen wurde, sind andere Wörter aus dem Deutschen und Englischen eingeflossen: utadi (Tadel, Beleidigung) zum Beispiel hat seinen Anfang in den deutschen Missionsschulen; ploti (von engl. plot) wurde mit der von den Briten veranlassten Demarkierung und Privatisierung des zuvor kommunalen, gemeinschaftlichen Landbesitzes in der spätkolonialen Phase eingeführt. Und der im Fernsehen der 70er Jahre berühmt gewordene »Daktari« ist einfach nur ein Doktor.

lungen sein, die für ein ausgeprägtes und den materiellen Alltag bestimmendes Klassenbewusstsein sorgten. Zu diesem Prozess beigetragen hat jedoch sicher auch die tansanische Sprachpolitik, die sich unter anderem mit der Wahl von Kiswahili als Landessprache gegen ethnische Identitätszuschreibungen verwehrte. Hier war die Idee (der Überwindung ethnischer Kategorien) nicht ohne Einfluss auf die Realität.

Kiswahili als Sprache »für's Volk«

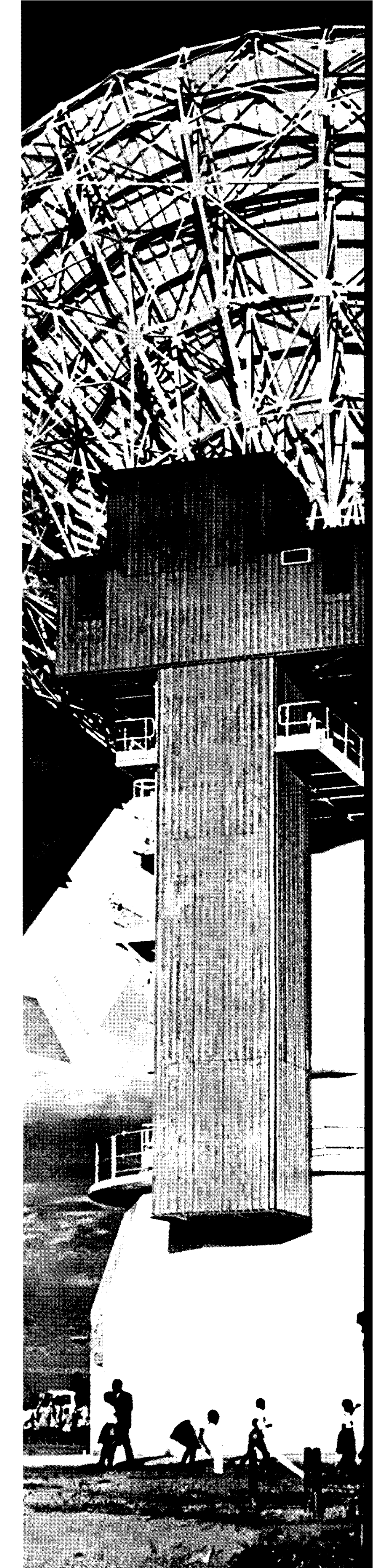
► Dies kann die kenianische Sprachpolitik nicht von sich behaupten. Die erste unabhängige kenianische Erziehungskommission von 1964 unter Ominde nahm keine wesentliche Änderung der spätkolonialen Sprach- und Bildungspolitik vor. Englisch blieb Unterrichtssprache in allen Stufen, Kiswahili wurde lediglich als ein Unterrichtsfach von vielen hinzugefügt. Anders als in Tansania wurde die Bevorzugung des Englischen immer materiell – statt ideell – begründet: Demnach existierten für das Englische bessere pädagogische und didaktische Voraussetzungen; Englisch ab der ersten Klasse erhöhe die Qualität der Sekundarstufe und mache eine zeitraubende Umstellung ab der fünften Klasse überflüssig. Die Entscheidungsträger der Afrikanischen Nationalunion Kenias (KANU) kamen aus dem Kreis der wohlhabenden und landbesitzenden Loyalisten des British East Africa, die den Anschluss an westliche Systeme aufgrund ihrer bereits in internationale Marktzusammenhänge verwobenen Besitz- und Produktionsweisen erhalten wollten. Mit den Interessen dieser Loyalisten, die sich an der Spitze der KANU-Führung versammelt und deren Kinder zur Zeit der Unabhängigkeit bereits englischsprachige Ausbildungen abgeschlossen hatten, war die Durchsetzung des Englischen als offizielle Justiz-, Verfassungs- und Außenhandelssprache vorprogrammiert. Die Kontinuität der strukturellen Macht des Englischen, wurde damit Teil eines neokolonialen Prozesses. Deshalb erfuhren Kiswahili und andere lokale Sprachen über das innenpolitisch erforderliche Minimum hinaus in Kenia keinerlei Förderung.

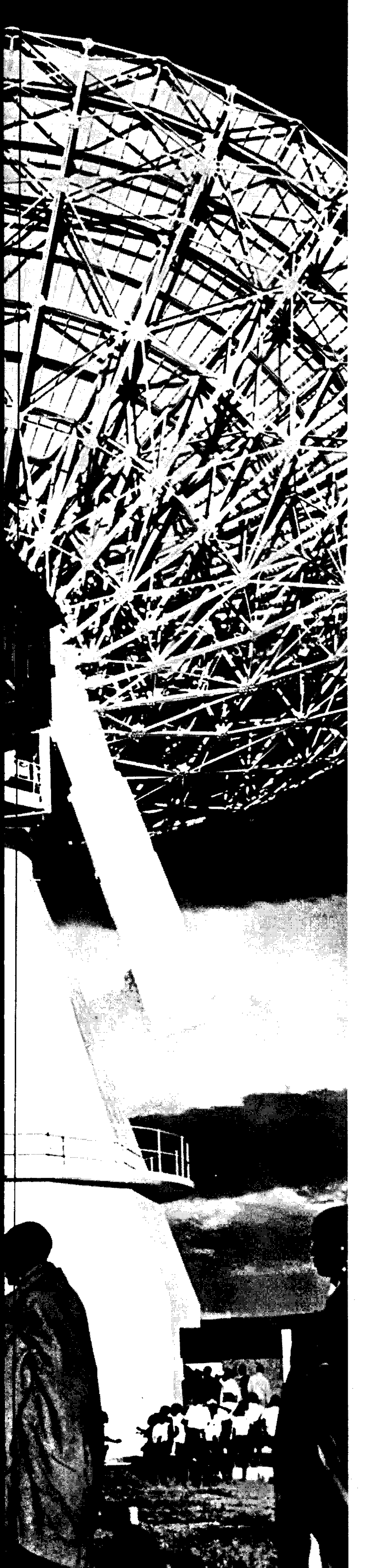
Dies entsprach auch einer allgemeinen Stimmungslage in der Bevölkerung, die das Kiswahili und insbesondere seine von den Briten verwendete, vor allem in Imperativen formulierte Piginform mit der Kolonialherrschaft verbanden. Der Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o hat den von den Kenianern empfundenen gewaltförmigen Gebrauch des Kiswahili in seinen auf Kikuyu – später auf englisch – verfassten Romanen auf den Punkt gebracht: Die Geschichten mit hohem emanzipatorischen Anspruch beschränkten das Kiswahili – hier als kisetla (von settler- Siedler) – auf fehlerhaft verwendete Imperative der Kolonialherren und ihrer Kollaborateure. Noch heute stößt der Gebrauch des Kiswahili etwa seitens der MitarbeiterInnen landwirtschaftlicher Beratungsdienste auf eine grundsätzlich ablehnende Haltung der Kleinbauern – ganz gleich welche Inhalte vermittelt werden. In Kenia blieb offensichtlich die direkte Kolonialherrschaft durch weiße SiedlerInnen – im Unterschied zur indirekten Herrschaft mittels lokaler Verwaltungseinheiten in Tansania – nicht ohne Wirkung auf den symbolischen Gehalt des Kiswahili. Zudem wurde Kiswahili (s. Kasten) als Sprache der vorwiegend islamischen Küstenbevölkerung diskriminiert. Vor diesem Hintergrund waren die Bedingungen für die politisch beabsichtigte Unterdrückung des Kiswahili im »unabhängigen« Kenia günstig.

Dennoch konnte sich die kenianische Elite der Symbolik des Kiswahili als lingua franca (regionale Verkehrssprache) und als sprachliches Moment des Panafrikanismus kaum entziehen. Erst sieben Jahre nach der Unabhängigkeit erklärte man Kiswahili 1970 zur Nationalsprache, 1974 wurde es als Parlamentssprache übernommen. Doch bereits wenige Jahre später setzte sich das Englische als die »angemessenere« Ausdrucksform für dieses nationale Politikparkett wieder durch. In nationalen Ansprachen hingegen vermitteln die Präsidenten – erst Jomo Kenyatta, jetzt Daniel arap Moi – die auf englisch debattierten Parlamentsbeschlüsse in der dem »Volk« gemäßen Sprache: in Kiswahili. »Nyayo« – die Fußspuren der Großväter – heißt das Motto traditionalistischer Politik für eine neue »Nationale und Afrikanische Identität«. »Nyayo« durchtränkt noch heute die Staatsansprachen auf nationalen Trauer- und Feiertagen. Symbolträchtige Parolen dienen dazu, bestehende Widersprüche überzeugend zu neuen Kategorien zu vereinen. Kenyatta, erster kenianischer Präsident, mystifizierte etwa in seinen auf Kiswahili gehaltenen Reden den blutig zerschlagenen Mau-Mau-Kampf der Kikuyu als nationale Befreiungsbewegung. Der Mau-Mau-Aufstand mutierte zu einem Symbol erfolgreicher Entkolonialisierung und wurde zugleich Geschichte, obwohl seine überlebenden Anhänger die eigene Regierung vor Gericht verklagten, weil diese ihre Forderungen nicht erfüllen wollte.[4]

Nationale Immunisierung gegen lokale Kritik

► Der nachkoloniale Streit in Tansania und Kenia um die Eignung von Sprache zur Durchsetzung von ideologischen Zielen und zur Produktion von Wissen bzw. Nichtwissen muss auch als Reaktion auf koloniale Politik gesehen werden. Hier waren die ersten Versuche, das »Denken der Afrikaner« zu ergründen, der eifrigen Arbeit von Missionaren zuzuschreiben. Ihr Interesse galt neben der lexikalischen Erfassung lokaler Sprachen auch





dem Verhältnis zwischen Sprache, Denken und Wirklichkeit. Damals war ein essentialistisches Verständnis von der wesenhaften Abbildung der Wirklichkeit durch Sprache gültige Lehre. Somit galt Sprache als Ausdruck und Nachweis des Denkvermögens ihrer Sprechgemeinschaft. Missionare zeigten, wie »der Afrikaner« in seiner Sprache Ansichten nicht argumentativ vertrete, sondern spontan und intuitiv äußere. Und weil afrikanische Sprachen als beschränkt und minderwertig angenommen wurden, mussten es auch ihre Kulturen sein. Ihrem als »prälogisch« angenommenem Denken wurde eine befreiende Perspektive abgesprochen. Afrikanischem Denken und Sprechen fehle naturgemäß die Möglichkeit zu Argumentation und Analyse. Diese Sprachideologie trug in der Folge zur Bestätigung eigener Überlegenheit bei und eine dementsprechend legitimierte Sprachpolitik diente als Herrschaftsinstrument: In der Grundschule wurde in den dem afrikanischen Denken angemessenen lokalen Sprachen gelehrt und so der Zugang zu aktuellen Informationen und zum Wissen der Herrschenden erschwert.

In Kenia empfahl 1952 der spätkoloniale Binn's Bericht, lokale Sprachen zu fördern und Kiswahili – außer dort, wo es einzige Muttersprache ist – zu unterbinden. Nur in den lokalen Sprachen sei Denken und Lernen möglich. Kiswahili blockiere also nicht nur die anderen Sprachen, sondern auch die Lernfähigkeit. Das Motiv des »Spracherhalts« hatte hier – damals mit pädagogischer Legitimation – bereits eine erste Hochphase noch vor der Unabhängigkeit. 1950 hatte auch die UNESCO das Recht von Kindern auf Grundbildung in der eigenen Sprache proklamiert.[5]

In Kenia ist seit 1963 verfassungsrechtlich verankert, dass der Grundschulunterricht in den jeweiligen lokalen Sprachen stattfindet. Anders als in Tansania, wo Kiswahili Unterrichtssprache ist, ist es hier nur ein Pflichtfach unter vielen. Damit ist jedoch die kenianische Sprachpolitik – in kolonialer Tradition – einer der Faktoren, die ethnisches Bewusstsein fördern. Die Kombination geringer Englisch- und Kiswahilikenntnisse mit begrenzt kommunizierbarer, lokaler Sprachkompetenz verhindert Verständigung über sprachliche Grenzen hinweg. Das Minoritätenbewusstsein wird gestärkt und das politische System sowie die Führung der Staatsnation gegenüber kritischen Äußerungen immunisiert. Auf diese Weise kann die exklusive Förderung lokaler Sprachen selbst bei lokal destabilisierenden Konflikten zwischen den Gruppen als nationale Sicherungsstrategie wirken. Um das kritische Potenzial im harmlosen Status des Minoritären zu halten, wurden zudem seit 1991 mit der Einführung des Mehrparteiensystems 250.000 Menschen in Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen auf verschiedene Wahlbezirke verstreut. Unter anderem deshalb ging die KANU wieder als Siegerin aus den Wahlen hervor.

Die kenianische Elite diskriminierte Kiswahili zur »Sprache für's Volk«

Vom prälogischen Denken zum kreisenden Widerstand

► Sowohl Kenia als auch Tansania haben Sprache als naturdeterminierte Kategorie entmystifiziert und für eigene Ziele neu instrumentalisiert. Sie hofften dabei auf eine bestimmbare, wirkungsmächtige Rolle von Sprache. In der postkolonialen Sprachpolitik schlägt sich dies etwa in der traditionalistischen Mystifizierung afrikanischer Werte nieder. Diese Sicht unterschlägt jedoch ebenso wie die frühkoloniale Annahme der Beschränktheit einzelner Sprachen, dass jede Sprache ein Widerspruchs- und Emanzipationspotential enthält. Differenzen können in jeder Sprache ausgedrückt und definiert, und die Willkür der sprachlichen Konstituierung von Kategorien wie ethnischer Zugehörigkeit aufgezeigt werden. In Tansania und Kenia erledigte sich damit auch die Hoffnung, Kiswahili und Englisch könnten per se eine Avantgarderolle für die »andere Modernisierung«, für »afrikanischen« Sozialismus oder »nationale« Identität spielen. Solche Erwartungen scheiterten unter anderem am Widerspruchspotential, das jeder Sprache inne wohnt.

Neben der symbolischen Bedeutung stellt sich die Frage, welchen Beitrag eine Sprache – gemessen an der Sprachkompetenz der Akteure – zur politischen Emanzipation leisten kann. Hier kann für Tansania zumindest teilweise die Überwindung ethnischer Kategorisierungen konstatiert werden. Wenn die Durchsetzung der Ujamaa-Politik auch gescheitert ist, so hat die Sprachpolitik doch über kolonial geschürte, ethnische Spaltungen hinweg eine landesweite Kommunikation über die Unzufriedenheit in der Klassengesellschaft ermöglicht. Demgegenüber hat in Kenia die Politisierung des Kiswahili in Kombination mit der Förderung lokaler Sprache nach wie vor eine die Hegemonie sichernde Funktion: Eine Verständigung über soziale Ungleichheiten, über Klientelwesen und Korruption wird durch die sprachpolitisch geförderte Orientierung an einer ethnischen Loyalität erschwert. In beiden Ländern stellen die Wirkungen, die den jeweils gewählten Landessprachen zugesprochen werden, Umkehrungen der kolonialen Zuschreibungen dar: Die tansanische Sprachpolitik stellte mit Kiswahili das Verbindende an die Stelle des Ethnisierenden, in Kenia trat durch die Förderung lokaler Sprachen neben die Beibehaltung der kolonialen Herrschaftssprache die Betonung des vermeintlich »Eigenen«.[6]

Stellenwert und Funktionen der vielen anderen Sprachen, messen sich in beiden Ländern an der Bedeutung des Englischen und des Kiswahili – der symbolische Gehalt jeder Sprache und ihrer spezifischen Verwendung ist nie losgelöst von dem der anderen. Als kipi lefti – Kiswahili für Kreisverkehr – ließe sich so der Suchprozess nach einer jeweils »richtigen« Sprache für die Kommunikation im öffentlichen und privaten, im lokalen und nationalen Raum beschreiben: Scheitern die einen, auch mittels Sprachpolitik und sprachlicher Symbole verfolgten Ziele, werden schon Alternativen als Erwiderung auf nun entmystifizierte Symbolik auf den sprachlichen und ideologischen Markt geworfen.

Anmerkungen:

1 Die Mystifizierung afrikanischer Identität findet in Maji-Maji ihre tansanische Variante. »Maji Maji« steht nicht nur für den blutigen Kampf gegen die Deutschen Anfang des 20. Jahrhunderts, sondern auch für traditionelle Kräfte – das Trinken des Wassers (maji) eines Sees soll unverwundbar machen – und wird bis heute für eine landesweite Mobilisierung vermeintlich nationaler Gefühle bemüht.

2 In den 30er Jahren arbeiteten die Briten an einer Standardisierung in romanischen Schriftzeichen.

3 Ujamaa bezeichnet die mit der Arusha Deklaration verkündete tansanische Staatsideologie: Ein zentralistisch geführter, auf Traditionalismus aufbauender »Afrikanischer Sozialismus« wurde mit dem Ziel einer autonomen Modernisierung des Agrar- und Industriesektors durch die in Selbstverwaltung geführten Ujamaa – Dörfer verbunden.

4 Die Geschichte wurde in die Gegenwart geholt, als sich einige der Mau-Mau Anhänger nach einer inneren Spaltung der Bewegung der KANU-Führung anschlossen. Jetzt wurde offen gegen einen Überrest »kommunistischer« Mau-Mau Ideologen polemisiert, die ihre Idee des gemeinschaftlichen Besitzes bis auf Frau und Kinder verstanden haben wollten. Das geschah zur Zeit der frostigen Beziehungen und geschlossener Grenzen zum sozialistischen Nachbarstaat Tansania.

5 In ihren Bildungskonzepten setzt auch die GTZ heute auf die Förderung von lokalen Sprachen gegenüber den Kolonialsprachen, in denen heute noch in den meisten afrikanischen Staaten die Grundschulbildung stattfindet. In diese lokalen Sprachen müssten jedoch moderne Inhalte integriert werden: Modernisierung und Entwicklungsdenken sind das zu vermittelnde Ziel. Auch hier wird die Sprachpolitik mit (fremd-)bestimmten Inhalten verknüpft. Andere Denkformen und andere Ausbildungsformen neben der Schule finden keine Berücksichtigung.

6 In seinem in Kenia veröffentlichten Buch Kiswahili – Past, Present and Future Horizons (Nairobi University Press, 1998) fordert Rocha Chimerah, Kiswahili als Amtssprache der OAU einzuführen. Seine Begründung, »die Afrikaner (seien sonst) dazu verdammt, sprachlich für immer kulturell dominiert zu werden«, verkennt, dass der von ihm gesetzte panafrikanische Grundkonsens als Essenz des Kiswahili konstruiert ist und Herrschaft und Willkür nicht per se verhindern kann.

▶ **Martina Backes** ist Mitarbeiterin im iz3w.



Foto: G.A.F.F. / H. Frankenfeld

Puristisch gegen Pidgin

▶ Im Mittelpunkt des sprachpolitischen Streits in vielen post-kolonialen Staaten steht nicht nur die Wahl zwischen kolonialen Herrschafts-, lokalen Widerstandssprachen oder einer regionalen Lingua Franca wie dem Kiswahili. Einen zusätzlichen Konflikt löste die Frage aus, welche Form des Englischen, Portugiesischen oder Kiswahili den jeweiligen sprachpolitischen Zielen dienlich ist. Zwei Lager stehen sich gegenüber: Traditionalisten und Modernisten. Befürworten die einen eine statische, standardisierte Sprache, geht es den anderen um eine durchlässige, veränderbare Sprache bis hin zum Pidgin *(siehe Kasten S. 20)*. In der tansanischen Presse wurden in den 80ern Debatten zwischen puristisch-traditionalistischen VertreterInnen und jenen eines integrativen, sich ständig modellierenden Kiswahili ausgetragen. Die sprachliche Praxis in Tansania hat den Streit für ein offenes Sprachverständnis und gegen ein exklusives Besitzrecht der arabisch-muslimischen Küstenbevölkerung auf »ihr« Kiswahili entschieden. Seit Mitte der 90er Jahre benutzen islamistische Kräfte in Tansania ein traditionalistisches Sprachverständnis, um ihre religiös definierte Gemeinschaft, die aufgrund der christlichen Bildungsinhalte der Schulen bedroht sei, zusammenzuhalten. Allerdings hat die jahrelange und landesweite Kiswahili-Praxis ein Einfrieren und Isolieren des Kiswahili bzw. einzelner Kiswahili-Dialekte längst unmöglich gemacht. Anders in Kenia: Dort hat die Regierung die an arabischen Wörtern reichen Kiswahili-Dialekte Kimvita und Kiamu schon lange als Abgrenzungsmedium für die politisch unbequemen KüstenbewohnerInnen eingesetzt.

In Mosambik verknüpfte die an die Macht gelangte Befreiungsbewegung FRELIMO ein puristisches Verständnis der portugiesischen Herrschaftssprache mit ihrem sozialistischen Politikkonzept. Während Tansania mit der Umkehrung der kolonialen Sprachsituation das koloniale Trauma zumindest entschärfte, sollte die trotzige Wahl der Kolonialsprache durch die FRELIMO bereits Überwindung suggerieren. Da jedoch das Erlernen des Portugiesischen für die Landbevölkerung aus materiellen Gründen nicht möglich war, die Sprache aufgrund der Diskrepanz zwischen dem Verhalten der Elite-Funktionäre und den Erwartungen der Bevölkerung zunehmend auf Ablehnung stieß und die FRELIMO überdies ein statisches Sprachverständnis verfolgte, misslang die zwanghafte Durchsetzung des reinen Portugiesisch. Mit der antiemanzipatorischen und antiegalitären Realität in Mosambik und der Entfremdung der FRELIMO von den proklamierten Zielen scheiterte auch die Sprachpolitik, die den anfänglichen Idealismus symbolisiert hatte. Die gegen die FRELIMO kämpfende, von Südafrika gestützte prowestliche RENAMO bediente sich dagegen verschiedener Bantusprachen und eines Pidgin-Portugiesisch.



Foto: R. Maro / version

Die Sprache des Brotes

Frankophonie und Arabisierung in Algerien

In Algerien trat zuletzt im Sommer 1998 anlässlich des Nationalfeiertages zur Unabhängigkeit von Frankreich ein Gesetz zur Arabisierung der Verwaltungssprache, Medien und Bildungswesen in Kraft. Gegen diese staatliche Politik zur Förderung einer nationalen Identität wehrt sich ein Teil der frankophonen Elite. Die Minderheit der Berber besteht zusätzlich auf die offizielle Anerkennung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität. Damit setzen sich beide Gruppen immer wieder der Verfolgung durch Islamisten aus. Auch sie betrachten die Sprache als zentrales Element ihrer kulturellen, nationalen und sozialen Identität.

von **Ulrike Mengedoht**

► Die Rolle des Französischen in Algerien und die aktuellen Arabisierungsversuche sind nur vor dem Hintergrund des französischen Kolonialismus zu verstehen. Dessen Ziel bestand darin, seine politische und sozio-ökonomische Herrschaft über die algerische Bevölkerung auch sprachlich und kulturell zu untermauern. Die einheimischen Sprachen wurden als minderwertig betrachtet. Gestützt auf die Prinzipien der französischen Revolution und der daraus erwachsenden Forderung nach linguistischem Unitarismus, d.h. der Einheit von Staat, Nation und Sprache, sollten die Einheimischen als zukünftige Mitglieder der französischen Nation durch den Erwerb der französischen Kultur und Sprache »zivilisiert« werden.

In der Realität galt das Assimilationsprinzip hauptsächlich für eine kleine einheimische frankophone Elite, die ihren sozialen Aufstieg in einer ausschließlich in Französisch funktionierenden kolonialen Gesellschaft realisierte. Sie rekrutierte sich u.a. auch aus Kabylen, die zwei Drittel der berberischen Bevölkerung Algeriens ausmachen. Die Kolonialmacht versuchte durch die Förderung des Berbertums, Berber und Araber zu trennen und die Entstehung eines gemeinsamen nationalen Bewusstseins zu verhindern. So erfuhr die kabylische Bevölkerung insgesamt eine stärkere französische Bildung als die anderen Algerier. Diese erleichterte ihnen die Arbeitsmigration nach Frankreich. Bis heute ist die Mehrheit der Kabylen frankophon.

In dem Maße, in dem das moderne koloniale System in die traditionelle algerische Gesellschaft eindrang, wurde die arabische Sprache auf den traditionell-religiösen Bereich zurückgedrängt und Französisch als Sprache der Moderne und der Effizienz für alle Algerier unerlässlich. Die Sprache blieb dabei vor allem ein mündliches Phänomen, dass allerdings mit höchst unterschiedlicher Kompetenz gesprochen wurde. 1962 waren nur 8,9% der algerischen Bevölkerung in Französisch alphabetisiert. Die französische Sprache verkörperte die sog. »langue du pain«. Sie hatte somit einen utilitaristischen Aspekt und war als Sprache der Moderne begehrt, als Sprache des Kolonialismus symbolisierte sie Ablehnung. Diese Ambiguität haftet ihr teilweise bis heute an.

Als Gegenreaktion auf die 132 Jahre andauernde Kolonialherrschaft leitete der erste algerische Präsident, Ben Bella, 1962 eine neue Sprachpolitik ein. Der Islam und das Arabische waren im Befreiungskampf zu einem zentralen Element der nationalen Identifikation geworden.

Für die Islamisten ist Französisch ein Symbol der Abhängigkeit

Die Arabisierungspolitik hatte das Ziel, sich nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch kulturell und sprachlich vom ehemaligen Kolonisator zu emanzipieren. Dies war nicht von einem auf den anderen Tag möglich. Zudem war der Kontakt zur Moderne in Algerien über das Französische erfolgt, so dass Begriffe aus Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft und Verwaltung nicht ins Arabische übertragen wurden. Auch die im Regierungsprogramm festgelegte Industrialisierungspriorität und die hierfür notwendige Kooperation mit Frankreich machten die französische Sprache unentbehrlich. Es wurde somit in den ersten Jahren der algerischen Unabhängigkeit ein zweisprachiges System beibehalten.

Als zu Beginn der 80er Jahre die sozio-ökonomische Krise offen zutage trat, drohte der algerischen Führung der Verlust ihrer Modernisierungslegitimation. Um so mehr versuchte sie, ihre arabisch-islamische Identität zu betonen und forcierte die Arabisierungspolitik. Dies gefährdete die Positionen der frankophonen Elite. Während diese es jedoch nie offen gewagt hat, sich für die französische Sprache in Algerien einzusetzen, um nicht als Antinationalisten zu gelten, brachten die Berber, unter ihnen viele frankophone Kabylen, ihren Protest gegen die Arabisierung zum Ausdruck. Unter anderem forderten sie schon 1980 die offizielle Anerkennung und Förderung der berberischen Sprachen und Kulturen.

Besonders der über die Schulpolitik stark arabisierten algerischen Jugend gehen die staatlichen Programme nicht weit genug. Während das Schulsystem seit 1989 komplett arabisiert ist, bleibt Französisch im Sekundar- und universitären Bereich weiterhin Unterrichtssprache in Medizin, Technologie und Informatik. Die französische Sprache wird somit zu einem Selektionsinstrument, das sich in Algerien als elitäre Minderheitensprache verfestigt. Die überwiegend arabophonen Jugendlichen finden mit ihren Forderungen nach einer weitergehenden Arabisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens, von der sie sich bessere soziale Aufstiegsmöglichkeiten erhoffen, Unterstützung bei den Islamisten. Während sich die erfolgreichen frankophonen Schriftsteller offen zu ihrer Wahlsprache bekennen und sie als ein Instrument sehen, mit dem sie auch politische, religiöse und sexuelle Tabuthemen ansprechen können, werten die Islamisten die französische Sprache als Zeichen der Abhängigkeit vom ehemaligen Kolonisator.

Der Text ist die redaktionell gekürzte Fassung eines Aufsatzes der Autorin in: P. Chichon (Hg.), Sprachliches Erbe des Kolonialismus in Afrika und Lateinamerika, Wien 1996


Foto: R. Maro / version

Palaver kommt vor Entwicklung

Lokale Sprachen und Entwicklungspolitik in Afrika

von **Thomas Bearth**

Weniger noch als in Zeiten kolonialer Verwaltung wird im gängigen Entwicklungsdiskurs die Existenz der Vielzahl regionaler Sprachen in Afrika wahrgenommen. Ein Konzept aber, das auf die Partizipation der örtlichen Bevölkerung setzt, kann es sich nicht leisten an der sprachlichen Realität vorbeizugehen. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass diese Sprachen zum bloßen Transfer bereits vorgegebener entwicklungspolitischer Ziele instrumentalisiert werden.

► Ich beginne meine Überlegungen mit einem afrikanischen bzw. einem dem Toura im Westen der Elfenbeinküste entlehnten Sprichwort: *Um eine neue Matte zu flechten, setzt man sich auf eine alte.* Mein Mentor, der Dorfchef von Kpata, dem ich dieses Sprichwort verdanke, erzählte mir, wie er vor jetzt 102 Jahren als kleiner Junge durch den Spalt der verriegelten Hütte heimlich die Ankunft des ersten Weissen miterlebte. Da die Europäer Geister seien und der Umgang mit Geistern den Männern vorbehalten war, wurden Frauen und Kinder, genau wie beim Durchzug der großen Maske, deren Anblick Frauen bei Todesstrafe verboten war, in ihre Hütten eingeschlossen. Der Umgang mit dem Phänomen des Weißen konnte indessen durchaus auch sehr viel pragmatischer sein, etwa nur einen knappen Tagesfussmarsch von Kpata entfernt auf der anderen Seite der Berge, wo der örtliche »gwiline« – Vater des Krieges – zunächst unsicher war, wie er das mit einer Truppe Soldaten heranrückende bleiche Wesen einordnen sollte – als Geistwesen oder als Mensch. Dann aber, so die örtliche Kriegsberichterstattung, gab er seinem Bogenschützen und dem im Wechsel mit diesem operierenden Hinterladerschützen den Auftrag, dem ontologischen Status des unbekannten Wesens auf denkbar empirische Weise auf den Grund zu gehen – mit durchschlagendem und vorübergehend auch militärischem Erfolg.

Mit diesem Beispiel möchte ich eingangs zu bedenken geben, dass Afrika auf eine lange Erfahrung mit globalen Herausforderungen zurückblickt (als solche muss man das kolonial-imperialistische Unternehmen aus damaliger Perspektive wohl bezeichnen) und auf diese mit von Fall zu Fall unterschiedlichen und keineswegs immer voraussagbaren Strategien reagiert hat. Das Palaver nimmt dabei viel Raum ein, es ging der Wahl der Strategie im Umgang mit der damaligen Herausforderung voraus – ein örtlich geführter Entscheidungsprozess, den man als gerontokratisch-demokratisch bezeichnen kann. Dass der institutionelle Rahmen der eines reinen Männerparlamentes war, sollte uns bei einem kurzen Blick in den eigenen historischen Rückspiegel wohl nicht allzu sehr irritieren.

Afrika als »der« Krisenkontinent ist ein Dauerbrenner. Wie und nach welchen Gesetzen aber die afrikanischen Gesellschaften auf Krisen reagieren, scheint nicht zu interessieren. Nur in den seltensten Fällen wird ernsthaft versucht, das innerafrikanische Krisenmanagement als Resultat eines vielschichtigen, im Rahmen des jeweiligen sprachlich-sozialen Kontextes unterschiedlich geführten, aber in jedem Fall rational auf Kohärenz und meist auch auf Konsens zielenden Kommunikations- und Aushandlungsprozesses zu verstehen. Die plakative Indifferenz und gepflegte Ignoranz äußert sich – und findet zugleich ihre tiefste Rechtfertigung – in der Marginalisierung und Folklorisierung afrikanischer Sprachen, obwohl diese die institutionalisierte Form des lokalen Diskurses darstellen und Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung sowie der Aushandlung der kollektiven Mitbestimmung sind.

Importierte Ignoranz

► Dieser auch in afrikanischen Führungsschichten verbreitete Linguizismus (Diskriminierung aufgrund der Sprache) ist die unreflektierte Spätfolge einer erklärten Strategie der sprachlichen Entmündigung Afrikas. Die Vielzahl der Sprachen und ihr Status von nur gesprochenen »Dialekten« dienten hierbei als billiger Vorwand und pseudo-ökonomische Rechtfertigung. Mehr noch als das koloniale Schulsystem trug die frühpostkoloniale Entwicklungsideologie – Sein wie die Weißen – entscheidend dazu bei, die Geringschätzung der afrikanischen Sprachen als Symbol der eigenen Rückständigkeit nicht nur im Afrikabild des Nordens, sondern auch im Bewusstsein vieler Afrikaner so tief zu verankern, dass nun umgekehrt Bestrebungen, die auf eine Rehabilitation afrikanischer Sprachen zielen, reflexartig als neokolonialer Köder und als Lin-

guizismus unter umgekehrtem Vorzeichen wahrgenommen werden. Dabei wird auch von sonst hellen Köpfen die flagrante Verwechslung von Ursache und Wirkung gelehrig in Kauf genommen.

Diese Tradition findet ihre ungebrochene Fortsetzung im gängigen Entwicklungsdiskurs jeglicher Observanz. Dem als Faktum vorausgesetzten Entwicklungsrückstand und dem daraus folgenden angeblich besonders dringlichen Handlungsbedarf des Südens entspricht der ebenso wenig hinterfragte Wissensvorsprung des Nordens, dessen Vermittlung an die lokalen Akteure zum zentralen Problem der Entwicklungszusammenarbeit und der damit verbundenen Forschungskooperation geworden ist.

Ein mit globalen Kategorien operierender Entwicklungsdiskurs hat es, ob er nun klassisch-direktiv oder innovativ-partizipativ argumentiert, noch weniger nötig, sich um Details wie Sprachenvielfalt oder gar Lokalsprachen zu kümmern, als die koloniale und postkoloniale Verwaltung. Kommunikation erscheint da allenfalls als technologisches oder als organisatorisches Problem. Die komplexe sprachliche Realität Afrikas wird nicht einmal mehr, wie es noch in Reiseberichten aus der frühen Kolonialzeit der Fall war, als lästiges Kommunikationshindernis wahrgenommen. Die Existenz der aktenkundig rund zweitausend einheimischen Sprachen (nicht Dialekte!) wird insgesamt schlicht und einfach ignoriert. Ignoriert wird die Tatsache, dass die meisten dieser Sprachen in ungebrochener Vitalität mit den importierten Weltsprachen und deren afrikanisierten Derivaten auf dem Markt der kommunikativen Alltagsbedürfnisse konkurrieren. Ignoriert wird auch, dass die afrikanischen Sprachen für die große Bevölkerungsmehrheit das einzige oder zumindest das bevorzugte Medium der Rezeption innovativer Konzepte, der Aushandlung geltender Maßstäbe für individuelles und kollektives Handeln und der konkreten Entscheidungsfindung sind.

Die Antithese wäre, lokale Sprachen nicht mehr als Entwicklungshindernis, sondern als Grundlage von Entwicklung zu sehen. Setzt man dieses Konzept in das dominante Selbstverständnis der Nord-Süd-Kooperation seit dem Gipfel von Rio ein, das die Wechselwirkung zwischen Mikro- und Makroebene, lokaler und globaler Gesellschaft und ihrem Verhalten der Umwelt gegenüber ins Zentrum rückt, liegt es nahe, diesen Sprachen eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung globaler entwicklungspolitischer Postulate und bei der Kompensation des diesbezüglichen lokalen Wissensdefizits zuzuerkennen. Instrumentalisierung der Sprache zum Transfer des zur Einstimmung der Bevölkerungsmehrheit in vorgegebene globale Zielsetzungen notwendigen Minimalwissens – dies entspricht dann allerdings unter heutigen Vorzeichen haargenau der instrumentalisierenden Sicht, die das eingeschränkt positive Verhältnis gewisser Kolonialregierungen zu gewissen afrikanischen Sprachen in deren Augen rechtfertigte und für uns historisch verständlich macht.

Ein innovatives Entwicklungskonzept, das auf Partizipation der örtlichen Bevölkerung setzt, diese im vollen Umfang an Entscheidungsprozessen zu beteiligen sucht und traditionelles Wissen als Resonanz- und Nährboden nachhaltiger Veränderung sieht, kann es sich schon von diesen Voraussetzungen her nicht leisten, an der komplexen sprachlichen Realität der Projektbetroffenen vorbeizugehen. Es sind die afrikanischen Sprachen, in denen indigenes Wissen bis heute in kulturspezifischen Formen tradiert wird und ausserhalb derer für einen Großteil der Bevölkerung keine ernsthafte Möglichkeit zur aktiven Teilnahme am Diskurs über Entwicklung und Umwelt besteht. Unter diesen für eine zeitgemäße Konzeption der Entwicklungszusammenarbeit zentralen Gesichtspunkten stellen diese Sprachen nicht ein Hindernis, sondern eben die alte Matte dar, auf die man sich setzt, um eine neue zu flechten.

»Der Weiße wird unsere Sprache lernen und wir die seine«

Vom liguistischen Patt zu »fila«

▶ Absurd? Fast 70 Jahre später auf dem Dorfplatz von Kpata. Die Gespräche dort spiegeln frühpostkoloniale Aufbruchstimmung wider. Ein junger Mann aus dem Dorf sagt, wie er sich Entwicklung vorstellt: »Wir werden uns verstehen, der Weisse und wir. Das ist das Beste, das Wichtigste. Er wird unsere Sprache lernen und wir die seine. Wir werden gegenseitig 'das Innere unserer Worte hören'. Dann wird 'fila' – Veränderung zum Besseren – möglich sein. Und was heißt 'fila' konkret? Wir selbst werden zwar nicht mehr Französisch lernen, wir werden nicht mehr das Papier kennen lernen. Unsere Kinder werden zur Schule gehen und keineswegs sein wie die Weißen; nein, sie werden ihre ebenbürtigen Dialogpartner sein.«

Die Rückgängigmachung der kollektiven Entmündigung Afrikas wäre nach dieser Rede eines Analphabeten die Voraussetzung für wirklichen Fortschritt. Dazu würde ein Dialog gehören, zu dessen Ermöglichung eben nicht mehr in kolonialer Manier die afrikanische Seite allein den Preis zu bezahlen und nicht mehr allein die Anpassung an das Diktat der zugelassen Kommunikationsmittel zu leisten hätte – ein Postulat, das der Dekan der philosophischen Fakultät der Universität von Cocody (Abidjan), Seri Bailly, zum Hauptthema seiner Eröffnungsrede zum westafrikanischen Sprachkongress im Juli 1998 macht: Akkreditierung der Territorialsprachen als Voraussetzung einer Demokratie, in der der nationale Dialog nicht denjenigen 10-15 Prozent der Bevölkerung vorbehalten bleibt, die sich in der offiziellen Sprache kompetent ausdrücken können. Die Erfahrung, dass nur jene ein Recht haben, angehört zu werden, die die »richtige Sprache« beherrschen, hatte die Bevölkerung Kpatas in den 80er Jahren gemacht, als sie sich gegen die industrielle Entwaldung zur Wehr setzte. »Wir haben uns immer dagegen gewehrt, dass die Kapokbäume gefällt werden, aber es gab niemand, der uns zugehört oder uns gefragt hätte«, sagte mir kürzlich ein Pflanzer, als wir beiläufig auf jene immerhin für das Dorf und den Restwald nicht ganz erfolglos verlaufene Auseinandersetzung zu sprechen kamen.

Begeben wir uns vom dörflichen Mikrokosmos weg nochmals auf die Makroebene. Die Abkoppelung des Sozio-Kulturellen vom Ökonomischen wurde, nicht zuletzt von Wirtschaftsexperten selbst, als ein Hauptübel der Modernisierungstheorie diagnostiziert. Ich wage in Analogie dazu zu behaupten, dass die Abkoppelung der sozio-kulturellen und politischen Wirklichkeit von der sprachlichen keine bessere Diagnose wert ist. Man hat sich daran gewöhnt, Afrika ohne seine Sprachen zu sehen und zu denken, und vergisst dabei, dass man mit den Sprachen Afrikas seine Menschen eines Stücks ihrer Menschlichkeit und sich selber der Möglichkeit eines ernst zu nehmenden Dialogs beraubt, der auch mit einer kulturell und sprachstrukturell sensitiven Übersetzung nicht zu bekommen ist. Denn man kann zwar in allen Sprachen im Prinzip alles sagen, aber Sprachen sind in bezug auf die Sache, um die es geht, nicht beliebig austauschbar. Um hier noch einmal Seri Bailly zu paraphrasieren: Die offizielle Sprache ist für die Mehrheit der Bevölkerung die Sprache der Slogans, die afrikanischen Sprachen die der ernsthaften Aushandlung.

Gleichwohl versteht es sich dabei von selbst, dass die Einbeziehung regionaler Sprachen nicht anstelle von, sondern nur komplementär zu den weiterhin unverzichtbaren übergreifenden nationalen und internationalen Kommunikationsinstrumenten sinnvoll ist. Die sprachliche Kolonisierung Afrikas ist derjenige Aspekt der Kolonisation, der am wenigsten rückgängig zu machen ist, und den auch kaum jemand ernsthaft rückgängig machen möchte. Wir haben nicht mehr darüber zu befinden, ob in Afrika Englisch oder Französisch oder Portugiesisch oder diverse afrikanische Sprachen gesprochen werden sollen. Hingegen erscheint heute die Überwindung des seit mehr als einem Jahrhundert vorherrschenden linguistischen Patts zugunsten einer produktiven Symbiose aller Sprachen realisierbar.

▶ **Thomas Bearth** ist Titularprofessor für Allgemeine Sprachwissenschaft und Dozent für Afrikanistik an der Universität Zürich.

Globalisierte Apartheid

Rassismus und neokoloniale Strukturen im Fußball

von **Kurt Wachter**

Rassismus äußert sich auch im Fußball mal in seiner offen ausgrenzenden, mal in seiner integrierend multikulturellen Form. Galten afrikanische Sportler Anfang des Jahrhunderts in Europa noch als bereichernde »schwarze Perlen«, wurden sie Ende der 50er Jahre vom Spielbetrieb ausgeschlossen. Im globalisierten Fußballmarkt haben sich heute subtilere Formen der Diskriminierung durchgesetzt – ein Rassismus durch Betrug und Plünderei.

► Als Franz Beckenbauer im Januar, kurz vor Ankick des Afrika Cups 2000, eilig in die ghanaische Hauptstadt Accra reiste, wurde er nicht müde, die enorme Spielstärke der afrikanischen Kicker in Europa zu loben. Er ist sich dabei mit dem Bewunderer schwarzer Ballbeherrschung und ehemaligen deutschen Nationaltrainer Erich Ribbeck einig, der jüngst in einem Interview in DIE ZEIT äußerte, dass »Schwarze« den deutschen Fußballern natürlich überlegen seien: »Es ist wie beim Tanzen: Ein Farbiger hat einfach ganz andere Bewegungen drauf, das ist nicht nur eine Frage des Trainings. Man muss schon farbenblind sein, um die Realität nicht zu sehen.« Ribbeck vergaß nicht, die »Willenskraft« und die »Behauptungsfähigkeit« des deutschen Nationalteams dem farbigen Ballzauber entgegenzusetzen.

Vom Afrika-Cup sah Beckenbauer allerdings kein einziges Spiel, seine Mission bestand darin, beim Kongress des afrikanischen Kontinentalverbands CAF eine Weltmeisterschaft (WM) 2006 im vereinten Deutschland anzupreisen. Beckenbauer versprach eine »von A bis Z perfekt organisierte Veranstaltung« und spielte damit auf ein drohendes Sicherheitschaos in (Süd-)Afrika an. Ein halbes Jahr später in Zürich, unmittelbar nach dem dubiosen Zuspruch der WM 2006 an Deutschland, frohlockt Beckenbauer erneut mit perfekter Organisation. Dies sei schließlich eine Tugend, für die die Deutschen in aller Welt berühmt wären.

In Accra präsentierte sich Beckenbauer als ein Freund des afrikanischen Fußballs und schlug daher vor, die Afrikaner mögen doch eine WM 2006 in Deutschland unterstützen, Deutschland werde Afrika für 2010 helfend unter die Arme greifen. Der südafrikanische WM-Bewerbungschef und frühere ANC-Parlamentarier Danny Jordaan lehnte das wohlwollende Angebot ab: »Wir haben den Kolonialismus satt, und wir haben den Paternalismus der Europäer satt. Wir wollen die WM nicht aus Wohltätigkeit, sondern weil wir etwas vom Fußballbusiness und vom Fußball verstehen.«

Die 100jährige Fußballhegemonie des Mutterkontinents Europa gegenüber Afrika war vor der Abstimmung kurzfristig ins Wanken geraten. Doch das Argument des Universalismus des Fußballs hat bekanntlich das Exekutivkomitee des Weltfußballverbands (FIFA) nicht überzeugt. Und auch das wirtschaftliche Argument der Erschließung neuer Fußballmärkte, welches noch bei der Vergabe der WM 1994 und 2002 an die fußballerischen Entwicklungsländer USA bzw. Japan und Südkorea Gültigkeit besaß, hat nicht gefruchtet. Die nötige »Reife« wurde den Afrikanern nicht zugestanden.

In Soweto, aber auch anderswo, wurde die FIFA-Entscheidung der 24 alten Männer in Zürich durchweg mit dem herrschenden Rassismus erklärt. Und in der Tat sind die engen Fußballbeziehungen zwischen Europa und Afrika von Beginn an durch rassistische Ideologien und Bilder geprägt gewesen – mit einer nach wie vor ungleichen Machtverteilung.

Kolonialkicker im Mutterland

► Ziemlich genau 100 Jahre bevor die Migration fußballerischer Arbeitskraft in die europäischen Ligen verstärkt einsetzte, machte ein Ghanaer den Anfang: Arthur Wharton erhielt 1886 als Torwart einen Vertrag beim nordenglischen Fußballklub Preston North End, für viele damals das beste Team auf der Insel, und war damit der erste afrikanische Profifußballer überhaupt.

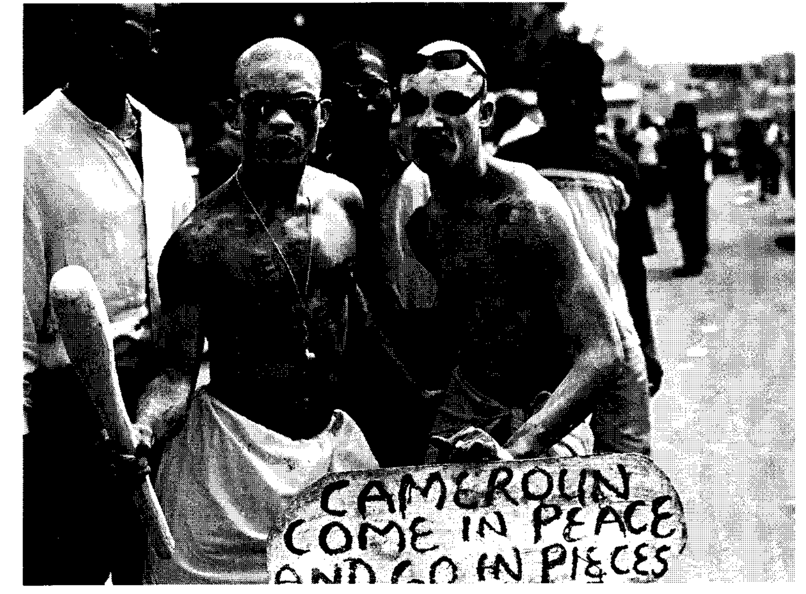
Arthur Wharton entstammte einer einflußreichen Methodistenfamilie aus Cape Coast und sollte sich in London eigentlich zum Missionar ausbilden lassen, doch er entschied sich für eine working class Sportkarriere. »Othello«, wie er von der lokalen Presse genannt wurde, sorgte nicht nur auf dem Fußballfeld für Furore, sondern spielte auch professionelles Cricket und gewann den nationalen Sprinttitel über die 100 Yard Distanz in einer Zeit von 10 Sekunden. Dieser Rekord wurde erst 37 Jahre später übertroffen. Wharton war der schwarze Sportstar des späten viktorianischen Englands. Trotzdem starb er als verarmter Kohlearbeiter und wurde ungeachtet seiner Erfolge in der britischen Sporthistorie vollkommen vergessen. Erst 1997 erhielt das Grab von Arthur Wharton auf Initiative des Projekts 'Football Unites, Racism Divides' einen Grabstein.

Der Historiker Phil Vasili sucht in seinem Buch »The First Black Footballer. Arthur Wharton 1865-1930« nach Ursachen für diese Geschichtsamnesie *(vgl. iz3w 219)*. Er zeigt, dass einerseits der superiore Rassismus unvereinbar mit der Anerkennung der Erfolge eines farbigen »colonials« war, andererseits war die soziale Klasse ein ebenso gewichtiger Grund: So wurde der aus Indien stammende Cricket-Star Ranjitsinhji, ein Zeitgenosse Whartons, zwar ebenfalls als »coloured« kategorisiert, aber aufgrund seines Upper Class-Umfelds in den Pantheon des Cricketsports aufgenommen. Zudem wurde Ranjitsinhji gemäß der damaligen rassistischen Kategorisierungen als weniger barbarisch und kulturell höher stehend als der Afrikaner Wharton eingestuft.

Die Entwicklung des modernen Fußballs auf dem afrikanischen Kontinent fällt zusammen mit der expansiven Phase des europäischen Imperialismus, welche mit dem »Scramble for Africa« anläßlich der Berliner Afrika Konferenz von 1884/85 seinen ersten Höhepunkt erfährt. In Ägypten bringt die britische Okkupation von 1882 den Ball ins Rollen, auch in Südafrika sind es die britischen Kolonisten, die den ersten Verein – Pietermaritzburg Country – ins Leben riefen. An der Goldküste, dem heutigen Ghana, kam es 1903 zur Gründung von Excelsior, dem ersten Fußballklub in Westafrika. Die elitären Studenten der Government School in der Hafenstadt Cape Coast lasen Spielberichte in alten Zeitungen und bekamen von Matrosen Fußbälle zur Verfügung gestellt.

Das »Mutterland« des Fußballs war zu jener Zeit die globale Supermacht. Fußball diente als weiterer Beweis für die physische und vor allem kulturelle Superiorität. Der auf

den Schriften von Gobineau und Robert Fox errichtete »wissenschaftliche« Rassismus lieferte die ideologische Unterfütterung der imperialen Besitznahme. Die Weltbevölkerung wurde in verschiedene »Rassen« unterteilt, die sich in Puncto intellektueller und kultureller Reife unterschieden. Die weiße »Rasse« stand selbstredend an der Spitze der menschlichen Entwicklung. »Schwarze Rassen« konnten sich zwar weiterentwickeln, aber aufgrund ihrer natürlichen Inferiorität nie den europäischen Zivilisationsstand erreichen. Und die britischen Imperialisten sahen ihre moralische Bestimmung darin, als Beschützter ihrer schwarzen, kindähnlichen Subjekte zu agieren.



Keine guten Verteidiger? Foto: K. Wachter

Kondition für den Geist

▶ Über Erziehung und Sport sollten die kolonialen Subjekte wenigstens im Rahmen ihrer Möglichkeiten »zivilisiert« werden. Fußball sollte nicht nur den Körper formen, sondern vor allem den Geist konditionieren. Zentrale Elemente des Spiels, wie die Verinnerlichung der kollektiven Unterordnung unter eine Autorität, das Spielen nach festgefügten Regeln und die Entwicklung von Teamgeist, entsprachen tiefverwurzelten viktorianischen kulturellen Werten. Diese angelsächsischen Ideologeme glaubte man besser durch praktizierenden Sport als über Lehrbücher zu verankern. Die Teilnahme am Wettkampfsport Fußball sollte überdies ein pan-imperiales kulturelles Bindeglied zwischen den verschiedenen Klassen und »Rassen« herstellen. Über die so erreichte Konstruktion einer gemeinsamen Identität, eines esprit de corps der Kolonisierten mit den Kolonisatoren, ließ sich die ökonomische und politische Ausbeutung noch besser bewerkstelligen. Dieser imperiale Sportsgeist konnte zudem vom Fußballfeld auf das Schlachtfeld oder in die Arbeitsstätten übertragen werden. Es ging nicht so sehr darum, dass gespielt wurde, sondern wie. Der Wert des Spiels lag für die britischen Kolonialherren also im kulturellen Symbolwert des Ereignisses selbst. Noch heute existiert in den ehemaligen britischen Kolonien keine Schule ohne Fußballplatz. Ein Erbe des kolonialen Kulurimperialismus ist auch, dass Fußball heute in allen 52 afrikanischen Ländern Sportart Nummer eins ist.

Unter dem Einfluss des »wissenschaftlichen« Rassismus entstand zudem der Mythos, wonach Schwarze – aufgrund ihrer Nähe zum animalischen Ursprung – durchaus sportlich talentiert wären, aber zu unbeständig seien und ohne die taktische Voraussicht und Überlegenheit der Weißen nicht erfolgreich sein könnten. Mit dem Vorurteil, dass »Schwarze« keine guten Verteidiger und generell verletzungsanfälliger als »Weiße« seien, hatten schwarze Fußballer in England noch bis in die 1980er Jahre massiv zu kämpfen.

Das elitäre und anglo-sächsisch kodierte Spiel wurde allmählich »afrikanisiert« und entwickelte sich – wie im Europa der 1920er Jahre – zum Spektakel urbaner Unterschichten. Und auch die Aneignung und Redefinierung der Wertigkeiten des ursprünglich englischen Spiels durch die Afrikaner ließ nicht lange auf sich warten. So war die Phase bis nach dem 2. Weltkrieg davon geprägt, die Kontrolle der Europäer auch in der Organisation von Fußball abzuschütteln. In einigen Fällen bekam diese Auseinandersetzung explizit anti-kolonialen Charakter: Nachdem sich 1936 im französischen Kongo-Brazzaville der Afrikaner Makossa ein Bein gebrochen hatte und daran verstarb, verordnete die koloniale Sportadministration, dass Einheimische in Zukunft nur mehr barfuß spielen dürften. Die Begründung dafür: Schuhe würden afrikanische Spieler dazu ermutigen, ihr Können mit Brutalität zu ersetzen. In der Folge verweigerten afrikanische Fußballer die Teilnahme an Wettbewerben der französischen Sportadministration, was zu deren Auflösung zwei Jahre später führte.

»Man muß schon farbenblind sein, um die Realität nicht zu sehen« E. Ribbeck

Exklusive »schwarze Perlen«

▶ Die Interdependenzen zwischen Europa und dem afrikanischen Fußball begannen sich während der zwanziger Jahre zu verdichten. Europa importierte Arbeitskräfte aus den Kolonialgebieten, unter ihnen eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Fußballern, die sich großteils französische Clubs aus den lokalen Ligen in Afrika aussuchten. Olympique Marseille (OM) nahm dabei eine Vorreiterrolle ein. Die Afrikaner versprachen eine publikumswirksame technische Note ins Spiel zu bringen. Zwei, dreimal pro Jahr fand eine wahrhafte »Expedition« statt. Aus den maghrebinischen Städten Bel Abbès, Casablanca oder auch Oran kamen die Vorväter der heutigen Talentescouts nie mit leeren Händen zurück.

1938 kam der großartige Techniker Larbi Ben Barek aus dem kolonial besetzten Casablanca nach Marseille. Seine Vertragsunterzeichung wurde im Rahmen eines großen Festes zelebriert. Anerkennend, aber deswegen nicht weniger rassifizierend, bekam der spektakulär auf dem Feld agierende Spieler die Bezeichnung »schwarze Perle« verliehen. Ben Barek, der sieben Jahre in der Mannschaft von OM spielte, war nicht nur die Attraktion der Stadt, sondern er war auch der Star der französischen Nationalmannschaft bei der WM 1938 in Frankreich und wurde zu einem über die Landesgrenzen hinaus berühmten internationalen Star.

Doch mit den Unabhängigkeitsbestrebungen änderten sich die Verhältnisse für afrikanische Profis in Europa grundlegend. Die offene Konfrontation der nach Unabhän-

gigkeit strebenden Staaten Afrikas mit den europäischen Kolonialmächten wurde auch im Fußball nachhaltig spürbar. Im Jahr 1958 wurden im französischen Fußball die Kategorien »richtiger Nationalspieler« und »Ausländer« eingeführt. Aus den »schwarzen Perlen« des französischen Teams wurden fremde Konkurrenten, die es zu besiegen galt. Hintergrund dieser Entwicklung waren die an Stärke gewinnenden dekolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika, besonders der französisch-algerische Krieg.

Eine direkte Folge der Dekolonisierung war das Zustandekommen eines algerischen Nationalteams. Kurz vor der WM 1958 in Schweden wurden die Spieler Rachid Mekhloufi von AS St. Etienne und Mustapha Zitouni von OGC Nizza in das französische Team einberufen. Aus Protest gegen den französisch-algerischen Krieg verweigerten sie jedoch die Einberufung und formten ihrerseits eine algerische Auswahl. Durchaus im Sinne befreiungsnationalistischer Ambitionen verließen in der Folge alle prominenten algerischen Spieler ihre europäischen Klubs, um für diese legendäre algerische Auswahl zu spielen.

Exklusion der »Ausländer«

► Die Reaktion der Vereine blieb nicht lange aus, und bis zum Jahr 1962 führten alle europäischen Klubs Beschränkungen ein oder verzichteten gänzlich auf afrikanische Spieler. Offener Rassismus im Fußball ist spätestens ab diesen Jahren ein stetiger Begleiter der zunächst nur noch wenigen afrikanischen Spieler in Europa. Damit sind seit der Dekolonisierung die rassistischen Verhältnisse im europäischen Fußball gegenüber Afrikanern durch Ausgrenzung sowohl im Weltfußball als auch auf Klubebene, vertragliche Diskriminierung, Exotisierung und Gewalttätigkeiten in und außerhalb der Stadien gekennzeichnet.

Die Diskriminierung individueller Spieler fand auf globaler Ebene eine Entsprechung. Der erste Auftritt eines afrikanischen Teams bei einer Weltmeisterschaft fällt in das Jahr 1970, sieht man von der Teilnahme des britisch dominierten Ägyptens 1934 ab. Die FIFA brauchte also 40 Jahre, um Afrika einen einzigen Startplatz zu gewähren. Bei der WM 1974 amüsierte der sportliche Kurzauftritt der Zairer in Deutschland (0:9 gegen Jugoslawien und weitere Niederlagen gegen Schottland und Brasilien) die Journalisten. In der deutschen Presse sah man seine kruden Rassentheorien bestätigt: Afrikaner wären zwar fähig, lange Distanzen zu laufen, nur hätten sie nicht die leiseste Ahnung von Teamsport, und ihr Verständnis für Taktik und Disziplin würde dem von Wilden gleichen. Noch 1990 durfte ein deutscher Fernsehreporter dem Team von Kamerun »Nur Mut, ihr schwarzen Freunde« zurufen. Der paternalistische Exotismus war aber zu dieser Zeit aufgrund der starken internationalen Performance des afrikanischen Fußballs bereits im Abflauen begriffen.



Farbenblinde Fußball-Familie — Foto: K. Wachter

Die offenen Rassismusformen, also Ausgrenzung, Diskriminierung und rassistische Übergriffe im Stadion, sind mit dem afrikanischen Fußballboom und der verstärkten Einbindung Afrikas in einen globalisierten Fußballmarkt ab den 80er Jahren nicht wirklich verschwunden. Vielmehr bildeten sich neue, subtilere Formen der Diskriminierung heraus. Nicht mehr so sehr die offen rassistischen Übergriffe sind das Hauptproblem, sondern der »Rassismus durch Betrug und Plünderei« (Hédi Hamel im Pariser Magazin »Football Afrique«).

Heute ist Fußball in Europa ein großes Geschäft, und die Nachfrage nach erschwinglichem Humankapital steigt. Für die lokalen afrikanischen Klubs ist der Transfer ihrer jungen Talente oft die einzige Einnahmequelle. Hintergrund dieser Entwicklung sind die Erfolge der Nachwuchteams aus Nigeria und Ghana bei der seit 1985 stattfindenden Unter-17-WM. Die Auswüchse des Football Drains aus Afrika erinnern an eine modernisierte Form der präindustriellen Sklaverei. 15jährige Westafrikaner sind bereits ab 1000 Dollar zu haben. Die Verträge sichern den Agenten nicht selten 50 Prozent des zukünftigen Spielerlohns. Die meisten der Spieler enden aber nach wenigen Monaten als 'normale' Illegalisierte. In Belgien hat die Menschenrechtsorganisation »Sport en Vrijheid« allein in Flandern hunderte solcher Fälle dokumentiert. Der italienische Verband schätzt die Zahl der Unter-16jährigen Fußballer aus Nicht-EU-Ländern in den italienischen Amateurligen auf 5000, die Hälfte davon aus Westafrika und Marokko. 90 Prozent dieser Fußballmigranten-Kids bekommen keinen Vertrag und müssen sich schließlich als Tomatenpflücker oder Fensterputzer ohne Arbeitserlaubnis verdingen. Die von der FIFA 1994 eingeführte Lizensierung von Spielervermittlern hat wenig an der Situation geändert, im Gegenteil: Junge Spieler, die oft notgedrungen die Dienste von nicht lizensierten Agenten in Anspruch nehmen, sind von einer einjährigen Sperre bzw. von einer 50.000 Franken Buße bedroht.

Multikulturalität als globalisierte Apartheid

► Spätestens im globalisierten Fußballmarkt der 1990er Jahre bekommen afrikanische Teams und die »Legionäre« in den europäischen Ligen verstärkt die Rolle als Produzenten von multikulturellem Mehrwert zugewiesen. Afrikanischer Fußball ist mittlerweile kompatibel geworden mit postfordistischen Werten und bedient im saturierten Fußballbusiness die Sehnsucht nach Authentizität, Excitement und neuerdings auch Erfolg.

Zuletzt bei der WM in Frankreich wurde ein universalistischer Gestus von FIFA, Medien und Sponsoren massiv zur Schau gestellt. Afrikanischer Fußball wird dabei in einer postkolonialen und postrassistischen Variante als farbenfrohe Bereicherung eines von Vereinheitlichung bedrohten Metropolenfußballs präsentiert. Das Fortbestehen von kolonialen und kapitalistischen Machtverhältnissen in den Fußballbeziehungen zwischen Europa und den Ex-Kolonien wird im multikulturalistischen Pseudo-Universalismus aufgelöst.

Die Propaganda einer farbenblinden Fußballweltfamilie mit Afrika als neuem gleichberechtigtem Partner ist mit dem Beschiss an Südafrika bei der WM-Vergabe einmal mehr bloßgestellt worden. Südafrikas Präsident Thabo Mbeki nannte die Wahl der FIFA über die Vergabe der WM eine »Globalisierung von Apartheid«. Er stellt die zentrale Frage, wann Europa endlich akzeptiere, in Afrika nicht ein irrelevantes Anhängsel zu sehen, dessen zunehmende Marginalisierung man einfach in Kauf nimmt. Die (süd)afrikanische Bewerbung führte immer wieder den Beitrag ihrer Starkicker zum Aufbau der prosperierenden Fußballökonomie in Europa an und erklärte, dass endlich die Zeit gekommen sei, Afrika in diese globalisierte Ökonomie zu integrieren. Und zwar nicht nur als Lieferant von fußballerischem Rohstoff und multikulturellen Farbtupfer für die europäischen Ligen, sondern als gleichgestellten Teilhaber.

► **Kurt Wachter** arbeitet am Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit (VIDC) als Koordinator des EU-Sportprojekts »FairPlay. Viele Farben. Ein Spiel.«

Zwei Filme ägyptischer Regisseure sind derzeit in deutschen Programmkinos zu sehen. »Der Andere« vom Altmeister des ägyptischen Films, Youssef Chahine, der zuletzt mit »Das Schicksal« großen internationalen Erfolg hatte (s. iz3w Nr. 238), sowie demnächst »El Medina« von Youssri Nasrallah. Neben einer kurzen Besprechung beider Filme dokumentieren wir einen Essay von Edward Said, der sich – seinen arabischen Nationalismus nicht verbergend – mit der Rezeption moderner arabischer Kultur im Westen beschäftigt und »El Medina« als ein Beispiel für die Werke einer neuen Generation arabischer Kulturschaffender vorstellt. Überdies sprachen wir mit dem deutschen Verleiher von »Der Andere« und »El Medina« über die Problematik, sich auf dem hiesigen Markt mit Filmen für ein vergleichsweise kleines Publikum zu plazieren.



Bassem Samra in Nasrallahs »El Medina«

East goes West

Über arabische Kultur und ihre Rezeption

von **Edward W. Said**

► Seit ungefähr 50 Jahren gibt es in der arabischen Welt eine sehr lebhafte künstlerische Produktion. Neben dem zweifellos großen Romancier Nagib Mahfouz existiert ein weites Spektrum von Künstlern in Literatur, Theater, Tanz, Kino, Bildhauerei, Malerei und Musik. Es erscheint fast willkürlich, Namen zu nennen wie Taha Hussein, Um Kulthoum, Adonis, Youssef Chahine, Tayib Salih, Mahmoud Darwish, Mohamed Abdel-Wahab, Elias Khoury. Ihre Produktionen haben Millionen und Abermillionen Menschen in ihren Bann gezogen.

Dennoch haben die meisten gebildeten Araber das Gefühl, dass dieser große kulturelle Erfolg vom Rest der Welt – besonders dem Nordatlantik und der angelsächsischen Welt – nicht angemessen gewürdigt wird. Das gilt sogar für den überragenden Mahfouz, der weniger sorgfältig gelesen wird und über den nachlässiger und mit weniger Sachkenntnis geschrieben wird, als zum Beispiel über Garcia Marquez, Nabokov oder Chinua Achebe. Natürlich werden dabei meist nur englische Übersetzungen benutzt, von denen die meisten ungenau sind. Entscheidend ist jedoch, dass über Mahfouz geschrieben werden kann, ohne Kenntnisse von dessen Stil und dessen Millieu zu haben, weil man davon ausgeht, dass die arabische Kultur so ist und dergleichen nachlässige Behandlung verdient. Dafür gibt es viele Gründe: Zu ihnen zählt die kulturelle und religiöse Feindschaft zwischen dem Westen und den Arabern, die Geschichte des Orientalismus, das Israelproblem, das Fehlen jedweder ernsthaften Kulturpolitik in den arabischen Ländern, der bedauernswerte Zustand der Demokratie in der arabischen Welt und die erstaunliche gegenseitige Ignoranz zwischen den Kulturen.

Die Konsequenz daraus ist, dass arabische Literatur und Kultur wenig verstanden und gewürdigt wird. Angesichts der bedeutenden Werke, die wir als modernes Volk geschaffen haben, ist das nicht hinnehmbar. Und während es sehr gute Französische Übersetzungen von Derwisch oder Adonis gibt und eine ansehnliche Zahl von Romanen, die auch auf Spanisch und Deutsch verfügbar sind, gibt es von beiden keine einigermaßen vollständige und akzeptable englische Übersetzung. Andere bedeutende Schriftsteller sind beinahe unbekannt und die Filme von Youssef Chahine werden in den Kinos von London oder New York gewöhnlich nicht gezeigt. Stattdessen werden Araber entweder als Problem wahrgenommen oder auf Kandidaten für einen zweifelhaften »Friedensprozess« reduziert.

Viele moderne arabische KünstlerInnen werden im Westen ignoriert

Ich will hier aber auch etwas sehr viel Positiveres sagen: Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es dank einer neuen, wenn auch nicht sehr zahlreichen Generation von Künstlern, die mittlerweile über 40 sind, arabische Namen auf der internationalen Bühne. Was sie tun, tun sie als Künstler – genau wie ihre Kollegen im Westen und anderswo auf der Welt. Sie tun es mit der gleichen selbstkritischen Sicherheit und mit dem gleichen Stolz auf ihren Erfolg, denn ihre Arbeit wird als solche wahrgenommen und nicht als exotisches Produkt einer östlichen Gesellschaft, das sich aus dieser heraus erklären würde. Figuren wie Zaha Hadid, Mona Hatoum, Ahdaf Soueif – alles Frauen – werden als Architektinnen, Künstlerinnen, Schriftstellerinnen ohne irgendeine Zuordnung als international erstklassig anerkannt. Was die übersetzten Schriftsteller betrifft, haben Tayib Salih, Elias Khoury, Kanafani, Hanan El-Shaykh und Nawal El-Saadawi einen vergleichbaren, aber als Künstler, die in der arabischen Welt leben, doch etwas anderen Status. Ob das daran liegt, dass die drei oben genannten im Westen leben und dessen künstlerische Idiome und Sprachen benutzen, oder schlicht daran, dass sie auf einer neuen Ebene tätig sind, ist schwer zu entscheiden. Tatsache ist, dass sie prominente Mitglieder einer künstlerischen kulturellen Gemeinschaft sind, zu der die vorherige Generation der Araber keinen Zugang gehabt hat.

Dieser Generation gehört auch der ägyptische Regisseur Yousri Nasrallah an, der seinen ersten Wohnsitz noch in der arabischen Welt hat. Dennoch hat er in jüngster Zeit einen bedeutenden Status im angelsächsischen Westen erreicht. Sein neuer Film *El Medina* wurde vor kurzem im New Yorker Museum of Modern Art gezeigt und wird in den USA von einem großen Verleih vertrieben. Diese Indikatoren des Erfolgs sind natürlich viel weniger wichtig als der Film selbst, der von den notorisch unzufriedenen New Yorker Medien enthusiastisch gefeiert wurde. Zum einen macht *El Medina* keine Konzessionen an

»Der Andere« und »El Medina«

Die Filme »Der Andere« von Altmeister Youssef Chahine und »El Medina« (Die Stadt) von Youssri Nasrallah könnten unterschiedlicher nicht sein, obwohl beide unter anderem von der Liebe in den Zeiten der Globalisierung handeln. Präsentiert »Der Andere« die schwülstig-kitschig-plakative Geschichte von Romeo und Julia, die sich in Kairo nicht nur gegen Mütter und Klassendünkel, sondern ebenso gegen Korruption, Islamismus und neoliberalen Kapitalismus behaupten müssen, stellt »El Medina« die Frage nach den Fixpunkten individueller Identität von MetropolenbewohnerInnen in den Mittelpunkt – aktuelle ökonomische, politische und kulturelle Prozesse stehen dabei im Hintergrund.

»Das einzige, was vereint, ist die Liebe und nicht die Globalisierung«, sagt Chahine, der 1997 in Cannes mit einem Ehrenpreis ausgezeichnet und daraufhin bei seiner Rückkehr auf dem Kairoer Flughafen von tausenden Menschen empfangen wurde, wie sonst nur eine siegreiche Fußballnationalmannschaft. Allerdings dürfen in Ägypten nicht alle seine Filme gezeigt werden, und die, die zu sehen sind, finden ihr begrenztes Publikum nur gegen eine übermächtig scheinende Konkurrenz aus Hollywood. Die Form, in der sich allerdings »Der Andere« gegen die ökonomische und kulturelle Globalisierung wehrt, weist Züge des arabischen Unterlegenheitsgefühls gegenüber dem Westen auf und verfällt in ein allzu simples Gut-und-Böse-Schema. Die schrille, an Soap-Operas erinnernde Inszenierung des Films, in dessen Eingangsszene Edward Said über Globalisierung doziert, unterstreicht dies noch, ohne dabei zu ironisieren.

Ganz anders »El Medina«: Nicht große Gesten und klare Differenzen, sondern kleine Fluchten aus festen Regeln machen hier der Hauptfigur Ali das Großstadtleben in ärmlichen Vierteln von Kairo und Paris erträglich. Nur als Schauspieler fühlt Ali sich frei, nur dann kann er all die Grenzen, die nationale, kulturelle oder sexuelle Identität bestimmen und den Alltag dominieren, ihn selbst als Inszenierungen erkennen und sich distanzieren. Seine Reisen finden im Kopf statt. Der Film (s. den nebenstehenden Beitrag von E. Said) mag ob seiner Länge und ohne große Action nicht jedermanns Geschmack sein, auch sind viele kleine Anspielungen etwa auf ägyptische Verhältnisse oder (Über-)Vaterfiguren wohl vor allem Insidern zugänglich und die Frauenfiguren sind Nasrallah allzu klassisch geraten – die feine und feinsinnige Linienführung in der vielschichtigen Darstellung vom marginalisierten Leben in den Metropolen lässt den von Kritik und Publikum gefeierten Film jedoch zu einem Genuss werden, der sich vielleicht erst auf den zweiten Blick erschließt.

Jochen Müller (iz3w)

den Exotismus. Es ist kein Film, der Lokalkolorit bietet, und es ist keiner über spezielle arabisch-ägyptische Nöte. Er kann auch nicht mittels sozio-ökonomischer oder ethnographischer Begrifflichkeiten unter Bezugnahme auf Globalisierung und Dritte Welt erklärt werden. All diese Elemente sind in der Geschichte eines jungen ägyptischen Mannes aus der unteren Mittelschicht, der Schauspieler werden will, durchaus vorhanden – die Sprache, die Bilder und die Erzählweise des Films sind eindeutig ägyptisch – aber sein ästhetisches Niveau verfolgt einen erheblich weiterreichenden Anspruch. Der Reiz des Films liegt im Filmischen selbst. Um ihn zu verstehen, sind keine kulturellen Erörterungen notwendig, die ihn in gewisser Weise entschuldigen oder mit einem speziellen Code erklären würden.

Nasrallah macht keine Zugeständnisse an den Exotismus

Nasrallahs Held Ali wird von dem jungen Bassem Samra hervorragend gespielt. Er wohnt im Kairoer Stadtteil Rod al Farag, arbeitet in einer staatlichen Metzgerei und will Kairo in Richtung Paris verlassen, wo er von einer Karriere als Schauspieler träumt. Damit macht Nasrallah Anleihen bei Chahines Filmen über Alexandria – aber seine Geschichte ist gnadenlos unsentimental. Es geht ihm um das Leben in der Stadt, die niemand verlassen kann, sondern überallhin mit sich trägt. Es geht auch um Beziehungen zwischen jungen Leuten, die einschränkend und bereichernd zugleich sind. Der ganze Mittelteil des Films zeigt Ali in Paris nicht als Schauspieler, sondern als Boxer, der manipulierte Kämpfe austrägt. Er wird Teil einer Gruppe illegaler arabischer – vorwiegend palästinensischer – ImmigrantInnen in Paris und teilt die Erbärmlichkeit ihres Lebens und ihre ruhelose Existenz, ständig auf der Suche nach Arbeit und legalen Aufenthaltspapieren. Nach einem Unfall, bei dem Ali vermutlich – der Film bleibt hier in brillanter Weise zweideutig – sein Gedächtnis verloren hat, lebt er auf der Straße, sein Manager stiehlt ihm Pass und Flugticket, und er geht eine unvollkommene Beziehung ein, die abrupt endet.

Die Kraft des Films liegt zum Teil darin, dass seine Reflexionen über Identität – Schauspielerei, Authentizität, Geschlechterrollen und Sexualität – komplex, aber niemals irreführend oder unehrlich, niemals prüde oder ausweichend sind. Es ist ein Film über Beziehungen zwischen Männern – teils homoerotisch, teils nicht. Und all diese Dimensionen sind mit großer Kunstfertigkeit mit der Frage verwoben, wo in einer globalisierten und unsicheren Welt man sich befindet, wo man sein könnte und wie. Die Metapher der Schauspielerei trägt von alledem die Last, so dass Nasrallah den nach Kairo zurückgekehrten Ali in einer letzten Szene zeigt, die sich schließlich wie bei Trauffauts Schluss von »Die Amerikanische Nacht« als eine Filmszene im Film entpuppt.

Dabei vermeidet *El Medina* durchaus nicht schwierige und komplexe politische Fragen. Diese sind aber eher als Teil seiner ästhetischen Struktur integriert. Mit Sorgfalt geht Nasrallah mit den Nebenaspekten von Alis Geschichte um: die wechselhafte Liebesaffäre mit einer Nachbarstochter, die vielschichtigen Beziehungen mit seiner Clique oder die Anspielungen auf Aspekte des zeitgenössischen arabischen Lebens, von der Arbeit in den Golfstaaten zur Mühsal unter Arafats Regierung. Der Film ist trotz seiner Länge straff, mit klarer Regie und ohne überflüssig beigemischte Rührszenen oder Lokalkolorit.

Nach der Vorführung im Museum of Modern Art teilte Nasrallah mit, dass der Film bisher nur einmal auf dem Filmfestival in Alexandria gezeigt wurde und es nicht vorgesehen sei, ihn in kommerziellen Kinos in Ägypten zu zeigen. Dies ist bedauerlich und allein auf das Fehlen jeglicher Regierungspolitik zurückzuführen, die ägyptische Filme vor der Raublust amerikanischer Verleihfirmen und der Gier städtischer Kinobesitzer schützen könnte, die nur importierte Blockbuster-Filme für den Massenmarkt zeigen wollen. Damit kommen wir zurück auf das Feld der Kulturpolitik, zur Ausbreitung von Kultur als Mittel zur Verfolgung politischer Ziele – eine Technik die unsere Gegner im Westen perfektioniert haben. Wir haben nie den Wert begriffen, der uns als Volk und unserer Kultur gegeben ist. Stattdessen haben wir als Hinterlassenschaft des Kolonialismus standhaft unser Vertrauen in den weißen Herren oder in Mittelsmänner gesetzt. Deswegen finden Filme wie der von Nasrallah ihr Publikum außerhalb der Arabischen Welt und werden dort eher berühmt als Zuhause, wo Zynismus und selbstgerechte Angeberei an der Tagesordnung sind. Dass Werke wie *El Medina* oder die von Hatoum, Hadid und Soueif die Bedeutung erlangen, die sie heute haben, zeigt nur, wie sie sich befreit und schließlich die entwürdigenden Hindernisse hinter sich gelassen haben, die ihnen Zuhause in den Weg gelegt werden.

► **Edward W. Said** stammt aus Jerusalem, lebte seit 1948 in Kairo, dann in den USA. Er ist Professor an der Columbia Universität in New York. Bekannt wurde Said als Kulturkritiker *(Kultur und Imperialismus, s. iz3w 206)* und als eine der Gründungsgestalten der Postcolonial Studies *(iz3w 223/224)*. Berühmt wurde er 1978 mit dem Buch »Orientalismus« – einer Abrechnung mit westlichen Wahrnehmungen von »orientalischen« Gesellschaften. Der redaktionell gekürzte Text erschien zuerst in der Kairoer Wochenzeitschrift Al Ahram Weekly vom 4.5.2000. *(Übersetzung aus dem Englischen: Christian Neven)*



Youssef Chahine bei den Dreharbeiten zu »Der Andere« in Kairo

»Uns bleiben die Brocken«

Gespräch mit Ludwig Amman von Kool-Filmdistribution

► **iz3w:** *Die Kool-Filmdistribution ist ein kleines Unternehmen. Ihr nennt Euch »Verleih für ungewöhnliche Filme. Engagiert und ästhetisch«. Zu den Filmen, die Ihr in Deutschland vertreibt, zählen viele Produktionen aus dem Süden. Nun beklagt Edward Said, dass in den Kinos des Nordens nur selten Produktionen aus dem Süden und insbesondere der arabischen Welt zu sehen sind...*

► Ludwig Amman: Said hat recht. Arabische Filme kommen hierzulande so gut wie nie ins Kino. Indische, schwarzafrikanische und andere ebenso wenig. Wobei die Präsenz verschieden sein kann: In Frankreich ist der arabische Film sehr präsent. Youssef Chahines *Das Schicksal* sahen hier über 700.000 Zuschauer. Kein Wunder in einem Land, in dem ein Zehntel der Bevölkerung arabischer Herkunft ist! Ansonsten kommen Filme aus dem Süden nur für's Kunstfilm-Publikum in Frage. Außerdem unterstützt die Filmförderpolitik der EU gezielt europäisches Kino. Wer als Verleiher einen griechischen Film herausbringt, hat zumindest die Chance, in hohem Umfang subventioniert zu werden – besonders bei der teuren Synchronisation. Das macht Nicht-EU-Filme unattraktiv. Drittens spielen natürlich die Erwartungen des Publikums und die kulturelle Kompatibilität eine Rolle. Manche fernen Filmländer schaffen es ja ins europäische Arthaus – Japan schon früh – und jetzt, mit Preisen überhäuft, Iran. Der Film aus der Ferne soll einerseits an vertraute Ästhetiken und Diskurse anknüpfen und andererseits exotistische Sehnsüchte befriedigen. Dabei sollte aber nicht vergessen werden: Es gibt immer regionale Filmproduktionen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt einfach besser, schöpferischer, origineller sind als die anderen; so vermutlich das postrevolutionäre Kino aus Iran. Und es gibt immer herausragende Einzelwerke, die mangels Masse nur schwer zu vermarkten sind: Erst eine Phalanx von herausragenden Filmen könnte das Label »Arabisches Qualitätskino« etablieren.

Wie kommt ihr denn gegen die Konkurrenz der großen Verleiher zu Euren Filmen?

► Wir sehen den Film auf einem Festival. Wir sind begeistert. Wir fragen uns, wer sonst begeistert sein könnte. Sind es viele – sagen wir: über 50.000 mögliche Zuschauer – brauchen wir beim Weltvertrieb gar nicht erst anzufragen, die Konkurrenz bietet mehr. Also bleiben uns nur die schwierigen Brocken: So wie *El Medina,* das Werk eines in Deutschland unbekannten Ägypters. Oder *Love me,* der neue Film von Laetitia Masson mit Sandrine Kiberlain. Das sind zwar Stars, aber das Publikum und selbst Teile der Kritik waren verstört. Dann bieten wir: Kaum Mindestgarantie, dafür liebevolle Herausbringung in ein bis fünf untertitelten Kopien mit Trailern, Plakat, Flyern, Presseheft, Dias und Werberatschlag. Das geht ins Geld, unter 40.000 DM ist das kaum zu haben. Der Weltvertrieb und erst recht der Produzent hoffen natürlich auf ein besseres Angebot. Wenn niemand den Film haben will, ist das unsere Chance.

Und schafft es ein Streifen dann doch mal in die lukrativeren großen Kinos?

► In die Multiplexe: Nein, dort spielt ein völlig anderes Kino. In die großen Arthäuser: Durchaus, wenn der Film das gewisse Etwas hat, von dem sich die Programmierer etwas versprechen. Das kann dennoch schief gehen, wie bei unserem zweiten Versuch mit Chahine: Niemand wollte *Der Andere* sehen. Jetzt wissen wir, dass die Leute ins *Schicksal* rannten, weil sie einen Film über das Thema Fundamentalismus sehen wollten. Keinen Chahine, keinen ägyptischen Film, nein, einen Film zu diesem bestimmten Thema, der – das nahmen sie eben in Kauf – aus Ägypten kam.

Besteht für Euch die Möglichkeit, Filme auch ans Fernsehen zu verkaufen?

► Wir haben es versucht und früher war das ZDF auch einmal stolz darauf, Chahine fürs deutsche Fernsehen entdeckt zu haben. Beim *Schicksal* haben sie dann abgewinkt: Auf gar keinen Fall, man habe doch die Reihe 'Der besondere Film' abgeschafft, wo solle der Film denn nun gezeigt werden? Filme aus dem Süden versprechen einfach keine Quote.

Die Fragen an Ludwig Amman stellte Jochen Müller (iz3w).



► *Der Beitrag ist der* ***Jugendbroschüre »FernWeh«*** *entnommen, die gerade vom Projekt* ***FernWeh im iz3w*** *veröffentlicht wurde. In der Broschüre werden Auswirkungen des Tourismus in die Dritte Welt auf Politik, Wirtschaft, Kultur und Ökologie jugendspezifisch behandelt. Weitere Informationen über die Broschüre finden sich im beigehefteten Einleger in der Heftmitte.*

Fun forever?

Die Dritte Welt als Spielwiese für »Abenteurer«

von **Steffen Schülein**

► »Noch mit schwerem Kopf (waren es doch gestern mit den netten Mädels wieder ein paar Bier zuviel) quäle ich mich zur Lunch-Bar, hole mir ein paar Sandwichs und steige in den Bus. An der Schlucht angekommen, checke ich kurz meine Ausrüstung. Mein Träger kommt und sagt mir, dass mein Boot unten am Einstieg für mich bereit liegt. Ich beeile mich, um vor den Rafts noch mit meinem Kajak in den Wellen zu surfen. Ich genieße das warme Wasser und tüftle an einem neuen Move. An Rapid N° 5 'Stairway to heaven' muss ich einige Kunden aus dem Wasser fischen. Ansonsten gibt es keine Probleme und ich genieße Wildwasser pur. Am Ausstieg angekommen, bin ich froh, mein Boot dem Träger zu überlassen. Es ist heiß, der Aufstieg aus der Schlucht anstrengend. Ich beeile mich trotzdem, denn mein Durst ist groß. Ich gehe zum Buffet und schwatze nach dem Essen noch mit einigen anderen Guides, bevor wir abends die Bars unsicher machen.«

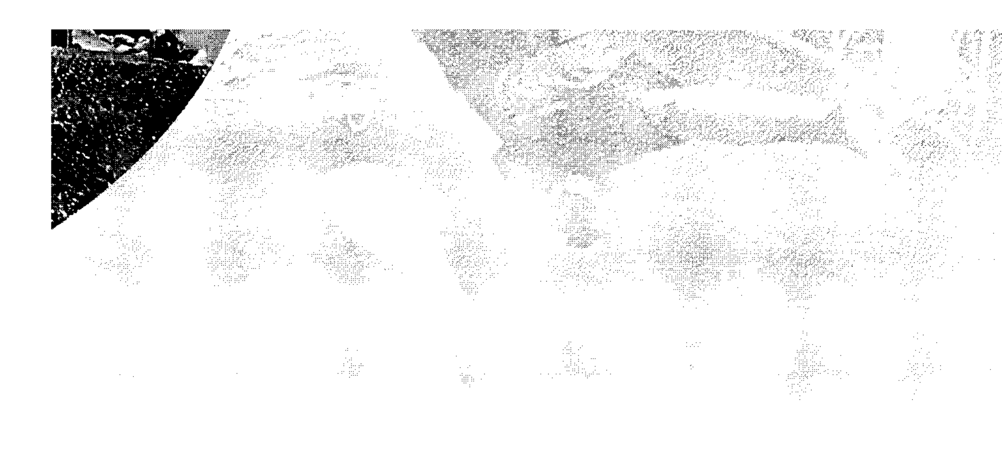
So beschreibt Nico Chassing, französischer Safety-Kayaker seinen Tagesablauf am Zambezi. Unterhalb der Victoria Fälle zwischen Zambia und Zimbabwe gelegen, ist der Zambezi das neue Mekka der Kajak- und Schlauchbootfahrer. Perfekt für alle, denen der Grand-Canyon des Colorado zu teuer, die Wartezeiten zu lang und die strengen Vorschriften zu ätzend sind.

Intakte Natur ist für den Adrenalin-Kick keine Voraussetzung

Ziele in der Dritten Welt eignen sich perfekt als Spielwiese für freiheitsliebende Traveller. Alles steht quasi zur freien Verfügung. Nico fühlt sich als König in »Afrika, dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten«. Fun ist angesagt. Rafting steht als touristisches Freizeitvergnügen hoch im Kurs. In Europa geht der Trend zum Betriebsausflug im Schlauchboot, in Ländern der Dritten Welt wird das Geschäft mit den Rucksacktouristen gemacht.

Dabei ist Rafting in der Dritten Welt nicht unbedingt billig. Die gleichen Traveller, die beim Feilschen mit den Einheimischen jeden Pfennig umdrehen, greifen für ein paar Spritzer Zambezi-Flusswasser tief in die Tasche. Die gutbezahlten Guides sind zum großen Teil Europäer, Amerikaner oder Australier, in seltenen Fällen Einheimische mit Fremdsprachenkenntnissen. Die schlechtbezahlten und körperlich anstrengenden Jobs bleiben der lokalen Bevölkerung überlassen.

Durch das große Einkommensgefälle kann sich jeder Rucksacktourist Träger und sonstige Dienstboten leisten. Das Diener-Herr-Verhältnis aus kolonialen Zeiten lebt so, getarnt durch eine moderne Abenteuerkulisse, in neuer Form wieder auf. Dabei lebt die Spaßfraktion unbekümmert und unkritisch



gegenüber den gesellschaftlichen Bedingungen vor Ort in den Tag hinein.

Rafting ist In. Wer in der Dritten Welt eine Rafting-Tour gemacht hat, ist zu Hause der Held. Starkes authentisches Erlebnis, gute Stories und Fun ohne Ende werden den Rafting-AbsolventInnen unbesehen geglaubt. Was hat es damit auf sich? Rafting spielt mit der Gefahr zu ertrinken, mit der Ohnmacht gegenüber der Kraft der Wassermassen. Der Nervenkitzel gibt in Kombination mit der physischen Aktivität die Illusion einer aktiven Gefahrenbewältigung.

Das Erlebnis-Marketing geht weit über die Flussbefahrung hinaus

Die Aufgabe des Raft-Guides ist es, dieses Erleben auszureizen. Mit Geschichten über die Gefahren des Flusses, über tödliche Unfälle oder Verletzungen wird die Konzentration der Kunden geschärft und die sekundenschnelle Gehorsamkeit gegenüber den Befehlen des Raftguides aktiviert. So wird die Illusion einer unmittelbar drohenden Gefahr erzeut, um den Kunden den Adrenalin-Kick zu besorgen. Der Verkauf von Erlebnissen geht dabei weit über die Flussbefahrung hinaus. Inzwischen wird mit Videos gearbeitet, die, blitzschnell geschnitten, in den Traveller-Bars gezeigt und verkauft werden. Auf riesigen Leinwänden kann sich jeder Rafting-Kunde noch einmal im Kampf mit dem wilden Element bestaunen. Das wirkt!

Der vielgerühmte Kick ist aber nicht die einzige Motivation. Organisierte Funsport-Trips sind eine Gelegenheit, die Verantwortung für das Gelingen des Urlaubs in die Hände der Organisatoren zu geben und sich dem individuellen Entscheidungszwang beim Reisen auf eigene Faust zu entziehen. Der kleine Pauschalurlaub für Individualtouristen: Kein Feilschen, keine Hotels, kein Diebstahl zu befürchten.... Die Befahrung des Flusses weckt als reelle Aufgabe das Gefühl von Nützlichkeit. Ihre Bewältigung gibt ein konkretes Ziel vor. Außerdem kann das vom Überfluss an Reizen abgestumpfte Traveller-Hirn durch das Springen auf ein neues Erlebnis-Niveau wieder angeregt werden.

Rafting und andere Aktivitäten des Abenteuer-Naturtourismus (wie Trekking, Free-Climbing oder Para-Gliding) versprechen den Ausbruch aus dem Reisealltag. Bestärkt wird diese Hoffnung dadurch, dass die Aktivitäten in wenig eroberten Räumen stattfinden, wo die Natur (inklusive der wenigen Bewohner) als ursprünglich gilt. So wertet die Umgebung das Abenteuer zwar auf, wenn eine Schlucht besonders tief, ein Berg besonders abgelegen und schwer zugänglich ist. Das Naturerlebnis ist dennoch zweitrangig. Der Raftingreisende nimmt nur den Ausschnitt wahr, der einer Steigerung des erträumten Kicks dienlich ist. Der Rest wird ausgeblendet – Müll, Lärmverschmutzung, zertrampelte Ufer spielen keine Rolle. Eine intakte Natur ist für den Adrenalin-Kick keine notwendige Voraussetzung.

Die etwas abseits lebende Bevölkerung profitiert oft überhaupt nicht vom Abenteuer-Tourismus. Im Gegenteil. Am Inka-Trail nach Machu Pichu (Peru) beschweren sich die Dorfbewohner, dass sie »jugo de gringo« (Gringo Saft) trinken müssen, seitdem die Touristen das Wasser durch Waschmittel, Duschgels, Sonnencremes und Fäkalien verunreinigen. Nicht selten toben die Adventure-Fans in Gebieten von hoher kultureller Bedeutung für die lokale Bevölkerung. So bei einer Raftingtour in der Schlucht des Apurimac in der Nähe der Backpacker-Hochburg Cuzco in Peru. Die Einheimischen werden nicht gefragt, was sie davon halten, wenn johlende und kreischende Horden von Rucksacktouristen auf Schlauchbooten durch den für sie heiligen Ort treiben (Apu ist auf Quechua ein gottesähnlicher Berggeist).

Für die Bewohner bleiben verschmutztes Wasser, Müllberge und durch Scheißhaufen verminte Ufer-Camps. Die Idee Rafting sei ökologisch, da die Fahrt auf dem Wasser keine Spuren hinterlasse, ist einfältig. Rafting-Touristen machen Lärm, stören die Tierwelt, verbrauchen Feuerholz. Dass es ökologisch schädlichere Aktivitäten gibt, muss fairerweise eingeräumt werden. Da es sich bei diesen bislang relativ ungestörten Gebieten aber häufig um sehr sensible Ökosysteme handelt, ist eine Schädigung unvermeidlich.

Mit steigender Touristenzahl und wachsendem Komfortbedürfnis können die ökologischen Konsequenzen des Abenteuer-Natur-Tourismus die Lebensbedingungen der Einheimischen stark beeinträchtigen. Der Versuch, die negativen Folgen zu begrenzen, führt zu den strengen Auflagen, die z.B. in den USA existieren. Genau diese Reglementierung will der Rucksack-Tourist auf der Suche nach Freiheit, Ursprünglichkeit und Abgrenzung gerne vermeiden.

Das Gefühl, wenn schon nicht der erste Mensch am Ort zu sein, so doch zumindest zu den Pionieren des Extremen zu gehören, verspricht das 'Anders-Sein' als die vielen anderen Touristen. Die Jagd nach dieser Illusion hetzt unzählige 'Pioniere' in die »abgelegensten« Winkel der Erde. Nur um dann festzustellen, dass alle das gleiche Ziel haben und längst schon da sind oder zumindest dahin unterwegs.

▸ **Steffen Schülein**, Zivildienstleistender, hat mehrere Monate als Raft-Guide in Peru gearbeitet.

A wie Antifa bis Z wie Zionismus

► In dem Buchprojekt **Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken** machen sich vier AutorInnen, denen eine politische Biographie in der radikalen Linken gemein ist, und die Gruppe Demontage auf die Suche nach den Schattenseiten linker Politik.

Am Anfang des Buchs steht die Erkenntnis, dass es sich beim Begriff »Antisemitismus« um ein Konzept handelt, das Linke zu keiner Zeit unbefangen auf sich selbst anwenden würden. Dieser Umstand weist aber mitnichten auf die Nicht-Existenz des Antisemitismus in der Linken hin, der mal als verkürzte Kapitalismuskritik mit antisemitischen Implikationen daherkommt, mal als Vergleich der israelischen Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten mit der systematischen Vernichtung der europäischen Juden. Da aber auch Linke nicht als Antisemiten geboren werden, widmen sich die BuchautorInnen vorerst ihrer eigenen Erziehung. Während die Linke die vielen Kontinuitätslinien in der bundesrepublikanischen Gesellschaft anklagt, habe sie die fortdauernden Erziehungsnormen und somit auch sich selbst vergessen, lautet der Vorwurf der AutorInnen: »Unsere Eltern sind nach dem NS-Erziehungsstil erzogen worden, und haben, bewußt oder unbewußt, wichtige Bestandteile des NS-Erziehungsstils in unsere Erziehung einfließen lassen und somit am Leben erhalten.«

Die Versuche einiger Antifa-Gruppen, eine adäquate Politikform in bezug auf Antisemitismus zu entwickeln, blieben eher marginal und auf die Aktivitäten gegen Aktionärsversammlungen der IG Farben beschränkt. Die Liste antifaschistischen Versagens in der Auseinandersetzung um den Antisemitismus in Deutschland hingegen sei lang: Bitburg, zweiter Golfkrieg, 8. Mai 1995, Goldhagen, Gollwitz, Walser-Debatte und die Relativierungen der deutschen Verbrechen im Krieg gegen Jugoslawien – um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen.

Als horribles simplificateurs machten Linke hierzulande den Antifaschismus zum »Kampf ums Ganze« (AAB). Das Horkheimersche Diktum – dass wer vom Kapitalismus nicht reden will, auch vom Faschismus schweigen solle – erfährt, da es zur Bewertung des letzteren, statt als Aussage über den Kapitalismus gelesen wird, in der Parole »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« eine für den autonomen Antifaschismus typische Umsetzung. Solch eine Analyse verweist für die AutorInnen auf »die Schwierigkeit, die Shoah nur in der Distanzierung wahrnehmen zu können, während die Nähe zu den TäterInnen und ihrer Gesellschaft schon durch den eigenen Standpunkt bestimmt ist«. Statt jedoch radikal mit dem Volk der Täter zu brechen und uneingeschränkte Solidarität mit den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus zu üben, ist das linke Verhältnis zu den Opfern geprägt von identifikatorischer Vereinnahmung für die eigene Politik. Verfolgung erlitt nach linker Lesart vor allem der kommunistische Widerstand. Umgekehrt folgte daraus, dass wer verfolgt wurde, eigentlich widerständig im kommunistische Sinne gewesen sein musste, also auch die jüdischen Opfer.

Was immer die Motivation gewesen sein mag, durch die – bewusste oder unbewusste – Gleichsetzung ihrer selbst mit den Opfern des Nationalsozialismus machten sich die GenossInnen zu Betroffenen und gaben sich eine scheinbar unanfechtbare Definitionsmacht über Gut und Böse«, schlußfolgert Irit Neidhardt, die für das vorliegende Buch den mit Abstand interessantesten Beitrag (»Die radikale Linke, Israel und Palästina«) vorgelegt hat. Hierin skizziert sie die Verwendung jener analytischen Platitüden durch die Solidaritätsarbeit für Palästina. Geltend gemacht wird jedoch auch, dass dies nicht immer so war. Bis 1967 immerhin war die Sympathie der deutschen Linken für Israel groß. Dies änderte sich jedoch schlagartig mit dem Sechs-Tage-Krieg. Während die Konservativen hierzulande die Stärke Israels feierten, um sich ihrer Verantwortung für die nationalsozialistische Barbarei zu entledigen, behauptete nun auch die Linke, dass Israel – bis dahin Symbol für die jüdischen Opfer – nun zum Täter avanciert sei. Diese Politik kulminierte am 9. November 1969, als die linke Gruppe *Schwarze Ratten TW* in Berlin mehrere jüdische Mahnmale schändete und in einem jüdischen Gemeindehaus eine Bombe deponierte. Begründung: »Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.«

Ein weiteres Beispiel für die Konsequenzen aus solch haarsträubenden Annahmen ist die Flugzeugentführung nach Entebbe im Sommer 1976 durch zwei Mitglieder der RZ und zwei Palästinenser. Sie selektierten zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Passagieren, wobei sie letztere innerhalb weniger Tage freiließen. »Die Selektion er-

Fremdes

► Die Konstruktion des »Fremden« zielt immer auch auf die Bildung eines kontrastiven »Eigenen«. Im ersten Teil des Bandes **Das 'Andere' und die 'Fremden' in der Sozialen Arbeit** hinterfragt Wilfried Nodes den Begriff des Fremden und thematisiert dessen soziale Konstruktion. Doch die Zweiteilung des Buches in diesen theoretischen und einen praktischen Teil zeigt gleichsam eine Falle auf: Denn der empirisch-praktisch angelegte zweite Teil geht wie selbstverständlich von MigrantInnen als Fremde aus. Im Begriff der »Nichtdeutschen« zeigt sich zwar, dass das Fremde lediglich im Nicht-deutsch-sein begründet liegt. Die praktische Sozialarbeit trägt allerdings selbst zu einer Re-Konstruktion des Fremden bei, wenn sie sich den »Ausländern« widmet und nicht den »Deutschen«, die doch durch Ausgrenzung Fremde erst zu solchen werden lassen.

Ähnlich problematisch stellt sich das Verhältnis von Fremden und Heimischen in der Pädagogik dar. Integration heißt in der multikulturellen Schulpolitik lediglich die Öffnung der eigenen Kultur für »Fremde«. Sigrid Luchtenberg plädiert in ihrem Buch »Interkulturelle kommunikative Kompetenz« dagegen auch für den umgekehrten Weg: für Mehrsprachigkeit, die Öffnung von Medien und Schulen für »fremde« Inhalte, Literatur und Sprache. Auch Gerhard Maletzke stellt die »Strukturmerkmale von Kulturen« in das Zentrum seiner Analyse – nicht das »Fremde« also, sondern das Gewöhnliche. Er stellt jedoch die Kategorien nationaler Kultur nicht in Frage, sondern beschreibt Wege zur Kommunikation zwischen diesen Kulturen.

Eine interessante Aufsatzsammlung von »Studien zur sozialen Taxonomie des Fremden« enthält das Heft 19 der Berliner Blätter. »Zwischen Räumen«, so der Titel des Bandes, thematisiert zum einen den Aufenthalt von MigrantInnen zwischen In- und Ausland, zwischen Bleiberecht und Abschiebung, zum anderen kulturelle Zwischenräume: Die Inszenierung »fremder Kultur« in der Multikultur schafft danach ein Spannungsfeld zwischen Abgrenzung und Integration. *step*

folgte entlang völkischer Linien« und sozialrevolutionäre Maßstäbe wurden gegen »Sippenhaft« eingetauscht, kritisiert eine Gruppe der RZ diese Aktion in dem im Anhang des Buches dokumentierten »Albartus-Text«. Dieses Papier – dessen Lektüre hiermit ausdrücklich empfohlen sei – stellt gegen den Antisemitismus der kritisierten Aktion das Existenzrecht Israels. Dieser Staat habe seine Notwendigkeit »als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, (...) solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt« – Ein Diktum, dessen Gültigkeit zweifellos andauert, auch wenn es in der Linken noch weit davon entfernt ist, theoretisches Allgemeingut zu werden.

Die Teile der Linken jedoch, in denen das Existenzrecht Israels einen hohen Stellenwert besitzt, finden in dem Buch keinerlei Beachtung. Erinnert sei hier beispielsweise an die Antisemitismus-Diskussionen im Rahmen des zweiten Golfkriegs in und um die Zeitschrift *konkret*. Radikale Linke scheinen hier für die AutorInnen nicht am Werk gewesen zu sein. In Anbetracht der Antisemitismus-Diskussion der letzten zehn Jahre in der radikalen Linken sind die in dem Buch versammelten Erkenntnisse also nur für einen bestimmten Teil der deutschen Linken relevant.

Kyo Gisors

▶ *Irit Neidhardt, Willi Bischof (Hg.): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken. Unrast-Verlag, Münster 2000. 200 S., 26,80 DM.*

Aktionsorientierter Feminismus

▶ Die Pluralität des afrikanischen Feminismus steht im Zentrum eines umfangreichen Sammelbandes, in dem die nigerianische Literaturwissenschaftlerin Obioma Nnaemeka theoretische Ansätze afrikanischer und afroamerikanischer Autorinnen vereint. Neben Positionen von Vertreterinnen unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen werden auch Stellungnahmen politischer Aktivistinnen dokumentiert. Es handelt sich bei allen Beiträgen um Diskusssionspapiere der 1994 in Nigeria durchgeführten Konferenz »Women in Africa and the African Diaspora«.

In ihrer programmatischen Einleitung veranschaulicht die Herausgeberin die Geschlechterkonzepte, mit denen sie in die Igbo-Gesellschaft im Südosten Nigerias sozialisiert wurde. Das Spannungsverhältnis von Autonomie und Gegenseitigkeit kennzeichnete in vorkolonialer Zeit das Selbstverständnis der Igbo-Frauen. Als Händlerinnen konnten sie ihre Interessen verwirklichen und gesellschaftliche Achtung erwerben. Mit dem Sklavenhandel und dem Kolonialismus wurden diese Grundlagen für eine relativ große Geschlechter-Egalität jedoch unwiederbringlich zerstört. Angesichts der vielschichtigen historischen Verbindungen afrikanischer und afro-amerikanischer Frauen fordert Obioma Nnaemeka die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher feministischer Positionen. Die konträren Bewertungen von Gender-Konstruktionen seien, so Nnaemeka, nachvollziehbar, wenn sie im Kontext des sozio-ökonomischen Wandels analysiert würden.

Mehrere Autorinnen aus Nigeria und Südafrika präsentieren ihre Forschungsergebnisse, wodurch ein facettenreiches Bild der feministischen Debatten in diesen Ländern entsteht, das die regionalspezifischen und historischen Hintergründe der Geschlechterdifferenzen sowie der Unterschiede zwischen Frauen illustriert. So legt Ifeyinwa Iweriebor, Journalistin und Gründungsmitglied zahlreicher nigerianischer Frauenorganisationen, dar, wie wichtig es für die Arbeit der Zusammenschlüsse ist, auf die Selbstbilder der Frauen sowie ihre vielfältigen verwandtschaftlichen und außerfamiliären Einflußmöglichkeiten aufzubauen. Die Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit ist dabei, gemäß der Einschätzung der Dramaturgin Zulu Sofala, von zentraler Bedeutung. Als Gründungsmitglied des nigerianischen Schriftstellerinnenverbandes versucht sie, konkrete Schritte zum Wandel der Geschlechterverhältnisse aufzuzeigen.

Im Spannungsverhältnis des Kampfes gegen die rassistische Diskriminierung und der Überwindung von Geschlechterhierarchien grenzen sich die afro-amerikanischen Autorinnen des Sammelbandes von aktuellen Positionen us-amerikanischer Feministinnen und Wissenschaftlerinnen ab. Sie arbeiten daran, die aktionsorientieren Konzepte aus afrikanischen Diskussionen für ihre spezifische Situation umzuformulieren. Die selbstkritische Aufarbeitung von Differenz und die Herausforderung, strategische Vernetzungen zu verwirklichen, ziehen sich durch den gesamten Sammelband. Ein wichtiger Impuls für die europäische Geschlechterforschung ist die Konzeption von aktionsorientierten Ansätzen, die von den Autorinnen auf sehr überzeugende Weise vermittelt werden.

Rita Schäfer

▶ *Nnaemeka, Obioma (ed.): Sisterhood, feminisms, and power: From Africa to the African diaspora, Africa World Press, Trenton, 1999, 630 Seiten. $ 29,95.*

▶ *Harry Adler u.a. (Hg.): Zwischen Räumen. Studien zur sozialen Taxonomie des Fremden. Berliner Blätter 19/1999. 172 S., 12 DM.*

▶ *Sigrid Luchtenberg: Interkulturelle kommunikative Kompetenz. Kommunikationsfelder in Schule und Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen 1999. 271 S., 64 DM.*

▶ *Gerhard Maletzke: Interkulturelle Kommunikation. Zur Interaktion zwischen Menschen verschiedener Kulturen. Westdeutscher Verlag, Opladen 1996. 226 S., 42 DM.*

▶ *Wilfried Nodes: Das »Andere« und die »Fremden« in der Sozialen Arbeit. VWB-Verlag, Berlin 2000. 160 S., 34 DM.*

Binationaler Alltag

▶ Für das Zusammenleben binationaler Paare und Familien gibt der Ratgeber Informationen aus den Bereichen Eheschließung, Trennung und Scheidung, Aufenthalt, Staatsangehörigkeit, Kinder und Jugendliche, Sozialleistungen, Wehrpflicht, Wohnen, Arbeiten, Studieren und Auswanderung. Die aktuelle Auflage berücksichtigt das neue Kindschaftsrecht und das Eheschließungsrecht vom 1.7.1998. Die Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht, die seit 1.1.2000 in Kraft sind, sind in der Fassung aufgenommen, die vom Bundesrat im Mai 1999 verabschiedet wurde.

Gut geeignet für alle, die sich einen ersten Überblick über rechtliche Probleme und Möglichkeiten in den verschiedensten Bereichen des Alltags, z.B. Kindesmitnahme, Heiraten in Dänemark oder über das Verhältnis von EU-Recht und nationalem Ausländerrecht verschaffen wollen. Zu Recht warnen die Autorinnen allerdings, dass ein solcher Ratgeber keine juristische Beratung im Einzelfall ersetzen kann.

cn

▶ *Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. (Hg.): Binationaler Alltag in Deutschland. Ratgeber für Ausländerrecht, Familienrecht und interkulturelles Zusammenleben. Brandes & Apsel, Frankfurt, 1999. 248 S., DM 24,80.*

Krisenbewegung

▶ Im Februar 1999 fand an der Universität Bremen ein Workshop mit dem Titel »Südkorea – Aufstieg, Krise, Auswege – Versuch einer sozialökonomischen Annäherung« statt, der vom »Institut für sozialökonomische Handlungsforschung« organisiert wurde. Kontinuität und Intensität der langjährigen Kooperation mit wissenschaftlichen Instituten Südkoreas belegte einmal mehr die starke Teilnahme südkoreanischer WissenschaftlerInnen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise Südkoreas ab 1997 bildete einen deutlichen, aber keineswegs ausschließlichen Bezugspunkt der Tagung. Das »westliche« Interesse an Südkorea konzentriert sich meist auf das Ökonomische: auf Stand und Entwicklung von Indikatoren der herrschenden Wirtschaftslehre und -praxis wie Wachstum, Produktivität, Weltmarktposition, Währungsstabilität. Bei der Tagung ging es dagegen um die historischen, sozialen, politischen, soziokulturellen und handlungsgenerierenden Bedingungen und Zusammenhänge der Herausbildung, Funktionsweise und Probleme des spezifischen sozioökonomischen Systems.

Ein Sammelband dokumentiert nun die Referate des Workshops, wobei die ersten fünf Beiträge als theoretisch angeleitete, empirisch fundierte Analysen der Entwicklung Südkoreas von 1945 bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise ab 1997 zu kennzeichnen sind. Den Beiträgen zugrunde liegen die zentralen Kategorien der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie. Für sozialökonomische Realanalysen im Sinne der VerfasserInnen wäre eine Beschränkung auf diese Ebene jedoch nicht zureichend. Zwar ist die Funktion des Gebrauchswerts der (Ware) Arbeitskraft in den Prozessen der Erzeugung und Reproduktion von Wert und Mehrwert als materielle Basis des Lohnarbeitsverhältnisses eindeutig. Zum anderen ist aber die Frage klärungsbedürftig: »Wie kommt es überhaupt dazu, dass die Menschen funktional, also im Sinne des funktionalen Systems, handeln?« (S. 15) Extrem verkürzt lautet die Antwort Holger Heides: Das »System« erzeugt zugleich sowohl Ängste wie auch Süchte, die verhaltensprägend wirken. Diese These leitet unmittelbar die Untersuchung von S. Wolf »Zum Zusammenhang zwischen Modernisierung und geschlechtlicher Arbeitsteilung« an, deren analytische Befunde an der Frauenarbeit in Japan und Südkorea demonstriert werden.

Hwang Sun-Gil problematisiert in seiner Analyse der Voraussetzungen der südkoreanischen Finanzkrise die Konzentration der neoklassisch-neoliberalen mainstream-Variante auf den Faktor »Überregulation« ebenso wie dessen Umkehrung in der institutionalistischen Variante (»Unterregulation«). Dagegen betont er die Zuspitzung realwirtschaftlicher Probleme, die er zurückführt auf die breiten und entschlossenen Arbeiterkämpfe 1987. Diese zwangen das politische Regime zu erheblichen Konzessionen vor allem an die Beschäftigten der Großkonzerne (chaibols), in deren Folge die Industrie in erheblichem Maße den Konkurrenzvorteil niedriger Lohnkosten einbüßte. S. Meins weist in seiner Untersuchung die Kennzeichnung der südkoreanischen Produktionsverhältnisse als die eines »peripheren Fordismus« (vgl. den französischen Sozialtheoretiker Lipietz) zurück. Die südkoreanische Produktionsweise lasse sich überhaupt nicht als fordistisch kennzeichnen. Denn, so begründet Meins überzeugend, deren Besonderheiten – politische, soziale, soziokulturelle und normative, also nicht zuletzt verhaltens- und handlungsrelevante Faktoren – seien vorkapitalistischen Ursprungs.

Der thematische Schwerpunkt der folgenden sechs Referate bezieht sich auf sozialpolitische Sachverhalte, Probleme und Tendenzen: Die von der raschen Industrialisierung ausgelöste Krise der südkoreanischen Familie, die Probleme und Risiken (bis zur Erduldung von Körperverletzungen) aktiver Gewerkschafterinnen, autonome Produktions- und Selbsthilfebewegungen, aber auch innergewerkschaftliche und bildungspolitische Basisinitiativen.

Nicht nur der jüngste, in der Weltöffentlichkeit als spektakulär aufgenommene Annäherungsschritt zwischen Süd- und Nordkorea verweist darauf, dass auch künftig das (wie auch immer motivierte) Interesse am ersten der südostasiatischen »Tigerstaaten« anhalten wird. Die Beiträge des vorgestellten Sammelbandes bieten Informationen und Einsichten, die weit über den journalistischen Standard-Blick und auch über die verengte Sichtweise der herrschenden Wirtschaftslehre hinausreichen. Ein Lob muss zuletzt dem kleinen bremischen Atlantik-Verlag ausgesprochen werden. Ein grafisch so gelungenes und in der Einbandgestaltung ansprechendes Paperback ist mir selten in die Hand gekommen. *Hansgeorg Conert*

▶ *Holger Heide (Hg.): Südkorea – Bewegung in der Krise. Beiträge zu einem internationalen Workshop, Atlantik-Verlag, Bremen 1999, 247 Seiten.*



Anschluss oder Absturz?

▶ Unter dieser Fragestellung beschäftigt sich die Zeitschrift ‚südostasien' mit dem Internet. Im ersten Teil des Heftes geht es darum, ob die Region mit der Nutzung der neuen Kommunikationstechnologien einen kräftigen Tigersprung nach vorne machen kann oder eher einer neuen Welle des Kolonialismus ausgesetzt ist. Ein weiterer Artikel geht auf die Kritik von Muslimen am dem dem Internet innewohnenden Kulturimperialismus des Westens ein. Entlang ökonomischer und kultureller Dimensionen bewegt sich auch der zweite Teil des Heftes. In einer ganzen Reihe von Länderartikeln wird über Themen wie Bildung und Entwicklung in Vietnam, die malaisische Internetpolitik und Menschenrechtswebsites auf den Philippinen berichtet.

▶ *Südostasien Nr. 2/2000, 87 S., Einzelpreis 9 DM, Jahresabo/4 Hefte 36 DM, Südostasien-Informationsstelle, Bullmannaue 11, 45327 Essen, www.asienhaus.de* HW

Online, aber landlos

▶ Die Zeitschrift des North American Congress on Latin America hat ihren aktuellen Schwerpunkt auf ländliche soziale Bewegungen gelegt: landlose LandarbeiterInnen, KleinbäuerInnen und indigene Gruppen. Trotz der verheerenden Folgen der marktgeleiteten Globalisierung für die Landbevölkerung und entsprechend geringer Ressourcen hätten es diese Bewegungen (von der MST aus Brasilien über CONAIE in Ecuador bis zu den Zapatistas in Mexico) geschafft, auch ihre eigenen Widerstandsmethoden zu »globalisieren«. So seien u.a. durch geschickte Nutzung des Internet wichtige internationale Netzwerke mit Menschenrechts-, Umweltschutz- und linken Gruppen aufgebaut worden.

▶ *NACLA, Report On The Americas, nacla@nacla.org, www.nacla.org*

Rechtsfreie Räume

► Herr W. aus Polen arbeitete einen Monat für eine Dachdecker-Firma. Es ist ein Stundenlohn von 12 DM vereinbart. Für 161 Stunden hat er einen Abschlag von 500 DM erhalten, was gerade mal 3,10 DM pro Stunde ausmacht. Als er wegen angeblich schlechter Arbeit keinen weiteren Lohn bekommt, wendet er sich an die Beratungsstelle ZAPO (Zentrale integrierte Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa), worauf diese beim Arbeitgeber interveniert. Der Mitarbeiterin von ZAPO wird mitgeteilt, dass niemand in der Firma Herrn W. kenne und dieser sich wohl die Adresse der Firma aus dem Handelsregister herausgesucht hätte, um die Firma zu betrügen.

Dies ist ein Beispiel von vielen. Hauptsächlich in den Branchen Bau, Landwirtschaft, Reinigungsgewerbe und private Haushalte sind ArbeiterInnen ohne erforderliche Arbeitspapiere eingesetzt. Es bestehen mündliche Arbeitsverträge, der Lohn wird vorwiegend wöchentlich ausbezahlt. Doch häufig nutzen die ArbeitgeberInnen die Schutzlosigkeit der Angestellten aus. Es gibt typische Strategien: Oft werden nur Abschläge bezahlt und die Arbeiter auf »nächste Woche« vertröstet. Firmen geben vor, dass sie selbst kein Geld von Ihren Auftraggebern bekommen hätten. Es gab Fälle auf dem Bau, in denen der Arbeitgeber bei den Kontrollbehörden anonyme Hinweise auf illegal Beschäftigte gegeben hat, um den Lohn einzusparen.

Die meisten illegalisierten MigrantInnen sehen keine Möglichkeit, gegen den Arbeitgeber vorzugehen. Oft ist ihnen nicht bekannt, dass die Arbeitsgerichte auch bei Arbeitsverhältnissen ohne Arbeitspapiere das faktische Arbeitsverhältnis anerkennen. Die Betroffenen müssen meist nicht persönlich vor Gericht erscheinen, wenn ein/e RechtsanwältIn sie vertritt. Die Rechtsanwaltskosten werden bei geringem Einkommen von der Prozesskostenhilfe der Justizkasse übernommen. Viele Beschäftigte – gerade in privaten Haushalten – haben mehrere Jobs und sehen es quasi als Berufsrisiko, von einem Arbeitgeber betrogen zu werden. Nur wenige sind in einer beständigen Lebenssituation, in der sie ein Gerichtsverfahren, das sich oft bis zu einem halben Jahr oder länger hinzieht, durchhalten könnten.

PolitikerInnen, Gewerkschaften, Behörden und Medien machen »ausländische Schwarzarbeiter« für die Arbeitslosigkeit von deutschen Bauarbeitern, die Deregulierung von Tariflöhnen und den Verlust von Steuereinnahmen verantwortlich. Thematisiert wird aber nicht, wer Aufträge an illegalisierte MigrantInnen vergibt. Denn viele nutzen die billigen und flexibel einsetzbaren Arbeitskräfte: Sowohl der Einfamilienhausbesitzer als auch der Staat (etwa beim Bau des Regierungsviertels in Berlin). Der »Bauherr« selbst kann rechtlich nicht verantwortlich gemacht werden, da dieser einen Generalunternehmer beauftragt, der Aufträge an Firmen gibt, die wiederum Subunternehmer einstellen. Der Subunternehmer mit dem günstigsten Kostenangebot wird genommen, auch wenn klar sein muss, dass damit kein Tariflohn bezahlt werden kann. Die Nichtauszahlung von Löhnen wird quasi von Anfang an eingerechnet.

Während in anderen Branchen Produktionszweige ins Ausland verlegt werden, um billiger zu produzieren, ist dies im Bau nicht möglich. Arbeitskräfte müssen aus Niedriglohnländern ins Land geholt werden. Doch nicht nur ausländische ArbeiterInnen ohne Papiere sind bereit, unter miesen Bedingungen zu arbeiten. Die legal beschäftigten Wanderarbeiter – ob aus Osteuropa oder EU-Ländern – haben kaum andere Arbeitsbedingungen. Selbst für inländische Bauarbeiter wird in manchen Regionen (z.B. Brandenburg) kein Tariflohn mehr gezahlt. Durch die hohe Arbeitslosigkeit wächst die Bereitschaft, ungünstige Arbeitsverhältnisse anzunehmen.

Um die Arbeitssituation von Illegalisierten zu verbessern, gibt es mehrere Möglichkeiten. Zunächst muss die Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit von ArbeiterInnen (z.B. durch Beratungsstellen) gestärkt werden, indem sie über ihre Rechte informiert werden und die Klagemöglichkeit in Anspruch nehmen. Damit spüren ArbeitgeberInnen, dass Betroffene sich zur Wehr setzen können und die Ausbeutung zu einem gerichtlichen Verfahren und der Nachzahlung von Löhnen führen kann. Zusätzlich muss auf eine Feststellung des Aufenthaltsstatus bei arbeitsrechtlichen Verletzungen verzichtet werden, um das Risiko einer Abschiebung von klagenden ArbeiterInnen zu verhindern.

Conny Roth

Keine Abwehr gegen den Virus

► Die erste Welt-Aids-Konferenz in Afrika konzentrierte sich fast ausschließlich auf den afrikanischen Kontinent. Denn während die Infektionen in Folge der Immunschwächekrankheit in den Industriestaaten abnehmen, sollen nach Kongress-Angaben in Afrika 25 Millionen Menschen mit dem HI-Virus infiziert sein. Das statistische Büro der USA prognostiziert, dass bis Ende des Jahrzehnts jede(r) siebte südafrikanische FacharbeiterIn an AIDS sterben wird.

Die Sorge gilt also vornehmlich den Produktivkräften. Die Vorhersagen sind dabei nicht nur begrenzt, sie sind auch heftig umstritten *(vgl. iz3w 231 »Die Statistik-Seuche« und 232 »Armutskrankheit AIDS«)*. Der südafrikanische Präsident Mbeki stellte in seiner Einführungsrede den Statistik-Streit in Zusammenhang mit einer wichigen Ursache der Krankheit: »Wenn wir als afrikanische Länder den Entwicklungsstand hätten, der es uns ermöglichen würde, akkurate Statistiken zu erstellen, dann würden uns diese Krankheits- und Sterberaten ein so Furcht erregendes Bild zeichnen, dass wir gar nicht hinzuschauen wagten.« Die Ursache dafür sei aber nicht bei einem einzigen Virus zu suchen, denn »mehr als eine Million Kinder sterben monatlich in den Ländern des Südens, aber nicht an AIDS, sondern an extremer Armut – eine Ursache, die in der Klassifizierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) fast an allerletzter Stelle steht«, so Mbeki. Eine Folge der extremen Armut sei, dass »bei Millionen Menschen das Immunsystem zusammenbricht, so dass ihr Körper keine natürliche Verteidigung mehr gegen die Angriffe von Viren und Bakterien hat«.

Nicht nur bei der Prävention, auch bei der Bekämpfung und Behandlung sind den afrikanischen Staaten ökonomische Grenzen gesteckt. Die Demonstrationen am Rande des Kongresses richteten sich gegen überzogene Preise, die kaum jemand in Afrika für die Medikamente zur Behandlung bezahlen kann und gegen die Profite, die westliche Pharmafirmen damit machen.

iz3w

Fatal Transactions

▶ Unvergängliche Liebe symbolisieren sie, Glück und Wohlstand – jeder kennt die Diamanten in den großen Anzeigen. Indes ist kaum etwas bekannt über die Schattenseiten des Diamantenhandels. In Angola finanziert der Handel mit Diamanten und Öl einen seit drei Jahrzehnten andauernden Krieg. Ein Ende ist nicht abzusehen. Angola ist der größte Waffenimporteur Afrikas und unterhält eine der gewaltigsten Armeen des Kontinents. Die zwischenzeitlich aufgekeimte Hoffnung auf Frieden wurde immer wieder zerstört. Inzwischen ist Angola eines der ärmsten Länder und zugleich bezüglich seiner Bodenschätze das viertreichste Land der Welt.

Zwischen 1992 und 1998 erzielte die von Jonas Savimbi geführte Rebellenbewegung UNITA Gewinne von mindestens 3,7 Milliarden Dollar aus Diamantenverkäufen. Die Verkäufe auf Märkten in Europa bilden das Rückgrat der Kriegsfinanzierung der UNITA. Wichtiger Abnehmer der angolanischen Diamanten war jahrelang der Grosskonzern De Beers. Der Marktführer im Diamantenbusiness hat in den vergangenen Jahren Millionen mit UNITA-Diamanten verdient. Zur Unterbindung dieser Geschäfte verabschiedete der UN-Sicherheitsrat 1998 Resolutionen, die den Export von angolanischen Diamanten verbieten. Dies betrifft Diamanten, die kein staatliches Herkunftszeugnis besitzen und schließt daher die von der Regierung gehandelten Diamanten nicht ein. Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Sanktionen nicht zuverlässig greifen.

De Beers verkündete mittlerweile, sich an das Embargo der UN halten zu wollen. Diese »ethische Bergbaupolitik« beinhaltet jedoch einen Strategiewandel: Der Konzern verliert zunehmend die Kontrolle über den Markt. Daher der Versuch, konkurriende Förderer mit Hilfe von Standards vom Markt zu drängen, die andere Händler nicht erfüllen können. Insbesondere der informelle Sektor – der illegale Markt der Diamantenschmuggler und Kleinförderer ist schwer kontrollierbar – soll mit diesem Schritt geschwächt werden.

Die von *medico international* gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen (global witness, NIZA, NOVIB und ipis) initiierte internationale Kampagne *Fatal Transactions* hat das Ziel, über die politischen und ökonomischen Hintergründe von Kriegen in Afrika zu informieren. Sie will illegale Ressourcenausbeutung und Profitinteressen transnationaler Konzerne offenlegen sowie die transnationalen Konzerne zum Rückzug aus den kriegszerütteten Ländern Afrikas bewegen. Konzerne, die in den vergangenen Jahrzehnten vom Handel profitiert haben, sollen für die Beseitigung der Kriegsschäden und die Entschädigung der Opfer verantwortlich gemacht werden. *Anne Jung*

▶ *Informationsmaterial zu Fatal Transactions bei medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt, Tel. 069 94 43 80, www.medico.de*

Beim WWF unter Verschluss

▶ Die Umweltorganisation World Wide Fund for Nature (WWF) hat gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine brisante Studie über die Zerstörung von Tropenwäldern durch multinationale Holzkonzerne fast drei Jahre lang geheimgehalten. Thema der Untersuchungen waren die rasant steigenden Investitionen asiatischer Holzkonzerne in Afrika, der Karibik und im Pazifik, die dort die Waldzerstörung dramatisch beschleunigen. Die Studie belegt, dass verstärkter Raubbau an den Wäldern betrieben wird und Korruption zum Geschäft gehört. In den Untersuchungen werden auch Firmen namentlich genannt, die sich mit Bestechung und Einschüchterung häufig illegal Zugang zu Regenwaldgebieten verschafft hätten.

Der britische Guardian berichtete, der WWF hätte befürchtet, dass einige kritisierte Länder die lokalen WWF-Büros schließen würden. Nach eigenen Angaben fürchtete er Klagen von Konzernen und Regierungen. Eine abgeschwächte Fassung wurde schließlich im Juni veröffentlicht. Darin sind Konzernnamen gestrichen und politisch brisante Punkte entschärft worden. Der »Regenwald Report« hat die ursprüngliche Studie mit der Veröffentlichten verglichen.

Rainforest Rescue/Hamburg

▶ Infos: www.regenwald.org

Bei der PKK unter Verschluss

▶ Seit dem der zum Tode verurteilte Vorsitzende der PKK Öcalan dem türkischen Staat im Sommer ´99 ein Friedensangebot machte, nehmen die Spannungen in der PKK über ihre politischen Ziele zu. In einem Artikel vom 12.07. berichtete die Junge Welt über einen neuen Höhepunkt in diesem Konflikt. So soll eine Gruppe von etwa 60 PKK-Kämpfern versucht haben, sich von der PKK zu trennen. Ein Teil dieser Kämpfer werde nun von der PKK festgehalten. Der Parteiführer Öcalan, der auf der Insel Imrali auf die Aufhebung seines Todesurteils hofft, forderte danach für die Abtrünnigen die »härtesten Sanktionen« nach dem Kriegsrecht, was einem Todesurteil gleichkomme.

Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelkpe und Rüdiger Lötzer vom ´Kurdistan Rundbrief´ fordern in einem öffentlichen Aufruf an den Präsidialrat der PKK eine sofortige Aufklärung des Sachverhaltes und die Freilassung der Gefangenen. Sie verweisen darauf, dass die PKK im Falle ihres Vorsitzenden auf die Abschaffung der Todesstrafe pocht und eine Demokratisierung der Türkei fordert, in ihren eigenen Reihen aber Todesurteile ausspricht und anscheinend keine Opposition zulassen will.

Die PKK bestreitet diese Vorwürfe vehement. Es sei weder eine Spaltung der Partei noch ein massiver Austritt von Mitgliedern und Kämpfern zu beobachten. Die PKK sei eine »weltoffene demokratische Partei«. Die angeblichen parteiinternen Säuberungen werden als Propagandalüge der türkischen Nationalisten und deutschen Linken bezeichnet. In derselben Erklärung aber werden die angeblich nicht vorhandenen Abtrünnigen als »defätistische und zersetzende Kräfte« bezeichnet, die nun Mitglieder der (irakischen) Patriotischen Union Kurdistans (PUK) seien.

Nicht alle konkreten Vorwürfe sind überprüfbar, mit ihren Äußerungen zu den »Abtrünnigen« zeigt die PKK jedoch sehr deutlich, dass ihre autoritäre Struktur offene Debatten nicht zulässt. Dies entspricht auch den Berichten einiger Mitglieder über die Art der Debatten auf dem 7. Parteitag im Januar, bei dem von den nun Verfolgten der offizielle Kurs der PKK kritisiert wurde. »Sie haben eine offene Diskussion gefordert, doch diese wird in der PKK nicht zugelassen«, berichtet Selim Cürükkaya, selbst ehemaliger Führungskader der PKK. Die offensichtlich erheblichen Auseinandersetzungen innerhalb der PKK führen nicht zu Diskussionen über die künftige Politik, sondern werden als Verrat diskreditiert. *Nis Andresen*

Gegengipfel in Prag

► Zu dem Gipfeltreffen von IWF und Weltbank (vgl. S. 15) am 26.-28. September in Prag gibt es zahlreiche Protestaktionen. So zieht seit dem 10. September die Karawane »Geld oder Leben« von Hannover nach Prag. In der Aktionswoche vom 21. bis 28. September findet dort dann das Festival »art and resistance« statt, es wird einen Gegengipfel (22.-24.9.) geben, der mit einer Demo am 24.9. endet. Weltweiter Aktionstag wird der 26.9. sein. *Weitere Infos über Termine, Inhalte, Unterbringung usw. gibt es unter www.go.to/prag-2000*

BUKO 23

► Der diesjährige Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom 6. bis. 8. Oktober zum Thema »WTO und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus« in Berlin statt. Die Klammer der beiden Themenbereiche bilden die Ereignisse von Seattle anlässlich der Ministertagung der Welthandelsorganisation im November letzten Jahres, denn seither »haben die Debatten über die Widersprüche neoliberaler Globalisierung und über die Internationalisierung sozialer Bewegungen eine neue Dynamik gewonnen«. Arbeitsgruppen zu sechs Themenschwerpunkten sind geplant: 1. WTO & Co. – Diskurse und Institutionen der neoliberalen Globalisierung. 2. Gender und Globalisierung – Feministische Kritik und Widerstand. 3. Global denken, lokal herrschen – Veränderte Politik im 21. Jahrhundert. 4. Zukunft der Arbeit – Produktion, Reproduktion und Widerstand. 5. (Nur) Wer die Macht hat, hat das Recht? – Internationale Abkommen und Herrschaftsverhältnisse. 6. Hoch die ... – Solidarität und Selbstverständnis der KritikerInnen. *Infos und Anmeldung: BUKO, Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg. Tel. 040-393156, e-mail: bukohh@t-online.de www.epo.de/buko/index.htm*

Mexikanische Zeitschrift

► Seit 1995 erscheint in Mexiko die Zeitschrift »Chiapas«, mit der eine theoretische und politisch-praktische Debatte um den Aufstand im Süden Mexikos intensiviert werden soll. Inzwischen ist das elfte Heft in Vorbereitung, die Auflage ist von 500 auf 3.000 angestiegen. Die Zeitschrift erscheint zwei Mal jährlich, hat einen Umfang von etwa 200 Seiten und kostet 18 Mark. *Bezug: Ulrich Brand, Friedrichstr. 5, 63065 Offenbach.*

Mexikanisches Radio

► Noch bis Ende September 2000 wird im deutschen Programm »Blickwinkel« der Hörfunkstation Radio For Peace International (RFPI) in Costa Rica eine Serie zur Situation der Menschenrechte in Mexiko laufen. Einmal pro Woche kommen u.a. VertreterInnen von neun verschiedenen NGO-Menschenrechtsorganisationen zu Wort. Selbst die nationale mexikanische Menschenrechtskommission hat in ihrem aktuellen Info-Blatt erkannt, dass Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und willkürliche Festnahmen zugenommen haben.
Radio For Peace International strahlt sein deutschsprachiges Programm »Blickwinkel« jeden Freitag von 22.30 bis 22.45 Weltzeit UTC (Samstag 00.30 bis 00.45 MESZ) auf 15050 kHz sowie am Samstag von 06.30 bis 06.45 UTC (08.30 bis 08.45 MESZ) auf 6970 kHz aus, die Sendungen sind auf der Webseite von RFPI (www.rfpi.org/webcast.html) im RealAudio-Format abrufbar.

Tagungen

► Das Arbeitnehmerzentrum Königswinter veranstaltet verschiedene Seminare zum Thema Entwicklungspolitik: **Das Geschäft mit der Entwicklungszusammenarbeit – Fluch oder Segen?** Das Verhältnis von Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit (18. bis 20.8.).
Im Blickpunkt: Afrika. Afrika zwischen Exotik und Bürgerkrieg (21. bis 25.8.).
Islamische Welten. Europa und der Nahe Osten/ Religion, Politik und Gesellschaft (29.9. bis 1.10.)
Info: AZK, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Tel. 02223/730, Fax 73111, www.azk.de

► **Felder solidarischer Zusammenarbeit mit den Ländern im südlichen Afrika.** Ein Seminar für Soli-Gruppen, Initiativen und Vereine veranstaltet die KOSA, Koordination Südliches Afrika, vom 22. bis 24. September in Bonn.
Info: KOSA, Dritte Welt Haus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld Tel.0521/62802, Fax: 0521/63789, www.welthaus.de
e-mail: welthaus@aol.com

► **Wen macht die Grüne Gentechnik satt?** Sicherung der Welternährung und die Marktmacht der Saatgutkonzerne; mit diesen Themen befasst sich eine Kooperationstagung des Instituts für Kirche und Gesellschaft und des Diakonischen Werks Westfalen vom 25. bis 27. August.
Info: Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn-Nußberg Tel. 02371/352-187 /-141
Fax: 02371/352-299

► **GAGATU** heißt ein Kongress des Gen-ethischen Netzwerkes vom 1. bis 3. September in Köln. Es geht um das Thema Gentechnik in Lebensmitteln und Landwirtschaft und wie darüber in Schule, Kirche, Medien diskutiert wird. Parallel dazu findet ein Sommer-Camp vom 27. August bis zum 3. September statt, das zum Kontakte knüpfen und Austausch von Erfahrungen genutzt werden kann. GAGATU ist keine »Konsum- Veranstaltung« – eigene Ideen, Veranstaltungen, Aktionen sind ausdrücklich erwünscht!
Info: Gen-ethisches Netzwerk e.V. Tel.030/6858030, Fax: 030/6841183, www.gen-ethisches-netzwerk.de/gagatu
e-mail:
gagatu@gen-ethisches-netzwerk.de

▶ **Guatemala – ein Land im Bürgerkrieg** nennt sich eine Veranstaltung des Arbeitskreises Entwicklungspolitik AKE am 8./9. September. Themen werden sein: Tourismus, Kultur der Maya, Rückkehr der Flüchtlinge aus Mexiko.
Info: AKE-Bildungswerk e.V. Burgstrasse 1, Vlotho, Tel.05733/95737
www.ake-bildungswerk.de
e-mail: akebw@aol.com

▶ Vom 10. bis 12. November 2000 findet in Freiburg die **Guatemala-Jahrestagung** statt. Im Rahmen der Tagung sind Fach-Referate zu folgenden Themen geplant: Der Kampf gegen die Straflosigkeit – Frauenorganisierung – Politische Veränderungen seit Beginn der FRG-Regierung.
Anmeldung und Infos bis 9. Okt. bei: Informationsstelle Guatemala, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel. 0228/634552, Fax: 0228/631226, e-Mail: is.guate@web.de

▶ FIAN lädt zu einem Studientag zu **Agrarreformen im Nord-Süd Verhältnis** am 29. September in Bonn ein. Ein detailliertes Programm gibt es bei:
FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel. 02323/490099 Fax: 02323/490018,
e-mail: agrarreform@fian.de

Vorschau: iz3w Nr. 248
Schwerpunkt:
»Not- und Katastrophenhilfe«

▶ Not- und Katastrophenhilfe durch private und staatliche Institutionen nimmt in der Nord-Süd-Politik einen immer größeren Stellenwert ein. Ihre Rolle im Jugoslawienkrieg hat zuletzt bei vielen dieser Organisationen selbstkritische Fragen ausgelöst. Wir beschäftigen uns u.a. mit der Funktion von Not- und Katastrophenhilfe im Nord-Süd-Kontext. Wir fragen nach der Instrumentalisierung der Nothilfe für die militärische Intervention. Hier sind vermeintlich neutrale NGOs direkt an der Implementierung staatlicher oder multinationaler Interessenpolitik beteiligt. Wir fragen auch nach dem selektiven Einsatz von Not- und Katastrophenhilfe: Wem wird wann wie geholfen und wem nicht? Welche Folgen haben Nothilfeprogramme zur Versorgung der Bevölkerung für betroffene Staaten und das lokale Verhältnis zwischen Staat und NGO? Und: Was eigentlich ist eine Katastrophe?

▶ **Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge** bieten Dienste in Übersee mit ihrem Seminar vom 29. September bis 1. Oktober in Hoisbüttel an. Das Angebot richtet sich an alle, die in diesen Themenbereich einsteigen wollen oder mehr über Akteure, Begriffe und Möglichkeiten für persönliches Engagement wissen wollen.
Info: Dienste in Übersee, Tel. 040/6052559, Fax: 040/6052538 e-mail: duehoisbuettel@cs.com

▶ **Richtlinien, Antragstellung und Projektabwicklung beim BMZ:** Die Förderung entwicklungspolitisch wichtiger Vorhaben privater deutscher Träger in den Entwicklungsländern. Das Seminar der BENGO, Beratungsstelle für private Träger der Entwicklungszusammenarbeit, findet in der Nähe von Bonn vom 22. bis 23. September statt.
Info: Bengo, Villichstrasse 7, 53177 Bonn, Tel. 0228/83001-0, Fax: 0228/83001-20
www.paritaet.org/bengo
e-mail: bengo@paritaet.org

▶ **Minderheiten in Indien, zwischen Pluralismus, »Brahmanisierung« und Globalisierung** ist das Thema einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 22. bis 24. September, TG-Nr. 640400.
Außerdem: **Harmonisierung des Asylrechts in Europa?** Information über die Pläne der Bundesregierung, Berichte über die Lebensbedingungen von Asylsuchenden in verschieden Ländern: 15. bis 16. September, TG-Nr. 4370700
Info: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademie Weg 11, 73087 Bad Boll, Tel. 07164/79-0, Fax: 07164/79-440
www.ev-akademie-boll.de

▶ **Asylpolitik in der EU: Offene Gesellschaft oder Abschottungsgemeinschaft?** Die Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain wird in Zusammenarbeit mit Pro Asyl vom 1. bis 3. September durchgeführt und will Strategien für den Flüchtlingsschutz sowie die Bedeutung der Grundrechtscharta diskutieren. TG-Nr. 005145
Info: Evangelische Akademie Arnoldshain, Martin-Niemöller-Haus, 61389 Schmitten, Tel.06084/944-125 Fax: 06084/944-138
e-mail: evakademie@t-online.de

▶ **Die Arbeit des iz3w wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.**

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: www.iz3w.org

Redaktion:
▶ Nis Andresen, Martina Backes, Dominik Bloedner, Thomas Cernay, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Tobias Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Steffen Schülein, Jonas Sebhatu, Andrea Schwendemann, Christian Stock, Jörg Später, Christopher Vogel, Sigrid Weber, Heiko Wegmann, Patrick Widmann.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.
Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 40,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 109 117

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 148 239 - 755 bei der Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75), Kontoinhaberin: Aktion Dritte Welt e.V. (s. Heft-Editorial S. 3), Verwendungszweck: Spende Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 248:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 29.8.2000

ISSN 0933-7733
iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt«

83/ 1/247/56412

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg